

I. 2008

# Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

## ELER Ein Fonds – viele Möglichkeiten

Tauchanlage für Äpfel

Lokales Bündnis

Wettbewerb Bioenergie-Regionen



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit neuem Schwung und unter neuem Titel startet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in die neue Förderperiode. LandInForm, das Magazin für ländliche Räume, möchte Sie mitnehmen, inspirieren und informieren. Gemeinsam mit Ihnen und den zahlreichen Akteuren der ländlichen Entwicklung möchten wir Impulse geben und dazu beitragen, das Netzwerk weiter wachsen zu lassen.

Viermal im Jahr berichtet LandInForm künftig über Aktivitäten und Entwicklungen in den ländlichen Räumen Deutschlands. Wir informieren Sie über Angebote für das „Netzwerk Ländliche Räume“, über Partner und Projekte, über Forschung und Bildung, Politik und Gesellschaft und vieles mehr. In unserem „Fokus“ werden wir außerdem in jedem Heft ein aktuelles Thema der ländlichen Entwicklung von verschiedenen Seiten beleuchten.

Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in Deutschland. Am Beispiel von vier Bundesländern stellen wir Ihnen die unterschiedlichen Möglichkeiten der Programmgestaltung vor. Mit unterschiedlichen Standpunkten von Interessenvertretern möchten wir Sie zur Diskussion ermuntern.

In unserer Rubrik „Aus der Praxis“ wird es dann ganz konkret: Wir präsentieren Ihnen ein innovatives Verfahren zur ökologischen Konservierung von Äpfeln und eine pfiffige Vermarktungsidee im Rahmen eines Biotopverbunds; Senioren berichten, wie sie sich eine optimale Pflege auf dem Land vorstellen, und ein deutsch-spanisches Kooperationsprojekt im Thermalismus zeigt, wie bereichernd die transnationale Zusammenarbeit sein kann. In dieser Ausgabe greifen wir damit die Themengebiete Innovation, Landschaftspflege, Lebensqualität und Thermalismus auf und freuen uns auf viele weitere in den nächsten Heften von LandInForm.

Eine bereichernde Lektüre wünscht Ihnen

*Jan Swoboda*

**Impressum**

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 9.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung, Bonn  
Sonja Macke, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:  
Silvia Richter, mediamondi, Richter & Karge GbR,  
Agentur für interkulturelle Kommunikation, Berlin,  
Telefon 030 / 39 84 88 57

Gestaltung: kuhl-design, www.kuhl-design.de

Druck:  
Druck Verlag Kettler GmbH, Bönen/Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn  
Telefon 0228 / 68 45 34 61  
Fax 0228 / 68 45 33 61  
E-Mail: dvs@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei  
unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

**Anmerkungen der Redaktion:**

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ländliche Räume stehen vor großen Herausforderungen: Demographischer Wandel, Versorgung mit Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge und Klimawandel sind nur einige Beispiele von vielen. Meistern kann man diese Aufgaben nur mit den Menschen vor Ort. Nur mit ihnen kann es gelingen, unsere ländlichen Räume zukunftsfest zu machen. Das neue Magazin „LandInForm“ der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) ist ein Beitrag, den notwendigen Dialog der Akteure im ländlichen Raum weiter zu unterstützen.

Ich unterstütze das Ziel von „LandInForm“, seine Leserinnen und Leser

- **zu informieren**, zum Beispiel über die Förderung im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und die diesbezüglichen Aktivitäten bei Bund und Ländern;
- **zu inspirieren**, indem es als Forum für Best-Practice-Beispiele den Akteuren Anregungen und praktische Tipps für ländliche Entwicklung in Deutschland gibt sowie
- **zu integrieren**, das heißt, Querschnittsthemen zu identifizieren, aktuelle Diskussionen aufzugreifen und gemeinsam mit den Akteuren weiterzuentwickeln.

Viermal im Jahr werden dazu verschiedene Aspekte der ländlichen Entwicklung beleuchtet und Experten aus der Praxis, der Verwaltung und der Politik haben Gelegenheit, zu Themen der Landwirtschaft, der ländlichen Räume und der ländlichen Regionalentwicklung Stellung zu nehmen.

Ich wünsche dem Magazin einen guten Start, anregende Beiträge sowie eine breite Leser- und Autorenschaft. Es kommt, liebe Leserinnen und Leser, dabei auch auf Sie an. Lassen Sie sich von „LandInForm“ inspirieren, beteiligen Sie sich an der Diskussion und geben Sie Ihr Wissen und Ihre Erfahrung über die Redaktion der DVS an alle Akteure im ländlichen Raum weiter.

**Horst Seehofer**

Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz



## ELER: Ein Fonds – viele Möglichkeiten

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) steht im Fokus.

Erfahren Sie mehr über die Struktur des Fonds und die vielfältigen Angebote in einzelnen Bundesländern ab Seite 10 und lernen Sie auf den Seiten 24 bis 27 verschiedene Standpunkte kennen.

Bild/Titel: panthermedia / Birgit R.

## Für das Netzwerk

Inside	06 Neues aus der DVS
Web	07 DVS im Internet
Veranstaltungen	08 Ländliche Vielfalt auf der Grünen Woche
	09 Wertschöpfungsketten aufbauen – wie geht das?
	09 Training zur Gesprächsführung

## Im Fokus: ELER, ein Fonds - viele Möglichkeiten

Überblick	10 Intro
	12 Neue Schubkraft für den ländlichen Raum
	14 ELER in Deutschland im Vergleich
Schwerpunkte	16 Niedersachsen: Mit Schwerpunkt 1 das Profil stärken
	18 Bayern: Schwerpunkt 2 für den Erhalt der Kulturlandschaft
	20 Sachsen: Schwerpunkt 3 für mehr Lebensqualität und Diversifizierung
	22 Saarland: Mit Schwerpunkt 4 den Strukturwandel auffangen
Standpunkte	24 DBV: Wettbewerbsfähigkeit darf nicht zu kurz kommen
	25 NABU: Naturschutz braucht mehr Integration
	26 DStGB: Rigoros neu
	27 Bundesverband der Regionalbewegung: Regionalmanagement? Unverzichtbar!

## Weitere Themen

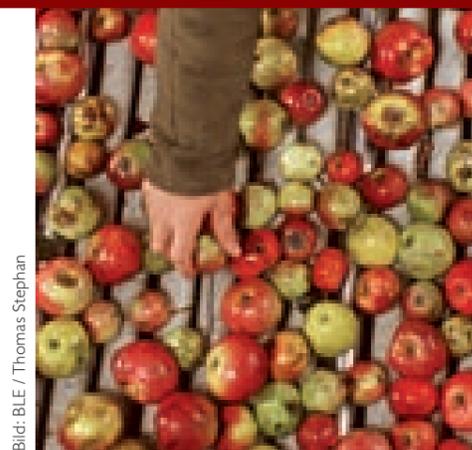


Bild: BLE / Thomas Stephan

### Tauchanlage für Äpfel

Ein innovatives Projekt zeigt, wie Äpfel vor Fäule geschützt werden können. Das heiße Bad ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch interessant. Lesen Sie ab Seite 28.



Bild: WBV Ostholstein

### Lokales Bündnis

Nach dem Motto „Organisation ist alles“ geht die Region Schwentine – Holsteinische Schweiz einen neuen Weg. Gebündelt werden hier Natura 2000, die Wasserrahmenrichtlinie und Leader umgesetzt. Erfahren Sie mehr ab Seite 42.



Bild: iStockphoto / Slawomir Jastrzebski

### Wettbewerb Bioenergie-Regionen

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) sucht innovative Bioenergie-Konzepte. Mehr Informationen auf Seite 49.

## Aus der Praxis

Innovation	28 Ein heißes Bad für mehr Umsatz
Landschaftspflege	30 Biotopverbund mit Markenzeichen
Lebensqualität	32 Auch im Alter optimal versorgt
Thermaltourismus	34 Poseidon – eine göttliche Kooperation

## Perspektiven

Forschung & Bildung	36 Zuchtfortschritt oder Artenvielfalt? Beides geht!
	38 Neue Impulse für die Grundversorgung
Politik & Gesellschaft	40 SaarLorLux – Eine Großregion geht neue Wege
	42 Lokales Bündnis – Motor für mehr Integration
	44 Neue Akzente in der Förderung
Partner & Experten	46 Einsatz für die Agrobiodiversität
	48 Den ländlichen Raum im Fokus
Service	49 Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ gestartet
	50 ... angelesen
	51 ... angekündigt
	52 Termine

# Neues aus der DVS

## Logisch

Die Arbeit der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) ist seit 2008 an ihrem neuen Logo erkennbar.



Alle Akteure, die sich im „Netzwerk Ländliche Räume“ engagieren, können das entsprechende Partner-Logo benutzen.



Das Logo zum Download und mehr Informationen darüber, wer sich wie in der neuen Förderperiode vernetzt, finden sich unter [www.leaderplus.de/downloads](http://www.leaderplus.de/downloads)

## Newsletter der Vernetzungsstelle ...

Registrieren Sie sich für den DVS-Newsletter „landaktuell“ unter [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)



## Trickkiste für erfolgreiche Kooperationen

„1 + 1 ist mehr als 2“ – so heißt das Handbuch zur gebietsübergreifenden und transnationalen Kooperation der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume. Das Buch informiert auf 50 Seiten anschaulich und mit zahlreichen Praxisbeispielen über die Herausforderungen, Probleme und Lösungen in der Zusammenarbeit über die eigene Region hinaus. Der Leser profitiert von den Erfahrungen aus vorangegangenen Förderphasen und einer Interviewreihe mit Akteuren und Experten. Neben dem Warum geht es vor allem um das Wie. Das Kooperationsprojekt beginnt mit der Überzeugung der regionalen Akteure in der Suche nach einem geeigneten Partner fort. Mit diesem gemeinsam ein sinnvolles und bereicherndes Projekt auf die Beine zu stellen ist der nächste Schritt, bevor der Projektantrag gestellt werden kann. Das Handbuch ist für LEADER-Akteure kostenlos und kann ab sofort bei der Vernetzungsstelle bestellt werden – per E-Mail mit dem Betreff „1 + 1 ist mehr als 2“ an [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de). **Im Internet ist es unter [www.leaderplus.de/kooperation](http://www.leaderplus.de/kooperation) als Download verfügbar.**



## Bestellinformation

In der **Broschüre der DVS „Zukunft auf dem Land gestalten“** wird der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in Deutschland einfach und verständlich erklärt. Bis zu 40 Exemplare verschickt die DVS pro Bestellung. **Bitte schicken Sie eine E-Mail mit Broschürentitel und der gewünschten Anzahl an: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)**

## MitAussteller für die eu regia gesucht

Vom 27. bis 29. Oktober 2008 findet in Leipzig wieder die „eu regia – Fachmesse für Standort- und Regionalentwicklung in Europa“ statt. Die Deutsche Vernetzungsstelle sucht für ihren Stand zwei Regionen, die Kooperationsprojekte mit anderen Partnern aus Deutschland oder Europa umsetzen.

**Unser Angebot:** Wir laden zwei Regionen dazu ein, mit uns auf der eu regia einen Stand zu gestalten und den interessierten Regionalentwicklern ihre innovativen Projekte und Lösungsansätze vorzustellen. Hierfür stellen wir je zwei Messeboards und zahlen den Stand und die Ausstattung. Die Kosten für An- und Abreise sowie Unterkunft müssen selbst übernommen werden. Neben dem fachlichen Austausch auf der Messe wird es auch ein interessantes Tagungsprogramm geben: von der transnationalen Kooperation über neue Finanzierungsformen bis hin zur Erhöhung der Beschäftigung in Stadt-Land-Regionen.

**Interessiert?** Dann melden Sie sich bitte **bis zum 16. Mai 2008** bei uns. Bitte beschreiben Sie kurz Ihr Projekt, das Sie auf der Messe vorstellen möchten. **Bewerbungen bitte per E-Mail an: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)**  
Mehr Informationen zur Messe: [www.euregia-leipzig.de](http://www.euregia-leipzig.de)

## Programm für die Vernetzung genehmigt

Die Arbeitsgrundlage der Vernetzungsstelle, das Programm „Nationales Netzwerk für den ländlichen Raum Deutschland (NLR)“ wurde von der EU-Kommission am 15. Februar 2008 gemäß ELER-Verordnung genehmigt. Das Programm hat ein Mittelvolumen von 6,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2008 bis 2013 und wird je zur Hälfte aus dem ELER-Fonds und Mitteln der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung finanziert.

# DVS im Internet

## Projekte, Veranstaltungen, Broschüren – und jede Menge ELER

Voraussichtlich im Mai wird der neue Internetauftritt der Vernetzungsstelle online gehen (siehe Kasten). Bis dahin finden Sie alle neu eingestellten Inhalte auf [www.leaderplus.de](http://www.leaderplus.de). Vor allem über die ELER-Bedingungen in den Bundesländern wird hier ausführlich informiert. Auch können Lokale Aktionsgruppen und andere Akteure Stellenangebote veröffentlichen lassen. Eine Reihe dieser Angebote sind zurzeit unter »News« nachzulesen.

## Weitere News auf leaderplus.de

### »Bund & Länder«

»ELER in den Ländern« informiert über die ELER-Programme der Länder, die angebotenen Maßnahmen und deren Finanzierung – beispielsweise über die Verteilung der Mittel auf Schwerpunkte und Maßnahmen. Für jedes Bundesland ist jetzt eine Unter rubrik vorhanden, in der die spezifischen Informationen angeboten werden: ein Link zum ELER-Programm des jeweiligen Landes, meist ergänzt um nähere Informationen zu den Maßnahmen. Verlinkt ist hier auch die Veröffentlichung „Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich“ aus dem Institut für Ländliche Räume des Johann-Heinrich-von-Thünen-Instituts (s. S. 50).

**Informationen zum ELER in Deutschland finden Sie unter: [www.leaderplus.de/eler](http://www.leaderplus.de/eler)**

### »Regionen«

Hier sind Informationen zu »LEADER 2007–2013« in den Bundesländern zu finden. Dazu gehören Übersichten, die zeigen, welche Regionen ausgewählt wurden und wo noch Auswahlverfahren ausstehen. Für viele Regionen sind die jeweiligen Ansprechpartner veröffentlicht. In der »Projektdatenbank« sind jetzt knapp 1.350 Beschreibungen von LEADER+ Projekten abzurufen. Mit dem neuen Portal wird die Datenbank um die Inhalte aus der laufenden Förderperiode erweitert.

### »Vernetzung«

»DVS-Termine« informiert über Veranstaltungen der Vernetzungsstelle. Momentan sind hier Informationen zum Workshop „Wertschöpfungspartnerschaften in der Regionalentwicklung - Kooperationsaufbau, Organisationsstrukturen und



## Neue Website der Vernetzungsstelle in den Startlöchern

Der neue Internetauftritt der Vernetzungsstelle geht voraussichtlich im Mai online: Sämtliche Informationen rund um die Belange der ländlichen Räume finden Sie dann unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de). Das neue Portal wartet nicht nur mit vielen bekannten Inhalten, sondern auch mit einem deutlich erweiterten Angebot auf. Vor allem aktuelle Nachrichten zu Entwicklungen in den ländlichen Räumen und zur Ausgestaltung der ELER-Förderung werden einen breiten Raum einnehmen, aber auch die Präsentation guter Beispiele und die Vorstellung von Akteuren in der ländlichen Entwicklung. Deutlich ausgebaut wird auch der Servicebereich: Neben Veranstaltungen und Publikationen der Vernetzungsstelle und anderer Akteure finden Sie hier zahlreiche Informationen zu Programmen und Wettbewerben sowie ausführliche unterstützende Materialien. Wer neugierig ist, kann sich Design und Struktur des neuen Portals schon einmal anzuschauen!

Management“ und zum Training „Mit Kommunikation steuern - Rollenverständnis und Kommunikationsstrukturen klären“ eingestellt (s. S. 9). [www.leaderplus.de/seminare](http://www.leaderplus.de/seminare)

Unsere Publikation »LandInForm« kann – wie bisher auch das LEADERforum – als PDF-Datei abgerufen werden. Beide Zeitschriften sind unter neuer Adresse zu finden: [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

Unter »Publikationen« in »Vorträge online« stehen jetzt die Folien-Vorträge der Tagung „Ländliche Regionalentwicklung im Wandel: Erfahrungen, Erwartungen und Umsetzung“ zum Download bereit. Die Tagung fand im Rahmen des „Zukunftsums ländliche Entwicklung“ des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz im

Januar 2008 in Berlin statt. Vorträge und Materialien vergangener Veranstaltungen sind ebenfalls hier zu finden. Auch die zur Internationalen Grünen Woche erschienene Broschüre „Zukunft auf dem Land gestalten“ zum ELER in Deutschland kann unter »Publikationen« bestellt und heruntergeladen werden. Der auf S. 6 angekündigte Kooperations-Reader wird hier ebenfalls als Download verfügbar sein. [www.leaderplus.de/publikationen](http://www.leaderplus.de/publikationen)

Wie immer freuen wir uns über Anregungen und konstruktive Kritik zu unserem Web-Angebot!

**Mehr Informationen**  
Stefan Kämper  
Telefon: 02 28 / 68 45 - 37 22  
E-Mail: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)  
[www.leaderplus.de](http://www.leaderplus.de) > kontakt

## Kooperationsgesuche

Mehr Informationen: Anke Wehmeyer – Tel: 02 28 / 68 45 - 38 41 – E-Mail: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)

### Lokale Aktionsgruppe (LAG) aus Andalusien

... sucht deutsche Partner, die nahe einer mittelgroßen Stadt (etwa 70.000 Einwohner) liegen und sich mit der Problematik, die sich für die umliegenden Gemeinden ergibt, befassen oder befassen wollen.

**Kontakt:**  
Asociación para el Desarrollo Aljarafe-Doñana  
Sr. Alfredo Florencio Calderón  
Telefon: +34 (0) 955 - 75 38 20  
E-Mail: [alfi@telefonica.net](mailto:alfi@telefonica.net), [adad@telefonica.net](mailto:adad@telefonica.net)

### Interreg IV B North-West Europe Projekt

... mit niederländischer Federführung und weiteren Partnern aus Belgien, Irland, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich sucht deutsche Partner. Es geht um die Aufwertung der Stärken ländlicher Räume, Nationalparks und grenzüberschreitend zusammengehöriger Landschaften.

**Kontakt:**  
Willem Eckhardt  
Programme Manager EU-projects  
Telefon: +31 (0) 2 63 59 95 41  
E-Mail: [w.eckhardt@prv.gelderland.nl](mailto:w.eckhardt@prv.gelderland.nl)

# Ländliche Vielfalt auf der Grünen Woche

Von Sören Bronsert

**Im Januar 2008 fand in Berlin die 73. Internationale Grüne Woche (IGW) statt. Auch das Team der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) war in der Halle „Lebens-Traum Dorf“ mit dabei. Gemeinsam mit dem BMELV und drei Lokalen Aktionsgruppen präsentierte der DVS-Stand innovative Ideen und regionale Besonderheiten aus dem ländlichen Raum.**

Weißer Rauch steigt aus der Mitte des Messestandes empor und den vorbeischlendern den Besuchern in die Nase. „Folgen Sie dem Lavaström!“, ermutigen große Buchstaben auf einem Schild. Neugierig begeben sich die Messegänger auf Erkundungstour und erfahren am DVS-Stand, wer hinter dem Vulkanmodell steckt: die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Vulkaneifel, deren Name inzwischen für einen ganzen Landkreis – früher „Landkreis Daun“ – steht. Die LAG präsentierte sich auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) mit Geopark und Gründerideen, aber auch als touristische Destination mit vulkanischem Alleinstellungsmerkmal. Gleich nebenan zogen bunte Schriftzüge und ein mannshohes interaktives Display die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich. Mit wenigen Handgriffen erklärten die Vertreter der LAG Auerbergland die Einsatzmöglichkeiten der neuen Technologie – der „Schultafel der Zukunft“ oder, wie der Besucher schnell lernte, auch „Smartboard“ genannt. Materialien zu verschiedenen Themenblöcken für den Unterricht in Grundschulen und die Erfahrungen einer Lehrerin aus der Region machten die Besucher neugierig, mehr über das Projekt zu erfahren. Dabei reichten die Messegänge bis hin zu Diskussionen um den Einsatz von Breitband-Technologie im ländlichen Raum.

Am „Marktstand“ der LAG Dübener Heide drehte sich alles um die Dachmarke „Bestes aus der Dübener Heide“. Kräuterhexen

und Musikanten machten auf die LAG-Angebote aufmerksam, und kulinarische Spezialitäten und bekannte Ausflugsorte entwickelten sich schnell zum Besucher magnets. **Ab auf die Bühne!**

Auf der großen Land-Schau-Bühne ist traditionell immer etwas los – so auch beim Programmteil der Vernetzungsstelle und ihrer drei Mitaussteller. Unter dem Motto „Ländliche Entwicklung im Fokus“ stand die Vielfalt des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Mittelpunkt. In der Auftaktdiskussion „Ländliche Entwicklung in Deutschland 2007 bis 2013 – die Vielfalt nutzen“ thematisierten Vertreter des Bauernverbandes, des Naturschutzbundes, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Vernetzungsstelle die neuen Herausforderungen in der Förderperiode. Neben praktischen Beispielen für angewandte Regionalentwicklung sorgten vor allem die Mitaussteller für Auflockerung im Bühnenprogramm. Durch die Mischung aus Gesang, Fingerhaken, Filmvorführungen, Verkostung von regionalen Spezialitäten sowie kleinen Wettbewerben zum Mitmachen bleibt die Vielfalt und Schönheit der ländlichen Regionen den Messebesuchern sicher in guter Erinnerung.

**Messestand der DVS auf der Internationalen Grünen Woche 2008 (Bild: DVS)**



**Junge Messebesucher am Vulkanmodell (Bild: DVS)**



## Fachbesucher diskussionsfreudig

Die Begleitveranstaltung des BMELV – „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ – und das DVS-Programm lockten zahlreiche Fachbesucher in die Veranstaltungsräume. Unter dem Titel „Ländliche Entwicklung im Wandel: Erfahrungen, Erwartungen und Umsetzung“ diskutierten Experten über die ländliche Entwicklungspolitik aus Sicht der OECD als internationaler Organisation sowie aus deutscher Sicht. Auf Bundesebene standen die Umsetzung von Leader in ELER und Schnittstellen zu anderen Themenfeldern im Fokus. Die Ausgestaltung des Leader-Schwerpunkts im Bundesland Bayern diente als Beispiel für integrierte Ansätze in der Förderperiode 2007–2013. Die mitausstellenden Leader-Gruppen berichteten von ihren Erwartungen und Erfahrungen bei der Umsetzung ihrer Projekte und gaben Einblick in ihre Erfolgsrezepte. Eines wurde allen Teilnehmern durch den internationalen Vergleich, die bundesdeutsche Programmvietfalt und die regionalen Beiträge besonders deutlich: Den einen ländlichen Raum und das passende Entwicklungskonzept gibt es nicht. So endete auch die Veranstaltung mit einem Appell an die Politik in diesem Sinn: „Wer ländliche Regionen entwickeln will, muss diese Vielfalt sehen und nutzen.“

### Mehr Informationen

Sören Bronsert  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 - 34 62  
E-Mail: dvs@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

# Wertschöpfungsketten aufbauen – wie geht das?

Von Jan Swoboda

Die Interessen der Akteure in den Regionen sind vielfältig, der Kontakt untereinander nicht selbstverständlich, jedoch der Schlüssel zum Erfolg. Dies ist besonders auch beim Aufbau regionaler Wertschöpfungspartnerschaften ein wichtiger Punkt. In „REGIONEN AKTIV“ (ein Modell- und Demonstrationsvorhaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) wurden in den vergangenen zwei Jahren Erfahrungen gesammelt, wie man in den Regionen speziell mit der Gruppe der Unternehmer ins Gespräch kommt. Ziel war der Aufbau regionaler Wertschöpfungspartnerschaften (WSP), eines Netzwerks von Unternehmen und weiteren Akteuren, die in einer Wertschöpfungskette zusammenarbeiten.

Im Zusammenspiel mit der Regionalentwicklung helfen solche Partnerschaften, regional bedeutsame Produkte am Markt einzuführen oder Marktpositionen auszubauen. Mehr noch: Der Bezug zur Region kann helfen, Einkommen und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und damit auch die Gesamtnachfrage in der Region zu steigern. In den meisten Regionen ist genau dies eines der wichtigsten Handlungsfelder und damit ein zentrales Anliegen des Regionalmanagements. Die Idee, dass innerhalb der eigenen Region leistungsfähige Partner gefunden werden können, wird aber von den Unternehmen selbst oft nicht aktiv verfolgt. Wenn es den Akteuren hingegen gelingt, die innerregionale Zusammenarbeit zu etablieren oder auszubauen, gewinnen sowohl die Unternehmen als auch die Region.

Die Veranstaltung „Wertschöpfungspartnerschaften in der Regionalentwicklung – Kooperationsaufbau, Organisationsstrukturen und Management“ wendet sich an Personen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Wertschöpfungsketten und -partnerschaften in ihrer Region zu initiieren und zu begleiten. Die Trainer vermitteln dabei auch die Erfahrungen aus „REGIONEN AKTIV“. Im Rahmen der Veranstaltung wird geklärt, wie Unternehmen angesprochen und eingebunden werden können, welche Organisationsformen es dafür gibt und wie Kooperationsvereinbarungen beziehungsweise Spielregeln dafür aussehen können. Die Gestaltung des Netzwerkmanagements und der Moderation im Spannungsfeld von regionalen Interessen und Unternehmerinteressen ist dabei ein wichtiger Punkt. Hier wird diskutiert, welche anderen Aktivitäten in der Regionalentwicklung den Ansatz unterstützen können und wo das Regionalmanagement an seine Grenzen stößt.

**Der Workshop der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume findet am 9. und 10. April 2008 in Gotha statt.**

**Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen begrenzt.**

**Mehr Informationen**  
[www.leaderplus.de/seminare](http://www.leaderplus.de/seminare)

# Training zur Gesprächsführung

Von Jan Swoboda

Regionale Netze zu knüpfen strengt an. „Neueinsteiger“ in der Region haben oft Schwierigkeiten, ihre Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und für wichtige Akteure die jeweils richtige Ansprache zu finden. Konfliktpotenzial und mangelndes Feedback für die eigene Leistung sind vielfach anzutreffen und erschweren die Entwicklungsarbeit in den Regionen. Für eine erfolgreiche regionale Entwicklung zählen Gesprächs-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit zu den wichtigsten Erfolgskriterien. Grundlage dafür ist zunächst die Klarheit über die eigene Rolle in den Prozessen. Hier genau liegt aber bereits das erste Problem, da die „Selbstsicht“ häufig nicht der „Fremdsicht“ entspricht und das eigene Verhalten manchmal nicht dem, was man selbst als gut für die Arbeit und für sich einschätzen würde. Ein Beispiel: Obwohl der Schreibtisch schon randvoll ist, schaffen es Projektträger, der Vorstand und andere Akteure irgendwie, noch mehr daraufzupacken oder ihre Anliegen abzuwiegeln. Warum das so ist, wie diese „persönliche Betriebsanleitung“ für die anderen aussieht und wie man hier gegensteuern kann, ist ein Inhalt der Schulung „Mit Kommunikation steuern – Rollenverständnis und Kommunikationsstrukturen klären“.

Es geht darum, persönliche Reaktionsmuster zu erkennen sowie Einflussmöglichkeiten und Verhaltensalternativen zu trainieren. Aber auch die zielorientierte Gesprächsführung, die die Rolle des Gesprächspartners in besonderer Weise berücksichtigt, ist unabdingbar für die Prozessgestaltung und wird auf der Schulung trainiert. Dazu gehören auch der Umgang mit Angriffen sowie Durchsetzungsstrategien, um angestoßene Vorhaben flüssig umsetzen zu können.

**Das Training der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume findet vom 14. bis 16. Mai 2008 in Gotha statt.**

**Die Teilnehmerzahl ist auf 15 Personen begrenzt.**

**Mehr Informationen**  
[www.leaderplus.de/seminare](http://www.leaderplus.de/seminare)

# ELER Ein Fonds - viele Möglichkeiten



Bild: flickr

Bild: BLE / Dominic Menzler



Bild: BLE / Thomas Stephan



Bild rechts & unten:  
BLE / Dominic Menzler



**Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) entfaltet seine Wirkung: Mit den Bundesländer-Programmen sind die ersten Weichen für die Umsetzung gestellt – Zeit für eine Bestandsaufnahme.**

ELER bündelt Förderinstrumente und hat damit das Potenzial, für neue Schubkraft in den ländlichen Regionen zu sorgen (mehr dazu auf den Seiten 12/13).

Aufgrund der neuen Förderstruktur und der föderalen Umsetzung in Deutschland ist es jedoch nicht leicht, sich einen Überblick über alle Möglichkeiten zu verschaffen, die der Fonds bietet. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume hat deshalb die Programme gesichtet und bietet Ihnen tabellarisch einen schnellen Überblick zu den angebotenen Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern (Seiten 14/15).

Anhand von vier Beispielen lernen Sie ab Seite 16 die unterschiedlichen Wege kennen, die die Bundesländer mit ihren Programmen einschlagen. Dabei setzt Niedersachsen einen besonderen Akzent auf die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft (Schwerpunkt 1), während Bayern den Erhalt der Kulturlandschaft betont (Schwerpunkt 2). Sachsen investiert in mehr Lebensqualität und Diversifizierung (Schwerpunkt 3) und das Saarland versucht, mit integrierter Regionalentwicklung den Strukturwandel aufzufangen (Schwerpunkt 4).

Kritisch verfolgen die Akteure aus dem ländlichen Raum die Ausgestaltung. Sie verbinden – je nach Interessenlage – unterschiedliche Chancen und Risiken mit ELER in Deutschland. Wir laden Sie ein, mit den Beiträgern des Deutschen Bauernverbands, des Naturschutzbunds Deutschland, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie des Bundesverbands der Regionalbewegung (ab Seite 24) in die Diskussion rund um ELER einzusteigen!



Bild: BLE / Dominic Menzler



Bild: BLE / Dominic Menzler



Bild: BLE / Thomas Stephan

Bild: BLE / Thomas Stephan

# ELER: Neue Schubkraft für die ländlichen Räume

Von Stefan Lange

Die ländliche Entwicklung wird in der Europäischen Union (EU) durch die Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums geregelt. Die EU gibt hiermit den Rahmen vor, die Bundesländer füllen ihn mit Inhalt. Dabei haben sie für die Förderperiode 2007-2013 das Spektrum der Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Wieviel Gelder europaweit und in Deutschland zu Verfügung stehen, wie die Bundesländer die Gelder auf die vier Schwerpunkte verteilt haben und welche neuen Chancen sich für die ländliche Entwicklung eröffnen, das wird im folgenden Beitrag vorgestellt.

Seit den Reformen der Agenda 2000 wird die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in zwei Säulen unterteilt: In der 1. Säule sind alle Mittel zusammengefasst, die den Landwirten zum Beispiel als flächengebundene Direktbeihilfen gezahlt werden, sofern sie bestimmte Auflagen einhalten (Cross Compliance). Die 2. Säule umfasst alle Gelder für Förderung und Entwicklung der ländlichen Räume in der EU. Im September 2005 hat der Agrarrat der Europäischen Union (EU) eine weitere, tief greifende Reform der 2. Säule für den Zeitraum 2007 bis 2013 verabschiedet.

Die bereits mit der Agenda 2000 vorgenommene Aufwertung der Ländlichen Entwicklung fand dadurch auch in der Finanzplanung ihren Niederschlag.

Die Europäische Kommission knüpft hohe Erwartungen an diese Reform, wie auch EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel deutlich macht: „Die Mittel [der 2. Säule] für die ländliche Entwicklung können zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft eingesetzt werden und spielen eine wesentliche Rolle bei der Förderung von Umweltvorhaben auf dem Lande. Aber die Gelder können auch außerhalb der traditionellen Landwirtschaft eingesetzt werden, um in den ländlichen Gebieten neue Arbeitsplätze zu schaffen und neue Unternehmen zu gründen. Es wird viel über Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen geredet – dies ist ein konkretes Beispiel für EU-Gelder, die gerade hierzu beitragen“, so die EU-Kommissarin im Zusammenhang mit der Verteilung der Gelder auf die Mitgliedstaaten.

## ELER macht integrierte Planung möglich

Die Erwartungen sind berechtigt – standen doch bislang viele EU-Förderungen im Agrarbereich und im ländlichen Raum isoliert nebeneinander. Die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) hat ein Dach geschaffen und so die Fördermaßnahmen zusammengefasst. Dabei gibt es vier Schwerpunkte:

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
2. Verbesserung von Umwelt und Landschaft durch Landbewirtschaftung,
3. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sowie
4. Aktivitäten im Rahmen von Leader.

Die EU-Beteiligung für die ländliche Entwicklung im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik wird jetzt aus einem ein-

zigen Fonds geleistet, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Jeder Mitgliedstaat (in Deutschland jedes Bundesland) musste hierfür ein Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum erarbeiten und von der Europäischen Kommission genehmigen lassen. Darin enthalten ist ein Maßnahmenpaket, das auf die jeweiligen Bedingungen zugeschnitten ist; es enthält aber auch Parameter, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu kontrollieren und zu evaluieren.

## 91 Milliarden für die Mitgliedstaaten

Einschließlich der Mittel aus der fakultativen Modulation in Großbritannien stellt die EU von 2007 bis 2013 fast 91 Milliarden Euro zur Förderung ländlicher Räume in den Mitgliedstaaten bereit.

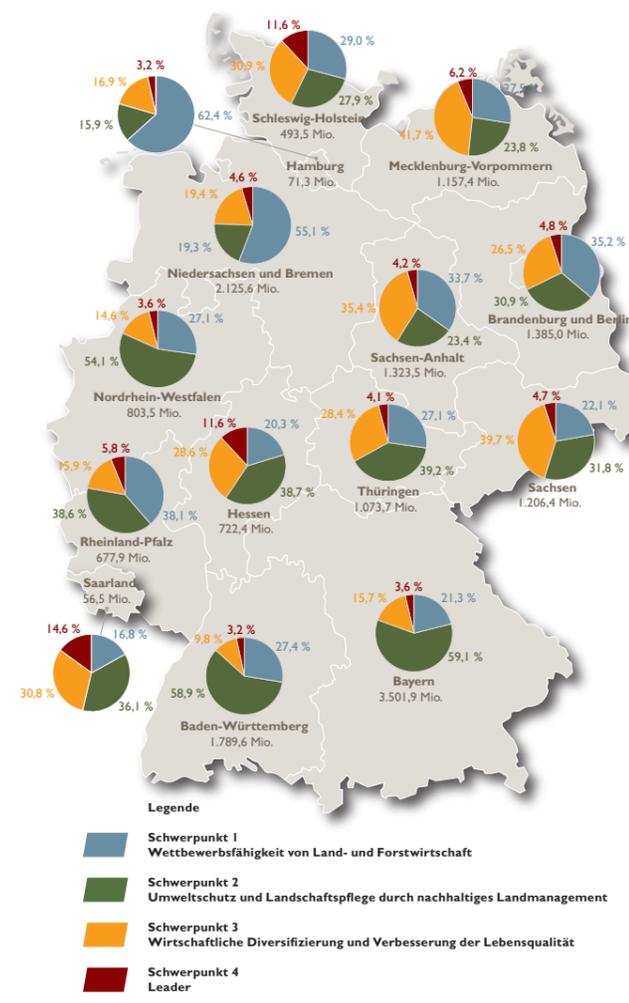
Auf Basis der eingereichten – zum Teil noch nicht genehmigten – Programme ist zu erwarten, dass EU-weit voraussichtlich 36 Prozent dieser Mittel für Schwerpunkt 1 – Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft – verwendet werden, wobei die Maßnahme „Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe“ mit deutlichem Abstand gefolgt von den Maßnahmen „Erhöhung der Wertschöpfung bei land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen“ und „Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur zur Entwicklung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft“ im Vordergrund stehen dürfte.

Für Schwerpunkt 2 (Verbesserung von Umweltschutz und Landschaft durch Landbewirtschaftung) werden die meisten Mittel in der EU eingesetzt: Etwa 45 Prozent aller ELER-Mittel aus Brüssel werden voraussichtlich in diesen Schwerpunkt fließen. Dabei nehmen Zahlungen für „Agrarumweltmaßnahmen“ mit schätzungsweise 19 bis 20 Milliarden Euro und für die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und Berggebieten mit circa 13 Milliarden Euro den Löwenanteil ein.

Etwa 19 Prozent der EU-Mittel wollen die Mitgliedstaaten für den 3. Schwerpunkt – Verbesserung der Lebensqualität / Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft – verwenden. Die finanziell bedeutendsten Maßnahmen in der gesamten EU dürften hier die „Dorferneuerung“, die „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ und die „Förderung der Gründung und Entwicklung von Kleinstunternehmen“ sein.

Von den für die drei thematischen Schwerpunkte vorgesehenen Mitteln werden voraussichtlich etwa 6 Prozent über den methodischen Leader-Ansatz (Schwerpunkt 4) verausgabt.

Die ELER-Verordnung gibt vor, dass die Mitgliedstaaten in ihren Entwicklungsprogrammen für jeden der vier ELER-Schwerpunkte einen Mindestanteil der EU-Mittel einplanen müssen. Dieser beträgt für die Schwerpunkte 1 und 3 jeweils zehn Prozent, für den 2. Schwerpunkt fünfundsiebzig Prozent und für Leader fünf Prozent.



Verteilung der Mittel auf die Schwerpunkte in den Ländern (öffentliche Mittel inklusive Top-ups)

## Nationale Mittel kommen hinzu

Jeder Mitgliedstaat hat nationale Finanzierungsinstrumente geschaffen, um Maßnahmen im ländlichen Raum zu fördern. In Deutschland ist das zum einen die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), die aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wird. Zum anderen setzen die Bundesländer originäre Landesmittel ein. Diese nationalen Mittel werden um die EU-Mittel aus dem ELER-Fonds ergänzt. Zusammen machen die Mittel aus dem ELER (rund 8,1 Milliarden Euro) und die nationalen Kofinanzierungsmittel in Deutschland gut 13,2 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007–2013 aus. Die Fördersätze über den ELER betragen in den alten Bundesländern grundsätzlich maximal 50 Prozent der öffentlichen Ausgaben, in den neuen Bundesländern maximal 75 Prozent. Da die EU dem Schwerpunkt 2 sowie dem Leader-Schwerpunkt besondere Priorität einräumt, sind hier die jeweiligen Fördersätze um 5 Prozentpunkte erhöht; sie liegen also bei maximal 55 beziehungsweise 80 Prozent der öffentlichen Ausgaben.

Zudem hat jedes Bundesland die Möglichkeit, die vier Schwerpunkte mit zusätzlichen nationalen Mitteln aufzustocken, um so einzelne Themenfelder verstärkt zu unterstützen. Auf diese Weise fließen schätzungsweise weitere 3,2 Milliarden Euro als so genannte Top-ups in die Förderung der ländlichen Räume. Im Rahmen der ELER-Programme stehen damit in Deutschland für die Förderphase 2007–2013 insgesamt rund 16,4 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln für die Förderung der ländlichen Entwicklung zur Verfügung.

## Jedes Land setzt eigene Schwerpunkte

Ihren jeweiligen Stärken und Schwächen entsprechend, haben die Bundesländer mit ihren Entwicklungsprogrammen unterschiedliche Förderschwerpunkte gesetzt (siehe Karte). So wollen zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt ihren

strukturellen Problemen und dem beschleunigten demographischen Wandel mit einer verstärkten Förderung des 3. Schwerpunktes – Verbesserung der Lebensqualität und wirtschaftliche Diversifizierung – begegnen. Die ökonomisch starken Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern mit ihrer eher kleinstrukturierten Landwirtschaft hingegen wollen fast 60 Prozent ihrer Mittel in Maßnahmen des Schwerpunktes 2, also vor allem über die Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete in den Umweltschutz und die Landschaftspflege, investieren. Das große Agrarland Niedersachsen hingegen hat rund 55 Prozent der Gelder für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der vorhandenen Land- und Forstwirtschaft und damit für den Schwerpunkt 1 eingeplant.

Auf den Seiten 16–23 stellen die vier Bundesländer Bayern, Niedersachsen, das Saarland und Sachsen ihre Entwicklungsprogramme vor und zeigen, warum sie sich entschlossen haben, jeweils einen der vier Schwerpunkte besonders stark zu fördern.

## Vernetzung von Anfang an

Die Bündelung aller Fördermaßnahmen unter dem Dach von ELER ist nicht nur in sich eine Integrationsleistung: Auch die zahlreichen Akteure, die in den verschiedensten Funktionen für die Erhaltung und Entwicklung lebenswerter ländlicher Strukturen arbeiten, werden zu einer integrierten Betrachtung motiviert. So mussten die verantwortlichen Planer in den Bundesländern schon bei der Erarbeitung der Entwicklungsprogramme die verschiedenen Fördermöglichkeiten im Blick haben, konkurrierende Interessen gegeneinander abwägen und im Abgleich mit den Stärken und Schwächen ihres Bundeslandes bewusst Förderschwerpunkte setzen und begründen. In der ELER-Verordnung wird an mehreren Stellen dazu aufgefordert, mit anderen Wirtschafts- und Sozialpartnern zu kooperieren und gemeinsam die Zukunft zu planen. Das trifft vor allem für Maßnahmen des 3. Schwerpunktes im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) sowie für integrierte Konzepte im Rahmen von Leader zu.

## Kooperation: Kein Muss, aber sinnvoll

Dies gilt aber nicht durchgängig. Viele der in den Schwerpunkten 1 und 2 gebündelten Maßnahmen stellen Mainstream-Förderungen dar, die bereits aus der Vergangenheit bekannt sind. Diese können die Landwirte wie bisher beantragen und genehmigt bekommen (z.B. Agrarinvestitionsförderung, Agrarumweltmaßnahmen). Eine Vernetzung mit anderen Akteuren ist dabei nicht erforderlich. Gleichwohl haben etliche Maßnahmen, die isoliert umsetzbar sind, auch durchaus das Potenzial, in regionale Ansätze integriert zu werden und dadurch einen Mehrwert für alle Beteiligten zu bringen. So kann es nur sinnvoll sein, beim Aufbau einer hofeigenen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte auch zu schauen, welche weiteren Aktivitäten es noch in der eigenen Region gibt. Vielleicht gibt es ja eine Ganztagschule, die für ihre Kantine regionale Lebensmittel benötigt? Oder benachbarte Einzelhändler, die die Produkte auch regional vermarkten könnten? Die vorhandenen Stärken zusammenzuführen und so die Region zukunftsfähig zu machen, das sollte das Ziel der ländlichen Entwicklung sein.

## Bewertung steht noch aus

Wie die verschiedenen Förderungen für den ländlichen Raum in Anspruch genommen werden und inwieweit die Maßnahmen im Rahmen integrierter Ansätze umgesetzt werden, werden die Erfahrungen und die Evaluierungsergebnisse in den kommenden Jahren zeigen. Erst dann kann beurteilt werden, ob die angestrebten Ziele im ländlichen Raum erreicht werden konnten.

### Mehr Informationen

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
 Telefon: 02 28 / 99 68 45 39 56  
 E-Mail: dvs@ble.de  
 www.netzwerk-laendlicher-raum.de

# ELER in Deutschland im Vergleich

Artikel der ELER-VO	Schwerpunkt 1												Schwerpunkt 2									Schwerpunkt 3						Schwerpunkt 4										
	Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft												Umwelt und Landschaft									Lebensqualität und Diversifizierung						Leader										
	Know-how und Humanpotenzial					Sachkapital und Innovationsförderung							Produktqualität			Landwirtschaftliche Flächen						Bewaldete Flächen			Diversifizierung			Lebensqualität			Lokale Entwicklungsstrategie							
Maßnahmen-Code	Art. 21	Art. 22	Art. 23	Art. 24	Art. 25	Art. 26	Art. 27	Art. 28	Art. 29	Art. 30	Art. 20 b) vi)	Art. 32	Art. 33	Art. 37	Art. 37	Art. 38	Art. 39	Art. 40	Art. 41	Art. 43	Art. 45	Art. 46	Art. 47	Art. 48	Art. 49	Art. 53	Art. 54	Art. 55	Art. 56	Art. 52 b) ii)	Art. 57	Art. 58	Art. 59	Art. 64	Art. 64	Art. 64	Art. 65	Art. 63 c)
BW																																						
BY																																						
BB/BE																																						
HH																																						
HE																																						
MV																		AV																				
NI/HB																																						
NW					AV														AV	AV																		
RP																																						
SL																																						
SN			AV																																			
ST																																						
SH																																						
TH																																						

Erläuterungen

AV AV Maßnahme ausschließlich aus Altverpflichtung resultierend (keine Neubewilligungen 2007 bis 2013)

Maßnahmencode gemäß VO (EG) Nr. 1974 / 2006:

Schwerpunkt	Code	Beschreibung
Schwerpunkt 1	111	Berufsbildungs- u. Informationsmaßnahmen, einschl. Verbreitung wissenschaftl. Erkenntnisse u. innovativer Verfahren für in der Land-, Ernährungs- o. Forstwirtschaft Tätige
	112	Niederlassung von Junglandwirten
	113	Vorruhestand von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern
	114	Inanspruchnahme von Beratungsdiensten durch Landwirte und Waldbesitzer
	115	Aufbau von Betriebsführungs-, Vertretungs- u. Beratungsdiensten für landwirt. Betriebe u. von Beratungsdiensten für forstwirt. Betriebe
	121	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe
	122	Verbesserung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder
	123	Erhöhung der Wertschöpfung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse
	124	Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren & Technologien i. d. Land- u. Ernährungswirtschaft sowie im Forstsektor
	125	Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft
	126	Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen geschädigtem landwirt. Produktionspotenzial sowie geeignete vorbeugende Aktionen
	132	Unterstützung von Landwirten, die sich an Lebensmittelqualitätsregelungen beteiligen
	133	Unterstützung v. Erzeugergemeinschaften bei Informations- u. Absatzförderungsmaßnahmen für Erzeugnisse, die unter Lebensmittelqualitätsregelungen fallen
Schwerpunkt 2	211	Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile zugunsten von Landwirten in Berggebieten
	212	Zahlungen zugunsten von Landwirten in benachteiligten Gebieten, die nicht Berggebiete sind
	213	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und Zahlungen im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie
	214	Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen
	215	Zahlungen für Tierschutzmaßnahmen
	216	Beihilfen für nichtproduktive Investitionen
	221	Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen
	223	Erstaufforstung nichtlandwirtschaftlicher Flächen
	224	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000
	225	Zahlungen für Waldumweltmaßnahmen
	226	Wiederaufbau des forstwirtschaftlichen Potenzials und Einführung vorbeugender Aktionen
227	Beihilfen für nicht produktive Investitionen	

Schwerpunkt	Code	Beschreibung
Schw. 3	311	Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten
	312	Beihilfe für die Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen
	313	Förderung des Fremdenverkehrs
	321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung
	322	Dorferneuerung und -entwicklung
	323	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes
	331	Berufsbildungs- u. Informationsmaßnahmen für die Wirtschaftsakteure in den unter Schwerpunkt 3 fallenden Maßnahmen
	341	Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung / Sensibilisierung im Hinblick auf Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie
Schw. 4	411	Lokale Entwicklungsstrategien – Wettbewerbsfähigkeit
	412	Lokale Entwicklungsstrategien – Umweltschutz / Landbewirtschaftung
	413	Lokale Entwicklungsstrategien – Lebensqualität / Diversifizierung
	421	Transnationale und gebietsübergreifende Zusammenarbeit
	431	Arbeit der lokalen Aktionsgruppe sowie Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung in dem betreffenden Gebiet

Seit November 2007 hat die EU-Kommission nunmehr allen 14 deutschen Programmen zur ländlichen Entwicklung grünes Licht gegeben. Zeit, eine erste Bestandsaufnahme hinsichtlich der verschiedenen Programmausgestaltungen zu machen. Die oben stehende Tabelle bietet einen schnellen Überblick über die von den Bundesländern jeweils angebotenen ELER-Maßnahmen.

# Niedersachsen: Mit Schwerpunkt Eins das PROFIL stärken

Von Jens Kullik

Als Deutschlands Agrarland Nummer Eins setzt Niedersachsen auch bei seinem ELER-Programm auf Schwerpunkt I. Wie die genaue Strategie aussieht und wie die drei anderen Schwerpunkte in die Regionalpolitik eingebunden werden, zeigt der folgende Beitrag.

In Niedersachsen wird die ELER-Verordnung über das „Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013“ (PROFIL) umgesetzt. Hier sind rund 55 Prozent der Fördermittel für den Schwerpunkt I und damit für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft ausgewiesen. Ein klares Zeichen, das sich strukturell begründen lässt.

## Ein klassisches Agrarland

In Niedersachsen leben auf einer Fläche von ca. 48.000 Quadratkilometern etwa acht Millionen Einwohner. Damit ist Niedersachsen flächenmäßig das zweitgrößte und der Einwohnerzahl nach das viertgrößte Bundesland. Rund die Hälfte der Bevölkerung wohnt im ländlichen Raum, der auch wichtige Erholungs- und Regenerationsfunktionen erfüllt.

Zwischen Küstenraum und Harz liegen vielfältige Kultur- und Naturlandschaften, die überwiegend von der Land- und Forstwirtschaft geprägt sind. Von den 3,5 Millionen Erwerbstätigen arbeiten 3,5 Prozent in der primären Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft; bezieht man die vor- und nachgelagerten Bereiche mit ein, sind es 7 Prozent der Erwerbstätigen. Mit seinen geschätzten 250.000 Beschäftigten liegt dieser sich dynamisch entwickelnde Wirtschaftszweig damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Vor diesem Hintergrund ist es ein wesentliches Ziel der Landesregierung, das wirtschaftliche Potenzial des ländlichen Raums zu sichern und nachhaltig zu stärken.

Die Lebensbedingungen in Stadt und Land haben sich in Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angenähert. Der dynamische Strukturwandel hat alte Gegensätze abgeschwächt und zugleich zu einer vielfältigen Differenzierung der ländlich geprägten Räume geführt. Große Teile der ländlichen Regionen haben diesen Strukturwandel gut bewältigt. Die wirtschaftliche Entwicklung des Oldenburger Münsterlandes etwa dient hier bundesweit als Vorbild. In einigen Teilräumen konnte die ausgeprägte, traditionell bedingte Strukturschwäche allerdings noch nicht überwunden werden.

## Probleme erkennen und angehen

Die strukturellen Anpassungsprozesse werden sich künftig fortsetzen. Sie werden bestimmt durch:

- die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen,
- die zunehmende europäische Integration und die EU-Osterweiterung,
- die Privatisierung ehemals staatlicher Leistungen,
- die dynamische Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien und
- den demographischen Wandel.

Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung müssen diese Prozesse berücksichtigen.

Sie sollen zur Modernisierung des Agrarsektors sowie zur Förderung von Diversifizierung und Innovation in den ländlichen Räumen dienen. Die Berücksichtigung der in der ELER-Verordnung formulierten Schwerpunktachsen und die besondere Bedeutung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Niedersachsen schlagen sich in der Verteilung der Fördermittel im Programm nieder. Dabei werden Synergien genutzt und Widersprüche in der Programmgestaltung vermieden.

## Wettbewerbsfähigkeit an erster Stelle

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit muss in der Förderperiode 2007 bis 2013 vorrangiges Ziel im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums sein. Nur so kann der Strukturwandel im Agrarsektor angemessen abgefedert und gestaltet werden. Daher werden, wie bereits genannt, 55 Prozent der Fördermittel für Maßnahmen im Schwerpunkt I der ELER-VO eingesetzt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass auch die Flurneuordnung und der ländliche Wegebau in der neuen Förderperiode zu diesem Bereich gehören. Um aber eine ganzheitliche Ausrichtung für die Förderung und Entwicklung im ländlichen Raum zu erreichen, ist das Zusammenspiel von Maßnahmen aller vier ELER-Bereiche nötig. Niedersachsen hat dabei folgende Schwerpunkte gesetzt:

## Rund-um-Paket für starke ländliche Räume

Mit Hilfe der Maßnahme „Agrarinvestitionsförderungsprogramm“ (AFP) aus Schwerpunkt I soll die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe in Niedersachsen gezielt unterstützt werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird dabei nachhaltig verbessert – sowohl ökonomisch als auch hinsichtlich des Umweltschutzes, des Tierschutzes, der Hygiene und der Sicherheit am Arbeitsplatz.

Zur Verbesserung der Umwelt und der Landschaft tragen neben den Maßnahmen des Schwerpunktes 2 auch zahlreiche Maßnahmen der übrigen Schwerpunktachsen bei. So werden etwa mit Hilfe der „Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft“ aus Schwerpunkt 3 Schutz-, Instandhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen für Biotop sowie Maßnahmen zum Schutz, zur Förderung oder zur Wiederansiedlung von Tier- und Pflanzenarten umgesetzt.

## Cross Compliance in Kürze

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 wird die Gewährung von Direktzahlungen ab dem Jahr 2005 auch an die Einhaltung von Vorschriften in den Bereichen Umwelt, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz (Cross Compliance) geknüpft. Damit wird die Einhaltung dieser anderweitigen Verpflichtungen Teil der Regelungen der Gemeinsamen Marktorganisationen, indem Verstöße gegen diese Vorschriften zu einer Kürzung der Direktzahlungen führen. **Mehr Informationen unter:** [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de) > **Topthemen** > **Cross Compliance**



Bild: BLE / Thomas Stephan

## Verteilung der Fördermittel in Niedersachsen

Schwerpunkte	EU-Mittel, gerundet in Mio. EUR
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	338,6
Verbesserung der Umwelt und Landschaft	204,8
Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	195,1
Umsetzung des Leader-Konzepts	60,0
Technische Hilfe	16,9
<b>Fördermittel insgesamt</b>	<b>815,4</b>

## Indikativer Finanzplan in Niedersachsen (Ausgaben 2007–2013 in Mio. EUR)

Schwerpunkt I					
Gesamtkosten			davon		
Code	Maßnahme		Öffentliche Ausgaben	EU-Mittel	Private Ausgaben (Schätzwerte)
111	Qualifizierung	9,7	7,6	3,9	2,1
114	Einzelbetriebliche Managementsysteme	28,0	16,8	9,1	11,2
121	Agrarinvestitionsförderung	854,9	213,7	119,0	641,2
123	Verarbeitung und Vermarktung	200,5	50,2	29,2	150,3
125	Flurbereinigung, Wegebau und Wegebau Forst	243,5	229,0	123,2	14,5
126	Hochwasser- und Küstenschutz	99,2	99,2	54,2	0,0
<b>Schwerpunkt I insgesamt</b>		<b>1.435,8</b>	<b>616,5</b>	<b>338,6</b>	<b>819,3</b>

Mit der „Qualifizierung für Naturschutzmaßnahmen“ (Schwerpunkt 3) sollen Bewirtschafter für den Naturschutz weiterqualifiziert werden. Die Maßnahmen der „Dorferneuerung und -entwicklung“ (Schwerpunkt 3) tragen unter anderem dazu bei, Lebensräume für Flora und Fauna zu schaffen und zu vernetzen, dorfspezifische Ökosysteme zu sichern und auszubauen sowie ökologisch bedeutsame Landschaftselemente zu gestalten. Die Flächen dienen damit dem Arten- und Naturschutz gleichermaßen. Dies gilt auch für die entsprechende Durchführung von „Flurbereinigungsverfahren“ (Schwerpunkt 1). Auch wird mit „Dorferneuerung und -entwicklung“ eine Grundlage zum Erhalt des ländlichen Kulturerbes und zur Diversifizierung, also auch zur Schaffung neuer Einkommensquellen, gelegt. Bei der Maßnahme „Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlichen Beratungsdiensten“ (Schwerpunkt 1) werden wichtige

Aspekte des Klimaschutzes im Rahmen der Umsetzung der Cross-Compliance-Vorschriften (siehe **Kasten**) berücksichtigt. Der Leader-Ansatz (Schwerpunkt 4) schließlich ermöglicht es, mit Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1 bis 3 Regionalentwicklung zu betreiben, die auf der Bottom-up-Methode basiert und lokale Akteure sowie Wirtschafts- und Sozialpartner aktiv einbezieht.

## Mehr Informationen

Dr. Dr. Jens Kullik  
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Telefon: 05 11 / 120 - 21 80  
E-Mail: [jens.kullik@ml.niedersachsen.de](mailto:jens.kullik@ml.niedersachsen.de)  
[www.niedersachsen.de](http://www.niedersachsen.de)

# Bayern: Schwerpunkt 2 für den Erhalt der Kulturlandschaft

Von Maximilian Wohlgshaft und Birgit Böhm

Ein finanzieller Kernbereich der Förderung liegt in Bayern auf dem 2. Schwerpunkt der ELER-Verordnung: Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer umwelt- und naturverträglichen Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen nehmen eine Schlüsselrolle ein.

In Bayern wird ELER mit dem „Bayerischen Zukunftsprogramm Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum 2007–2013“ (BayZAL) umgesetzt. Es bietet eine breite Palette von Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, zur Honorierung von Umweltleistungen und zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung.

In Bayern leben etwa 60 Prozent der rund 12,3 Millionen Menschen im ländlichen Raum, der durch rund 50.000 Städte, Dörfer, Weiler und Einzelhöfe sowie abwechslungsreiche Landschaftsbilder charakterisiert ist. Mehr als 85 Prozent der Landesfläche ist Kulturlandschaft. Die Verflechtungen zwischen den einzelnen Teilräumen sind vielfältig, so dass die Maßnahmen auf Grundlage des BayZAL nicht nur den ländlichen, sondern auch den städtischen Teilräumen Nutzen und Mehrwert bringen.

Mehr als ein Drittel der Landesfläche ist mit Wald bedeckt, das Eigentum ist mit über 700.000 Waldbesitzern breit gestreut. Darüber hinaus wird über die Hälfte der Fläche landwirtschaftlich genutzt.

In den rund 125.000 bayerischen Landwirtschaftsbetrieben – das entspricht etwa einem Drittel der Betriebe in Deutschland – sind zirka 330.000 Personen in Voll- oder Teilzeit beschäftigt. Der Produktionswert beträgt rund 9 Milliarden Euro. Jeder neunte Arbeitsplatz in Bayern hängt direkt oder indirekt mit dem Agrarbereich zusammen.

## Kulturlandschaft – ein kostbares Gut

Die Funktion ländlicher Räume als Ausgleichs- und Erholungsraum wird für alle bayerischen Bürger weiter an Bedeutung gewinnen. Auch ist das touristische Potenzial Bayerns wegen der naturräumlichen Ausstattung im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Gerade landschaftlich attraktive Erholungsgebiete bieten allerdings häufig ungünstige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen. Den Landwirten ist es immer weniger zumutbar, ihre landeskulturellen Leistungen als „kostenlose Nebenleistung“ zu erbringen. Um die ländlichen Räume in ihren vielfältigen Funktionen und ihrer Attraktivität zu erhalten, bleibt es auch in Zukunft eine besondere Herausforderung, die Kulturlandschaft durch eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu pflegen. Bayern weist aufgrund seiner Größe und der unterschiedlichen naturräumlichen Ausstattung sehr unterschiedliche Landschaften mit einer großen Anzahl ökologisch wertvoller Lebensräume auf. Ein Großteil dieser Lebensräume ist durch eine Jahrhunderte lange natur-schonende landwirtschaftliche Nutzung entstanden. Sie sind in einer intensiv agrarisch genutzten Landschaft Rückzugsräume für zahlreiche im Bestand gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Sowohl die Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits als auch die Aufgabe der Bewirtschaftung andererseits können diese hochwertigen Flächen und die typische Artenausstattung gefährden. Ihr Schutz erfordert schonende Nutzungsformen, die Beeinträchtigungen vermeiden und die nachhaltige Nutzungsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleisten.

## Verteilung der Fördermittel in Bayern

Schwerpunkte	EU-Mittel, gerundet in Mio. EUR
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	277
Verbesserung der Umwelt und Landschaft	774
Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	134
Umsetzung des Leader-Konzepts	63
Technische Hilfe	6
<b>Fördermittel insgesamt</b>	<b>1.254</b>

## Schwerpunkt 2 – Verbesserung der Umwelt und der Landschaft

Die „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ (Schwerpunkt 2) ist in Bayern das zentrale Element der Förderstrategie 2007–2013. Agrar- und Waldumweltmaßnahmen nehmen eine herausragende Stellung ein. Ein wesentliches Ziel der bayerischen Agrarpolitik ist der Erhalt einer flächendeckenden umweltgerechten Landbewirtschaftung mit einer möglichst großen Anzahl selbstständiger bäuerlicher Betriebe. Über das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) wird den Landwirten nach dem Prinzip „Leistung für Gegenleistung“ ein leistungsbezogenes Entgelt für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft und den Ressourcenschutz gewährt. Die Extensivierungsmaßnahmen beziehen entweder den gesamten Betrieb ein oder sind auf einen Betriebszweig bzw. auf Einzelflächen ausgerichtet. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP/EA) dient als wichtigstes Instrument zur Umsetzung der Naturschutzziele, insbesondere von Natura 2000. Die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung ist unverzichtbar für die Attraktivität des ländlichen Raums und damit auch Grundlage für den Tourismus. Mit der Ausgleichszulage in Berggebieten sowie in sonstigen benachteiligten Gebieten werden die dort bestehenden natürlichen Ertragsbenachteiligungen wenigstens teilweise kompensiert. Zusammen mit den Agrarumweltmaßnahmen trägt die Ausgleichszulage dazu bei, die Landschaft offen zu halten und zu pflegen. Zentrales Anliegen der Forstpolitik in Bayern ist es, zukunftsfähige Wälder zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft zu stärken. Hierzu werden waldbauliche Förderprogramme im Rahmen der Erstaufforstung und des Waldumbaus eingesetzt.

## Verzahnung mit den anderen Schwerpunkten

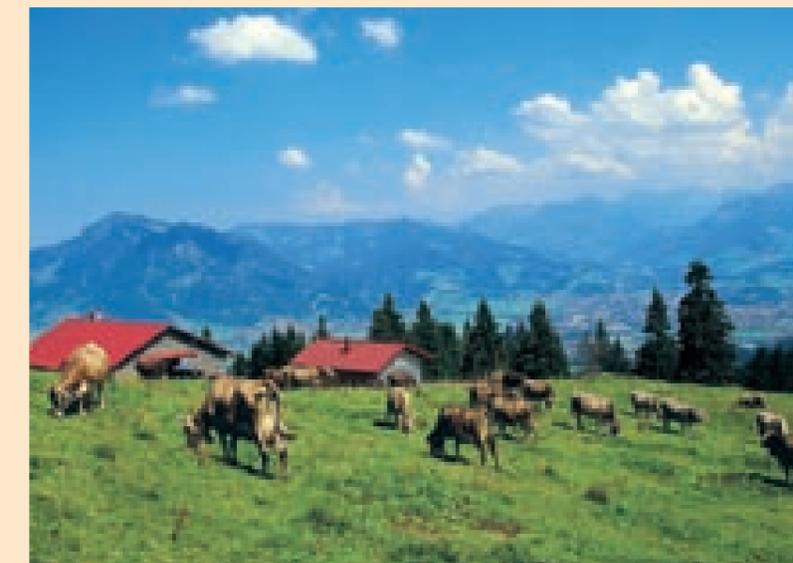
Aufgrund der stärkeren Betonung der Lissabon-Strategie wurde Schwerpunkt 1 in der jetzigen Förderperiode mit mehr Mitteln ausgestattet als in der vorangegangenen Förderperiode. Mit den Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft verbessert werden. Hierzu gehört auch die „Einzelbetriebliche Investitionsförderung“ (EIF), mit deren Hilfe der Strukturwandel abgedeckt, die Betriebe modernisiert und somit die bayerische Landwirtschaft gestärkt werden sollen. Durch die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird die Wertschöpfung der Ernährungswirtschaft vor allem durch innovative Investitionen verbessert. Die Neuordnung der Eigentums- und Pachtflächen sorgt für eine nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Die Verbesserung der Walderschließung ermöglicht eine rationelle, nachhaltige und wettbewerbsfähige Bewirtschaftung des Waldes. Durch die geographischen Besonderheiten ist der Schutz vor Hochwasser in Bayern eine wichtige Vorsorgeaufgabe zur Erhaltung und Entwicklung des ländlich geprägten Lebens- und Wirtschaftsraums.

Die „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung“ wird durch die Maßnahmen des Schwerpunktes 3 unterstützt. Die Dorferneuerung ist ein bewährtes Programm zur Stärkung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Potenziale sowie zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum. Durch die Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten sollen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten erschlossen werden. Die Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege tragen dazu bei, die naturschutzfachlichen Zielsetzungen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Landwirten und Maßnahmeträgern umzusetzen.

Mit Leader schließlich lassen sich alle drei Ziele des ELER miteinander kombinieren. So können die endogenen Entwicklungspotenziale ländlicher Gebiete mobilisiert werden – mit Hilfe einer Entwicklungsstrategie, die auf die örtlichen Bedürfnisse und Stärken zugeschnitten ist.

### Mehr Informationen

Dr. Maximilian Wohlgshaft und Birgit Böhm  
 Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten  
 Telefon: 089 / 21 82-2222 oder 089 / 21 82-23 01  
 E-Mail:  
[maximilian.wohlgshaft@stmlf.bayern.de](mailto:maximilian.wohlgshaft@stmlf.bayern.de) oder  
[birgit.boehm@stmlf.bayern.de](mailto:birgit.boehm@stmlf.bayern.de)  
[www.stmlf.bayern.de](http://www.stmlf.bayern.de)



Bilder: Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten (StMLF)

# Sachsen: Schwerpunkt 3 für mehr Lebensqualität und Diversifizierung

Von Egbert Thierbach

Die ELER-Mittel werden in Sachsen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft eingesetzt. Im Rahmen des Schwerpunkts 3 stehen die Maßnahmen „Dorferneuerung und -entwicklung“ sowie „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung“ im Mittelpunkt der Förderung.

Für die Umsetzung des ELER hat der Freistaat Sachsen das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) erstellt. Insgesamt stehen EU-Mittel in Höhe von rund 927 Millionen Euro zur Verfügung, die durch Landesmittel ergänzt werden. Die Verwendung der Mittel erfolgt dabei zielgerichtet im Einklang mit der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft Sachsens.

## Finanzielle Ausstattung

Mit 359 Millionen Euro sind die meisten der insgesamt zur Verfügung stehenden EU-Mittel des EPLR für Schwerpunkt 3 eingeplant. Ergänzt um Landesmittel, stehen damit für Schwerpunkt 3 rund 479 Millionen Euro an öffentlichen Ausgaben, verteilt auf sechs Maßnahmen, bereit.

## Warum Schwerpunkt 3?

Die sozioökonomischen Verhältnisse im Freistaat Sachsen variieren stark. Knapp die Hälfte der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der etwa 83 Prozent der Landesfläche einnimmt. Doch gerade hier wirkt der demographische Wandel am stärksten. Der Rückgang der Bevölkerung – als Folge des anhaltenden Geburtendefizits und der stetigen Abwanderung – ist und bleibt eine entscheidende Größe bei der Entwicklung des ländlichen Raums. Die Ursachen für die Schrumpfungprozesse sind vor allem in fehlenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu suchen.

Für die Menschen, die dort leben, bleibt der ländliche Raum jedoch unersetzbar. Dies liegt insbesondere an der vorhandenen Lebensqualität und der Attraktivität der ländlich geprägten Dörfer als Wohnstandort. Diese Qualitäten aufzugreifen und zu fördern ist eines der Ziele des EPLR. Dazu ist es aber auch notwendig, die Grundversorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen sicherzustellen und anzupassen. Ein Bereich mit beachtlichem Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums ist der Landtourismus für den insbesondere die bessere Vermarktung von bestehenden Angeboten bzw. deren Weiterentwicklung im Mittelpunkt steht. Darüber hinaus sind im ländlichen Raum Sachsens zahlreiche Initiativen aktiv, die sich zum Ziel gesetzt haben, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Regionen voranzubringen.

## Aus Schwächen Stärken machen

Mit der Maßnahme „Diversifizierung hin zu nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten für land- und forstwirtschaftliche Unternehmen“ sollen zusätzliche Einkommen erschlossen und Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise geschaffen werden. Dadurch soll den mangelhaften Einkommen aus landwirtschaftlicher Urproduktion, Arbeitslosigkeit und brach liegenden Humanressourcen begegnet werden. Als eine wesentliche Chance für den ländlichen Raum wurde der Landtourismus erkannt. Mit der Förderung des Fremdenverkehrs sollen vorhandene Potenziale genutzt und ausgebaut werden; gleichzeitig wird damit auf die Schwäche der Infrastruktur- und Vermarktungsdefizite im Tourismus reagiert.

## Verteilung der Fördermittel in Sachsen

Schwerpunkte	EU-Mittel, gerundet in Mio. EUR
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	200
Verbesserung der Umwelt und Landschaft	306
Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	359
Umsetzung des Leader-Konzepts	46
Technische Hilfe	16
<b>Fördermittel insgesamt</b>	<b>927</b>

Bei den Maßnahmen „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung“ und „Dorferneuerung und -entwicklung“ geht es in erster Linie darum, die Strukturen und die Lebensqualität zu verbessern. Beide Maßnahmen greifen Stärken und Chancen des ländlichen Raums auf, zum Beispiel den „hohen Anteil leer stehender Gebäude, die zur Umnutzung zur Verfügung stehen“. Damit sollen Schwächen und Risiken abgemildert werden, zu denen der teilweise schlechte Zustand der Straßen, der sehr niedrige Anschlussgrad an Kläranlagen in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern oder die allgemeinen Grundversorgungsdefizite insbesondere in den Ortslagen mit in der Regel weniger als 2.000 Einwohnern zählen (z.B. Nahversorgungseinrichtungen und Breitbandausstattung). Die Maßnahme „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ nutzt Stärken wie den Reichtum an ländlichem Kulturerbe und wertvollen Flächen für den Arten- und Biotopschutz, um zum Beispiel der mangelnden Erschließung und Entwicklung des ländlichen Erbes entgegenzuwirken. Hier können auch die „Naturschutzmaßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung und Wertschöpfung im ländlichen Raum“ einen Beitrag leisten.

## Integrierte Regionalentwicklung ganz groß

Die ländliche Entwicklung erfolgt in Sachsen verstärkt über die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) von gemeindeübergreifenden ländlichen Regionen. Mit Hilfe des Bottom-up-Ansatzes werden auf der Basis eines Handlungs- und Strategiekonzeptes, dem Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK) die regionalen Potenziale in Hinblick auf Projektideen, -entscheidungen, -planung und -umsetzung aktiviert. Dabei ist es wichtig, dass alle

relevanten Akteure am gesamten Prozess beteiligt werden, und zwar sowohl bei der Erarbeitung der Strategien als auch bei deren Umsetzung. Dabei hilft die Maßnahme „Kompetenzentwicklung, Sensibilisierung bei Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie“. Da viele Dörfer bereits über ein dorfbegzogenes Entwicklungskonzept verfügen und gute Erfahrungen mit dem Bottom-up-Ansatz vorliegen, können diese Stärken zur Aktivierung von Synergien genutzt und dadurch viele Schwächen und Risiken des ländlichen Raums abgemildert oder beseitigt werden. Die Erstellung eines Entwicklungskonzepts ist Voraussetzung für die Durchführung der meisten Maßnahmen aus Schwerpunkt 3.

## Viele Maßnahmen, ein Ziel

Anhand der Maßnahme „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ wird der nachhaltig-integrative Charakter des EPLR besonders gut sichtbar. So ist nicht nur bemerkenswert, dass innerhalb einer Maßnahme das weite Spektrum des Kultur- und Naturerbes integriert wurde; zugleich werden mit der Förderung viele andere EPLR-Maßnahmen wie Umweltschutzmaßnahmen im Schwerpunkt 2, der Landtourismus oder auch die Dorfentwicklung und -erneuerung unterstützt.

## Mehr Informationen

Egbert Thierbach  
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft  
Referat 23, Förderstrategie  
Telefon: 03 51/ 564 - 68 47  
E-Mail: [egbert.thierbach@smul.sachsen.de](mailto:egbert.thierbach@smul.sachsen.de)  
[www.eler.sachsen.de](http://www.eler.sachsen.de)

## Indikativer Finanzplan in Sachsen (Ausgaben 2007–2013 in Mio. EUR)

Schwerpunkt 3				
Code	Maßnahme	Öffentliche Ausgaben	Private Ausgaben	Gesamtkosten
311	Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	7.500.000	17.500.000	25.000.000
313	Förderung des Fremdenverkehrs	11.900.000	7.300.000	19.200.000
321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung	127.818.667	157.038.217	284.856.884
322	Dorferneuerung und -entwicklung	254.924.228	59.833.071	314.757.299
323	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	66.900.000	6.526.427	73.426.427
341	Kompetenzentwicklung, Sensibilisierung bei Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie	10.000.000	3.666.666	13.666.666
<b>Schwerpunkt 3 insgesamt</b>		<b>479.042.895</b>	<b>251.864.381</b>	<b>730.907.276</b>

Bild: Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)



# Saarland: Mit Schwerpunkt 4 den Strukturwandel auffangen

Vom Ministerium für Umwelt, Referat C/3 – Regionalentwicklung, ländlicher Raum

**Ein Hauptziel der saarländischen Politik für den ländlichen Raum ist es, die Wirtschaftskraft durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sichern und zu stärken. Der Strukturwandel soll durch die Maßnahmen aus dem ELER und vor allem über Leader abgedeckt werden.**

**R**und 14 Prozent seiner Gesamtmittel setzt das Saarland für den 4. Schwerpunkt der ELER-Verordnung ein. Damit nimmt es im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein. Diese Finanzausstattung ist auch das Ergebnis der sehr guten Erfahrungen, die mit LEADER+ gemacht wurden.

## Knackpunkt Beschäftigung

Ein großes Problem des Saarlandes ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Diversifizierungsprojekte und der Tourismus- und Erholungssektor werden als viel versprechende Möglichkeiten gesehen, die Beschäftigung im ländlichen Raum zu steigern. Realistische Potenziale bietet in erster Linie der ländliche, umweltorientierte Tourismus. Er stellt bereits heute einen bedeutenden Image- und Standortfaktor der Region dar, dessen Potenziale aber noch zu wenig ausgeschöpft werden.

## Neue Wege für Land- und Forstwirtschaft

Die umweltorientierte, weitgehend extensive Landwirtschaft zieht sich tendenziell aus der flächendeckenden Bewirtschaftung zurück. Zwar können lukrative Segmente ausgebaut werden – etwa die Milchviehhaltung, die über eine gute Faktorausstattung verfügt und auf hohem Niveau produziert. Auch können die extensiven Bewirtschaftungsmethoden im Ackerbau durch geeignete Agrarumweltmaßnahmen unterstützt und weitergeführt werden. Jedoch zwingt die Entwicklung in anderen Bereichen des Sektors zu einer Umorientierung im Sinne einer Diversifizierung und Erschließung neuer Geschäftsfelder, etwa den ländlichen Tourismus. Der Anteil der Ökolandbau-Betriebe ist überdurchschnittlich hoch und soll stabilisiert werden. Zur Sicherung der klein- und mittelständischen Unternehmen der Ernährungswirtschaft ist es erforderlich, die bestehenden Absatzmöglichkeiten zu stabilisieren und neue zu erschließen. Diese sollen vor allem in den Bereichen der regionalen Direktvermarktung und der Vermarktung regionaler und ökologisch erzeugter Produkte liegen.

Die ökonomische Situation der Forstbetriebe ist durch den Preiskampf im Schwachholzbereich sowie durch die Kleinparzellierung und Besitzersplitterung im Privatwald geprägt. Angesichts der Marktentwicklung bei den fossilen Energieträgern werden große Potenziale in der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe gesehen; der derzeitige Brennholzboom im Saarland belegt dies. Der überdurchschnittliche Anteil von NATURA-2000-Schutzgebieten sowohl im Wald als auch in der offenen Landschaft soll in der bisherigen Gebietskulisse beibehalten werden. Dies sind Gebiete mit hohem Naturwert und ökologischer Sensibilität, in denen seltene Tier- und Pflanzenarten beheimatet sind.

## Mehr Selbstverantwortung für die ländlichen Räume

Ein wesentliches Ziel der saarländischen Politik für die ländlichen Räume ist die Stärkung der Selbstverantwortung, wie sie in der SAARLAND-AGENDA (2004) niedergelegt ist: „Individuelle Verantwortung stärken. Eine Gesellschaft, bei der jeder einzel-

ne Bürger Verantwortung trägt, fördert die Solidarität und die Qualität des Zusammenlebens. Darüber hinaus stärkt eine solche Bürgergesellschaft das Land im sozialen und wirtschaftlichen Wettbewerb. Aktive Bürger gehören zum Leitbild eines zukunftsfähigen Saarlandes. Der Staat soll weniger ordnen oder Regeln aufstellen und stattdessen Projekte und Prozesse moderieren. Die Landesregierung versucht daher, konsequent Bürger und Unternehmen einzubinden, indem sie stärker auf deren Eigenverantwortung setzt.“



Skulptur „Drunemeton – Eichenheiligtum“ des Skulptureneges am keltischen Ringwall in Otzenhausen (alle Bilder: Ministerium für Umwelt / Peter Rummel)

## Verteilung der Fördermittel im Saarland

Schwerpunkte	EU-Mittel, gerundet in Mio. EUR
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	4,7
Verbesserung der Umwelt und Landschaft	10
Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	8,7
Umsetzung des Leader-Konzepts	4,1
Technische Hilfe	0,5
<b>Fördermittel insgesamt</b>	<b>28</b>



- die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation,
- die Erhaltung und Entwicklung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung einer nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Landbewirtschaftung,
- die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Stärkung der lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Als Querschnittsziele sind die Weiterentwicklung der Land-Stadt-Beziehung, die Stärkung der gesellschaftlichen Gleichberechtigung, die Ausbildung und Stärkung von überlokalen Netzwerken und die Qualifizierung zu berücksichtigen.

## Drei Leader-Regionen ausgewählt

Drei Leader-Regionen wurden im Rahmen eines öffentlich ausgeschrieben Wettbewerbs ausgewählt. Dafür reichten die Bewerber ihre regionalen Entwicklungskonzepte als Wettbewerbsbeiträge ein. Die Konzepte wurden von einer unabhängigen Bewertungskommission beurteilt. Die daraus resultierende Rangfolge bildet die Grundlage für die abgestufte Vergabe der Fördermittel: Die erstplazierte Lokale Aktionsgruppe erhielt 2,5 Millionen Euro, die zweitplazierte 1,7 Millionen Euro und die drittplazierte 1,3 Millionen Euro. Die übrigen Mittel (2,75 Mio. EUR) werden den LAGs in Form einer Reserve im Jahre 2010 zugewiesen. Auch hier wird leistungsabhängig differenziert. Kriterien werden der jeweilige Zielerreichungsgrad, die Effizienz der Umsetzung der REK, die Einhaltung von Gender Mainstreaming, die Qualität der Jahresberichte sowie Art und Umfang anstehender Projekte sein. Über die Aufteilung und Vergabe entscheidet wiederum eine Bewertungskommission. Grundlage für die Entscheidung sind die Selbstevaluierungsberichte der LAG sowie eine unabhängige Evaluierung, bei der die Fortschritte in der Umsetzung der REK ermittelt werden.

## Mehr Informationen

Hans-Albert Letter  
Ministerium für Umwelt  
Telefon: 06 81 / 501 - 46 22  
E-Mail: ha.letter@umwelt.saarland.de  
www.saarland.de/8355.htm

## Gute Noten für LEADER+

Von 2000–2006 gab es im Saarland nur eine LEADER+ Region. Deren Arbeit jedoch wurde sowohl von den externen Evaluatoren als auch von der EU-Kommission als sehr positiv bewertet: Die Aktivitäten der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Sankt Wendeler Land hatten „eine hohe Effizienz bezüglich der Etablierung der dem Entwicklungskonzept zugrunde liegenden Idee“. Breite Teile der Bevölkerung und die kommunalen Entscheidungsträger konnten – auch langfristig – beteiligt werden. Hierzu hat auch die sehr gut angelegte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beigetragen. Die Zusammenarbeit in LEADER+ stärkte die regionale Identität, den bewusst lokal orientierten Konsum und das bürgerschaftliche Engagement für die Region. Darum hat der Leader-Bereich auch in der aktuellen Förderperiode einen hohen Stellenwert.

## Was soll Leader im Saarland bewirken?

Hauptziel der durch Leader geförderten Maßnahmen ist es, die ländlichen Räume in ihrer ökonomischen, politischen, sozialgemeinschaftlichen und kulturellen Funktionsfähigkeit sowie in ihrer Funktion als Erholungsräume zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierbei gilt es, gleichzeitig die regionalen bzw. lokalen Charakteristika sowie die naturräumlichen und ökologischen Grundlagen zu bewahren. Die Lokalen Aktionsgruppen greifen diese Zielsetzung in ihren Regionalentwicklungskonzepten (REK) auf. Sie analysieren zunächst die Gegebenheiten ihrer Region sowie deren Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken. Auf dieser Grundlage erarbeiten sie eine genau auf die Region und ihre Probleme zugeschnittene Entwicklungsstrategie und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog. Die hierbei zu berücksichtigenden Teilziele orientieren sich dabei an den Vorgaben des Plans zur Entwicklung des ländlichen Raums im Saarland sowie an den Zielen der Verträge von Lissabon und Göteborg:

# Wettbewerbsfähigkeit darf nicht zu kurz kommen

Von Udo Hemmerling

## Chancen und Risiken der neuen EU-Förderstruktur aus Sicht des Deutschen Bauernverbands

Der Startschuss für die neue Förderperiode des ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) ging 2007 mit der „Wiederentdeckung“ der Landwirtschaft einher. Zunehmend wird erkannt, dass die Land- und Forstwirtschaft im ländlichen Raum eine Schlüsselrolle für Wertschöpfung, Kulturlandschaftspflege und Lebensqualität spielt. Daher müssen Arbeitsplatzpolitik und Standortförderung im ländlichen Raum die besonderen Belange der Land- und Forstwirtschaft einbeziehen – nicht zuletzt, weil der überwiegende Teil der Flächen im ländlichen Raum land- und forstwirtschaftlich genutzt wird. Mit der steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen und den steigenden Preisen für diese Produkte – auch in Anbetracht des steigenden Ölpreises – wird deutlich: Die ländlichen Räume sind keine Resträume, keine Anhängsel der „Metropolregionen“, sondern bedeutende Lebens- und Wirtschaftsräume. Deshalb nimmt der Deutsche Bauernverband (DBV) die Initiative von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer zur Stärkung der ländlichen Räume positiv auf.

## Agrarstrukturförderung – der Sinn dahinter

Eine Agrarstrukturförderung im Rahmen der Politik für den ländlichen Raum ist aus Sicht des DBV notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft zu stärken, die Kulturlandschaft zu erhalten, Umweltleistungen durch die Land- und Forstwirtschaft bereitzustellen und Flächennutzungskonflikte im ländlichen Raum zu lösen. Dabei spiegeln die ELER-Förderprogramme für die Jahre 2007–2013 die unterschiedlichen politischen und agrarwirtschaftlichen Prioritäten der Bundesländer wider. Auch ist zu berücksichtigen, dass sowohl die EU-Mittel (ELER) als auch die nationalen Fördermittel (GAK) vom Bund in der Vergangenheit deutlich gekürzt wurden.



Bilder: BLE / Thomas Stephan

## Schwerpunkte zulassen – Defizite nicht

Die meisten süd- und westdeutschen Länder verwenden den Löwenanteil der ELER-Mittel für Agrarumweltprogramme beziehungsweise als Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz wollen einen relativ hohen Anteil für die Schwerpunktachse I (Wettbewerbsfähigkeit) einsetzen, also zum Beispiel für die Investitionsförderung oder die Flurneueordnung. In den ostdeutschen Bundesländern (außer Thüringen und Brandenburg) sowie im Saarland soll der Schwerpunkt auf den allgemeinen Entwicklungsmaßnahmen im ländlichen Raum liegen. Aus Sicht des Deutschen Bauernverbands darf – bei allen regionalen Unterschieden – das Ziel einer wettbewerbsfähigen Agrarstruktur nicht ins Hintertreffen geraten. Handlungsbedarf sieht der DBV zum Beispiel in der strukturpolitischen Begleitung der Milchviehhaltung.

## Vision: Weiterbildung und Produktentwicklung

Wichtig ist, die Rolle der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zu stärken. Mit der aktuellen Aufstockung der GAK-Mittel um 45 Millionen Euro im Bundesetat und der Förderung von Breitbandanschlüssen und Nahwärmenetzen im ländlichen Raum wurde ein erster Schritt getan. Für die Zukunft kann sich der DBV eine vorsichtige Anpassung des GAK-Maßnahmenspektrums vorstellen, etwa indem Weiterbildung sowie die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien über die komplette Wertschöpfungskette hinweg gefördert werden (nach Art. 29 der ELER-Verordnung).

## Kommunale Infrastruktur – keine alleinige Aufgabe von GAK und ELER

Es würde die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und den ELER-Fonds gänzlich überfordern, sollte die kommunale Infrastruktur in den ländlichen Gebieten allein über diese Mittel finanziert werden. Hier sind die vielfältigen nationalen Budgets des Verkehrs- und Wirtschaftsministers gefordert. Auf Länderebene ist ein veränderter kommunaler Finanzausgleich erforderlich, der die kleineren Gemeinden nicht weiter benachteiligt (Stichwort Einwohnerveredelung). Auch in Zukunft ist eine sinnvolle Aufgabenverteilung etwa zwischen den EU-Strukturfonds und den EU-Agrarfonds nötig.

### Mehr Informationen

Deutscher Bauernverband  
Udo Hemmerling  
Telefon: 030 / 31 90 44 02  
E-Mail: u.hemmerling@bauernverband.net



# Naturschutz braucht mehr Integration

Von Florian Schöne

## Eine Bewertung der neuen EU-Förderstruktur aus Sicht des Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

Die ELER-Verordnung ist ein wichtiger Schritt zur besseren Integration von Naturschutz und Landwirtschaft. Durch die Einführung eines eigenen Schwerpunkts im Bereich Landmanagement mit konkretem Mindestbudget, die Schaffung von Natura-2000-Zahlungen und Waldumweltmaßnahmen sowie die Möglichkeit, investive und nichtinvestive Naturschutzmaßnahmen über den Artikel 57 der ELER-VO zur Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes zu fördern, wurde eine gute Grundlage geschaffen, um Natur und Landschaft im ländlichen Raum zu fördern. Die Auswertung der Mittelaufteilung in den Länderprogrammen belegt, dass immerhin über ein Viertel der ELER-Mittel in den Bereich der Agrarumweltmaßnahmen fließen. Diese bilden damit die wichtigste Fördermaßnahme in der Umsetzung von ELER in Deutschland.



## Schwerpunkt 2: Regional nur eine Randerscheinung

Allerdings ist das Engagement der Bundesländer im Bereich des Naturschutzes sehr unterschiedlich. Auch dies lässt sich bereits an den Zahlen ablesen: Während etwa Bayern und Baden-Württemberg rund 60 Prozent der ELER-Mittel für den Schwerpunkt 2 (Landmanagement) eingeplant haben, entspricht der Mitteleinsatz in Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 25 Prozent lediglich der von EU-Seite geforderten Mindestausstattung. Hinzu kommt, dass ökologisch besonders effiziente Maßnahmen im Katalog der Länderprogramme sehr unterschiedlich vertreten sind. So haben Bundesländer wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein den Vertragsnaturschutz deutlich ausgebaut und fachlich verbessert, während Länder wie Hessen oder das Saarland Kürzungen oder Vereinfachungen zu Lasten des Naturschutzes vorgenommen haben. Positiv hervorzuheben sind die Einführung einer ergebnisorientierten Förderung der Artenvielfalt im Grünland (Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz), die Einführung einer Blühflächen- und Blühstreifenförderung (z. B. Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen) oder auch die Förderung einer Naturschutzberatung in Natura-2000-Gebieten (u. a. Bayern und Sachsen).

## Schwerpunkt 3: Ein wichtiger Schritt nach vorne

Als wesentlicher Fortschritt kann der Förderbereich zur Erhaltung des ländlichen Erbes im Schwerpunkt 3 bezeichnet werden. Hier haben fast alle Bundesländer wichtige Aktivitäten insbesondere zur Umsetzung von Natura 2000 ausgebaut.



Bilder: Rainer Oppermann

Gefördert werden beispielsweise die Erstellung von Managementplänen, die Gebietsbetreuung sowie Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz, aber auch Investitionen wie der Flächenerwerb. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Förderung lokaler Bündnisse in Schleswig-Holstein als regionale Netzwerke zur Umsetzung von Natura 2000.

## Halbherzig

Insgesamt ist es nach Auffassung des NABU äußerst fraglich, ob die EU-Vorgaben zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Göteborg-Ziel) und für das Schutzgebietsnetz Natura 2000 mit den vorhandenen Mitteln und Maßnahmen erfüllt werden können. Aus Umweltsicht haben zudem viele Länder falsche Prioritäten gesetzt – trotz zunehmender Pflichtaufgaben: Gerade bei besonders effizienten Fördertatbeständen haben sie deutlich gekürzt. Auch die Beteiligung der Verbände an den Programmen muss noch verbessert werden: Vielfach wurde eine Mitarbeit hier erst nach massivem Drängen und nur unter unbefriedigenden Umständen ermöglicht.

## Gesundheitscheck – Chance zur Nachbesserung

Es bleibt zu hoffen, dass im Kontext des „Gesundheitschecks“ der EU-Agrarpolitik nicht nur die zweite Säule insgesamt gestärkt wird. Wichtig ist auch, dass die Programme gerade unter Naturschutz-Gesichtspunkten finanziell ausgebaut und fachlich nachgebessert werden, damit der Naturschutz in Zukunft einen höheren Stellenwert erhält und mit den deutlich gestiegenen Agrarpreisen konkurrieren kann.

### Mehr Informationen

Florian Schöne  
Naturschutzbund Deutschland e.V.  
Telefon: 030 / 284 984 - 1615  
E-Mail: florian.schoene@nabu.de  
www.nabu.de



# Rigoros neu

Von Carsten Hansen

## Der Deutsche Städte- und Gemeindebund zeigt das ELER-Potenzial auf

Ländliche Entwicklung ist das Ergebnis der landwirtschaftlichen Entwicklung – so das bisherige Verständnis. Doch die ELER-Verordnung (VO) hat dieses Verhältnis umgekehrt: Ihr Ziel ist die ländliche Entwicklung. Angesichts der engen Verbindung zwischen der Entwicklung des ländlichen Raums und den übrigen Instrumenten der Gemeinsamen Agrarpolitik ist diese Aussage keineswegs banal. Zwar befasst sich der überwiegende Teil der Verordnung immer noch mit land- und forstwirtschaftlichen Fragen, doch ist klar, dass künftig eine funktionierende Landwirtschaft das Ergebnis erfolgreicher Entwicklung ländlicher Räume ist.

Durch den Ausbau nicht landwirtschaftlicher Wirtschaftszweige, durch Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung, durch die Verbesserung von Dienstleistungen und besonders des Zugangs zu modernen Kommunikationstechnologien sowie allgemein durch die Steigerung der Attraktivität der ländlichen Gebiete soll Entwicklung gefördert werden. So kann negativen Trends wie dem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang und dem Bevölkerungsverlust durch Wegzug entgegengewirkt werden. Das ist nur einer von drei ELER-Schwerpunkten, aber er verdeutlicht den fundamentalen Wandel in der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume.

### Es geht nicht mehr um Nachteilsausgleich

Innerhalb dieser Neuorientierung weist die ELER-VO auf eine weitere Neuerung in der ländlichen Regionalpolitik hin: Die Entwicklung ländlicher Räume kann und soll sich nicht auf die Gebiete mit problematischen Entwicklungstendenzen konzentrieren. Vielmehr bezieht sie sich sowohl auf abgelegene, benachteiligte ländliche Regionen, die von Bevölkerungsverlust und steigenden Infrastrukturkosten betroffen sind, als auch auf Gebiete, die stadtnah gelegen sind oder auf stabile Verhältnisse und eine prosperierende Wirtschaft blicken können. Es geht darum, Bedingungen für die Einwohner und die Unternehmen zu schaffen, die gleichwertige Entwicklungschancen und Lebensperspektiven für ländliche Räume und städtische Ballungsräume („Metropolen“) herstellt.

### Großes Potenzial ...

Mit seinen thematischen Schwerpunkten hat ELER das Potenzial, die Landwirtschaft in ländlichen Räumen zu Innovationstreibern zu entwickeln (Schwerpunkt Wettbewerbsfähigkeit). Möglichkeiten hierzu bieten die „klassischen“ Aktivitäten der Landwirtschaft ebenso wie die zurzeit hoch geschätzte Energieproduktion. Das Potenzial im 2. Schwerpunkt liegt darin, die gesellschaftliche Identität zu bewahren (Landschaftspflege). Der 3. Schwerpunkt zeigt Möglichkeiten, die Zukunftsfähigkeit des dezentralen, auf Selbstverantwortung im privaten und Selbstverwaltung im öffentlichen Leben fußenden Gesellschaftskonzepts zu entwickeln. Denn nichts anderes bedeutet es, die Attraktivität der Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen zu steigern.

### ... aber in Deutschland noch nicht voll genutzt

Aus diesem Grund ist es so bedauerlich, dass die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz als nationale Rahmenregelung nicht die Möglichkeiten nutzt, die die ELER-Verordnung im 3. Schwerpunkt bietet. Gemeint ist hier die Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen zur Förderung des Unternehmergeistes und Stärkung des Wirtschaftsgefüges. So bleibt es den Bundesländern überlassen, in ihren entsprechenden Maßnahmen operationelle Programme zu ergreifen. Dies sollten sie auf jeden Fall tun. Andernfalls besteht die Gefahr, dass angesichts der raumordnerischen Leitbilder von Metropolregionen diejenigen ländlichen Räume, die sich am Rande solcher Metropolregionen befinden, in eine zusätzliche künstliche Randlage geraten. Mit der Umsetzung von ELER sollten die Länder es den Gebietskörperschaften und ihren Einrichtungen ermöglichen, sich zu regionalen Entwicklungsgemeinschaften zusammenzuschließen (Leader-Ansatz) und unter Nutzung ihrer regionalen Kompetenzen und Stärken eigene Entwicklungspfade zu beschreiten.

### Mehr Informationen

Carsten Hansen  
Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Telefon: 030 / 77 30 70  
E-Mail: carsten.hansen@dstgb.de  
www.dstgb.de



Bild: Bundesverband der Regionalbewegung

# Regionalmanagement? Unverzichtbar!

Von Gisela Endt

## Was der Bundesverband der Regionalbewegung von ELER erwartet

Die 2. Säule der EU-Agrarpolitik ist für benachteiligte Regionen essenziell: Agrarumweltprogramme, Vertragsnaturschutz, Finanzierung von NATURA 2000, Kulturlandschaftspflege, Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, neue Einkommen beziehungsweise Arbeitsplätze, Dorferneuerung, Leader, regionale Wertschöpfungsketten, Waldumweltprogramme, Wasserrahmenrichtlinie etc. Dabei liegen die Vorteile der ELER-Verordnung auf der Hand: In allen drei Schwerpunkten können Projekte über Leader umgesetzt werden, und das heißt Vernetzung, Innovation, Nachhaltigkeit, Zusammenarbeit und aktive Bürgergesellschaft.

### Nicht ohne das Handwerk

Eine nachhaltige Gesellschaft braucht eine bäuerliche Basis, welche die Lebensgrundlagen genauso sichert wie kulturelle und soziale Werte. Ebenso wichtig ist die Verknüpfung mit dem Handwerk, dem eine gewichtige Rolle zukommt, wenn von integrierter ländlicher Entwicklung die Rede ist. Über Artenhilfsprogramme für Sonderstandorte hinaus muss der Großteil unserer Landschaft an nachhaltiges, umweltverträgliches und gesellschaftlich akzeptiertes Wirtschaften gekoppelt sein. Landwirtschaft und bodenständiges Handwerk zusammen bieten hierfür eine gute Arbeitsgrundlage. Diese Verknüpfung war stets ein Stabilitätsfaktor unserer Wirtschaft und auch unserer Gesellschaft. Aufgabe der entsprechenden Projekte ist es, den Markt zu öffnen, Verbrauchern regionale Identität zu vermitteln und Unternehmen dadurch die Marktchancen zu sichern.

### Regionalmanagement als Schnittstelle

Der ländliche Raum braucht Brauereien, Mühlen, Bäckereien, Metzgereien, Schreiner, Zimmerleute, aber auch High-Tech-Betriebe für den Bereich nachwachsende Rohstoffe und regenerative Energien sowie regionale Finanzdienstleister. Ohne diese wirtschaftenden Partner gibt es keine ländliche Entwicklung. Dies sollte auch in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik stärker berücksichtigt und gefördert werden. Im Regionalmanagement lassen sich all diese Akteure und Aktivitäten gut verknüpfen. Denn Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gepaart mit Eigenverantwortlichkeit sind nicht nur Kennzeichen mittelständischen unternehmerischen Denkens, sondern auch die Arbeitsphilosophie der Regionalbewegung. Ein von Bürgern getragenes Regionalmanagement kann als Nahtstelle verschiedener Arbeitsfelder dienen.

### Finanzmittel zusammenbringen

Die Politik muss den finanziellen Rahmen für eine solche Entwicklung sichern und den ländlichen Raum mit all seinen Facetten – ergänzt durch bürgerschaftliches Engagement – fördern. Schließlich soll der ländliche Raum attraktiver Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsraum bleiben. Dies ist nur möglich, wenn regionale Identität und regionale Ökonomie, demographische Entwicklung, Flächenmanagement, Landschaft, Ökologie, soziales Kapital, finanzstarke Kommunen und Innovationen aktiv gefördert werden. Die Vielzahl dieser Handlungsfelder zeigt bereits den Bedarf an Finanzmitteln auf. Um die spezifischen Vor-Ort-Bedürfnisse unterstützen zu können, müssen die Steuer- und Förderinstrumente (z.B. EU-Förderprogramme, Bund- und Länderprogramme) flexibler und effizienter und auch über Ressortgrenzen hinaus eingesetzt werden.

### Klare Forderungen

Damit die genannten Ziele umgesetzt werden können, fordert der Bundesverband der Regionalbewegung im Rahmen der Maßnahmen:

1. Die Sicherung des ländlichen Raumes als eigenständiger Lebens- und Wirtschaftsraum,
2. die Stärkung naturverträglicher Landbewirtschaftung durch den Ausbau der 2. Säule der EU-Agrarpolitik,
3. die Förderung dezentraler Strukturen auch bei der Verarbeitung und Versorgung beziehungsweise Entsorgung,
4. die Verknüpfung von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Handwerk und Gastronomie sowie
5. die Förderung der Qualitätskriterien regionaler Produkte und der regionalen Besonderheiten.

### Mehr Informationen

Gisela Endt  
Bundesverband der Regionalbewegung e. V.  
Bundeskoordination Tag der Regionen  
Telefon: 0 98 52 / 13 81  
E-Mail: bund-sued@tag-der-regionen.de  
www.regionalbewegung.de  
www.tag-der-regionen.de



Bild: pixelio / Matthias Lohse

# Ein heißes Bad für mehr Umsatz

Von Stefan Lange und Iris Lehmann

Ein wichtiges Ziel der ELER-Förderung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern. Nicht nur Maßnahmen zur Betriebserweiterung und Intensivierung, auch innovative Projekte zur Erhöhung der Wertschöpfung landwirtschaftlicher Produkte stehen dabei im Fokus. Ein ökonomisch und ökologisch bestechendes Beispiel für derartige Ideen ist die Apfel-Tauchanlage des schwäbischen Obstbaubetriebs Holland.

Wenn Forschung und Praxis an einem Strang ziehen, haben Innovationen in der Landwirtschaft eine Chance: Für Eberhard Holland, der gemeinsam mit seiner Tochter Margit Holland einen Öko-Obstbaubetrieb in Bonhausen bei Ravensburg führt, hatte die Idee, mit heißem Wasser gegen so genannte Lagerkrankheiten vorzugehen, etwas Überzeugendes. Schnell war er deshalb einverstanden, Äpfel aus seinem Naturland-Betrieb als Forschungsobjekte für ein entsprechendes Projekt an das Max Rubner-Institut (MRI) in Karlsruhe, die frühere Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL), zu liefern. Bereit hat der Obstbauer vom Bodensee diesen Schritt nicht: Nach ersten Tauchversuchen mit einzelnen Äpfeln haben die Karlsruher Wissenschaftler nach und nach ein Verfahren entwickelt, das Nachernteverluste durch Fäulnispilze auf ein Minimum reduziert und damit Holland und seinen Kollegen erheblichen Nutzen bringt.

## Einmal abtauchen – gestärkt auftauchen

Ein schnelles Bad in heißem Wasser ist für die Äpfel vom Obstbaubetrieb Holland seitdem Pflicht vor dem Einlagern. Was auf den ersten Blick nach übertriebenem schwäbischem Sauberkeitsstreben aussehen mag, ist ein Ergebnis angewandter Forschung zur Bekämpfung der Obstfäule *Gloeosporium*: Ökologisch absolut unbedenklich, wirtschaftlich interessant – und vor allem wirksam. „Für einen Bio-Bauern ist es die Lösung schlechthin, gegen diese Lagerkrankheit vorzugehen,“ beurteilt Margit Holland das neue Verfahren. Aber auch ihren konventionell wirtschaftenden Kollegen ist das Tauchverfahren uneingeschränkt zu empfehlen, zumal die Aussage „keine Lagerspritzung“ auch im konventionellen Anbau inzwischen ein interessantes Werbeargument ist.

## Einfach, aber genial

Die genialsten Ideen sehen oft am einfachsten aus: Eine kleine Hebeanlage, ein Tauchbad mit nichts als heißem Wasser gefüllt. Und doch stecken hinter der simplen Apparatur jahrelange Denkarbeit, ausgiebige Literaturrecherchen und nicht zuletzt zahl-

reiche exakt geplante Versuche. Die Aufgabe, die sich die Karlsruher Wissenschaftler gestellt hatten, war eine Herausforderung, auf deren Bewältigung die Praxis schon lange gewartet hat: Die im konventionellen wie im ökologischen Obstbau als „bedeutend“ eingestufte Lagerfäule *Gloeosporium* sorgt regelmäßig für hohe Verluste. Bei ökologisch angebauten Äpfeln wird dadurch nicht selten die Hälfte der Ernte vernichtet. Während im konventionellen Obstbau bislang vor allem der chemische Pflanzenschutz das Problem eingedämmt hat, konnten ökologisch wirtschaftende Erzeuger nur Pflanzenstärkungsmittel wie Schachtelhalmextrakte gegen den Schädling aus der Familie der Schlauchpilze zum Einsatz bringen. Letztlich brachten jedoch weder chemische noch biologische Mittel wirklich befriedigende Ergebnisse.

## Jahrelange Vorarbeit

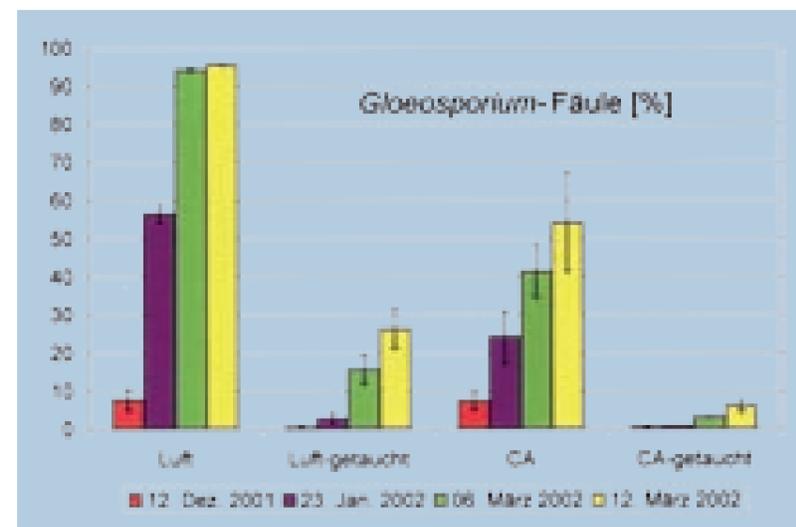
Bereits 1999 haben Wissenschaftler des MRI damit begonnen, Äpfel unterschiedlich lange in mehr oder weniger heißes Wasser zu tauchen und die Wirkung auf den *Gloeosporium*-Befall zu messen. Ab 2002 ermöglichte das Bundesprogramm Ökologischer Landbau die Förderung eines

praxisorientierten Projektes. Aus langen Versuchsreihen kristallisierte sich allmählich der optimale Schnittpunkt zwischen einem Maximum an Pilzschadensvermeidung und einem Minimum an Fruchtschädigung heraus. Der Schritt vom Laborversuch mit zehn Äpfeln zur praxisrelevanten 20-kg-Obstkiste wurde von intensiven Bemühungen, die Anlage möglichst energiesparend und effizient zu gestalten, begleitet. Ende 2003 stellten die Forscher die Projekt-Ergebnisse in einem Bericht ausführlich dar. Das Fazit: „Durch eine Heißwasserbehandlung der Äpfel direkt nach der Ernte sowie eine Lagerung unter kontrollierter Atmosphäre bei 1 °C kann die *Gloeosporium*-Fäule deutlich reduziert werden.“

## Jede Sorte reagiert anders

Als optimal für die Heißwasserbehandlung gilt ein zweiminütiges Bad der Äpfel bei 53 °C. Am wirkungsvollsten ist die Maßnahme dann, wenn direkt nach der Ernte getaucht wird. In Versuchen wiesen die unbehandelten Äpfel schon drei Wochen später einen nahezu doppelt so hohen *Gloeosporium*-Befall auf wie die direkt nach der Ernte behandelten Früchte. Neben der Wirkung auf die Pilzsporen wurde auch der Einfluss der Behandlung

**Gloeosporium-Fäule an Öko-Äpfeln der Sorte „Topaz“ nach Heißwasserbehandlung im September 2001, sofortiger Einlagerung und fünfmonatiger Lagerung im Kaltlager bzw. unter kontrollierter Atmosphäre. Die Bonitur am 12.3.2002 erfolgte nach sechstägiger Nachlagerung bei Raumtemperatur.** (Quelle: Max-Rubner-Institut, Karlsruhe)



Heißwassertauchanlage zur Behandlung von Äpfeln in 20-kg-Obstkisten (Bild: Max-Rubner-Institut, Karlsruhe)

auf die ernährungsphysiologisch wichtigen Inhaltsstoffe – etwa Vitamin C – und verschiedene Qualitätsparameter – zum Beispiel Festigkeit des Fruchtfleisches – untersucht. Zwischen den getauchten und den ungetauchten Äpfeln zeigten sich keine wesentlichen Unterschiede. Allerdings stellten die Wissenschaftler auch fest, dass sich eine Hitzebehandlung bei verschiedenen Apfelsorten unterschiedlich auswirken kann. Als besonders unempfindlich erwies sich zum Beispiel die Apfelsorte Boskop, als besonders empfindlich die Sorte Elstar. In der Wirkung auf den Schadpilz zeigten sich allerdings keine Unterschiede. Unterm Strich machte sich das Tauchen vor der Lagerung an der Umgebungsluft ebenso bezahlt wie bei der Aufbewahrung in kontrollierter Atmosphäre (CA-Lager).

## Kaum noch Verluste

Nachdem die ersten Tests auch unter Praxisbedingungen ausgesprochen positiv ausgefallen waren, ließ der Obstbaubetrieb Holland von einer niederländischen Maschinenbaufirma eine Tauchanlage für 300-kg-Großgebäude entwickeln und bauen. Inzwischen hat die Anlage bereits mehrere Jahre Praxiseinsatz hinter sich, und Margit Holland ist von den bisherigen Erfolgen begeistert: „Wir haben super Ergebnisse! Früher hatten wir ab und zu fünfzig, im Einzelfall sogar achtzig Prozent Ausfall durch *Gloeosporium*, je nach Lagerdauer. Jetzt haben wir kaum noch Ausfall, manchmal sogar gar keinen.“

## Prädestiniert für ELER

Mittlerweile haben etliche Obstbauern das Verfahren für sich entdeckt, um die Nachernteverluste zu senken und ihre Wertschöpfung zu steigern. Die Karlsruher Wissenschaftler arbeiten parallel daran, das Verfahren auch für andere Obst- und Gemüsekulturen praxisreif zu machen. Hier zeigt sich die Verbindung zu den Möglichkeiten, die sich für derartige Innovationen im ELER auftun: Fast alle Bundesländer bieten Projektförderungen zum Förderschwerpunkt „Erhöhung der Wertschöpfung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ (Code I23) an. Förderungsfähig sind dabei unter anderem Aufwendungen für Investitionen, die der Erfassung, Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpackung, Etikettierung, Verarbeitung oder Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse dienen. Fazit: Ernte in das Wasser, Umsatz in die Höh' – ein gutes Vorbild vor allem für Obst- und Gemüsebauern, die ihre Wertschöpfung steigern wollen und dabei nach Fördermöglichkeiten suchen.

## Mehr Informationen

Dr. Bernhard Trierweiler  
Max-Rubner-Institut (MRI)  
Institut für Sicherheit und Qualität  
bei Obst und Gemüse  
Telefon: 0721 / 662 55 32  
E-Mail: bernhard.trierweiler@mri.bund.de



Bild: BLE / Thomas Stephan

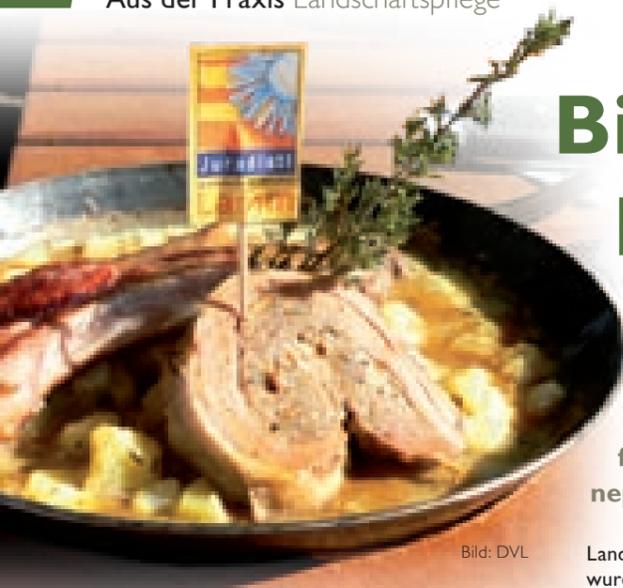


Bild: DVL

# Biotopverbund mit Markenzeichen

Von Bernd Blümlein, Thomas Schwarz und Herbert Hofberger

**Bei der Umsetzung eines großflächigen Biotopverbundes müssen alle Akteure und Interessengruppen an einem Strang ziehen. Wie das mit Hilfe einer Marke für den Naturschutz gelingen kann, zeigt das Projekt nepo•muk aus dem Oberpfälzer Jura.**

Als im Jahr 2002 **nepo•muk** als eines der größten Naturschutzprojekte Bayerns ins Leben gerufen wurde, stand von vornherein fest: Ein Landkreis übergreifender, etwa 80.000 Hektar umfassender Biotopverbund funktioniert nur mit einem integrierten und auf den gesamten Naturraum bezogenen Ansatz. Das wird auch im Projektnamen deutlich: **Netzwerkprojekt Oberpfälzer Jura – Mensch – Umwelt – Kultur**, kurz „nepo•muk“. Die Initiative zu dem dringend notwendigen Verbund von Trocken- und Feuchtlebensräumen im Naturraum „Mittlerer Oberpfälzer Jura“ haben die Landschaftspflegeverbände Amberg-Sulzbach, Neumarkt i. d. OPf., Regensburg und Schwandorf sowie der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) ergriffen. Unterstützt durch die oberpfälzische Regierung und gefördert aus Mitteln des Bayerischen Naturschutzfonds, können die Projektträger inzwischen auf beachtliche Erfolge verweisen.

## Mit integriertem Ansatz zum Erfolg

Der Erhalt und Verbund der zahlreichen Trockenbiotop im Oberpfälzer Jura hängt in besonderer Weise von der Aufrechterhaltung der bestehenden Weidesysteme ab. Die Existenzsicherung der örtlichen Hüteschäfereien stand daher von Anfang an im Fokus der Naturschützer. Es war klar, dass die Strategie nutzungsorientiert sein und sowohl den naturschutzfachlichen Erfordernissen als auch den einzelbetrieblichen Anforderungen der Landwirte Rechnung tragen muss. Der Vorteil des integrierten Ansatzes: Er bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Förderungen zu kombinieren.

Wesentliche Grundlage für das Umsetzungskonzept war neben einer betriebspezifischen Bestandsaufnahme die umfangreiche einzelbetriebliche Beratung von Landwirten hin zu einer nachhaltigen

Landnutzung. Das gemeinsame Gespräch wurde nicht nur durch den Abschluss zahlreicher Extensivierungsvereinbarungen im Rahmen von Agrar-Umwelt-Programmen belohnt; auch naturschutzfachliche Hintergründe und Zielsetzungen konnten dabei vermittelt werden. Seit 2003 nun extensivieren die Landwirte ihre Nutzung auf etwa 250 Hektar Grünland im Rahmen des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) und des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms (VNP). Zielgerichtete Landschaftspflegemaßnahmen, die über die bayerische, von der EU kofinanzierte Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie finanziert wurden, haben zusätzlich zur naturschutzfachlichen Optimierung der Flächen im Biotopverbund geführt. Dazu zählen die Entbuschung von Flächen und gezielte Flächenankäufe, um die Beweidung zu ermöglichen und damit die Verbundachsen für Flora und Fauna zu verbessern.

## Auch die Kasse muss stimmen

Den Projektverantwortlichen war aber auch klar, dass diese Form des Naturschutzes nur dann langfristig erfolgreich sein kann, wenn die ökonomischen Nachteile der extensiveren Produktion durch höhere Preise am Markt ausgeglichen werden. Deshalb war die Unterstützung der Hüteschäfer bei der Produktvermarktung ein wesentlicher Baustein des Projektansatzes. Die Ziele waren hoch gesteckt: Mit dem Aufbau eines regionalen Vermarktungssystems sollten einer breiten Öffentlichkeit über den Genuss von Lammfleisch naturschutzfachliche Zusammenhänge vermittelt werden. Heute werden hierzu in Zusammenarbeit mit den regionalen Volkshochschulen und Gastronomiebetrieben bereits mit großem Erfolg Koch- und Zerlegekurse angeboten. Auch erfolgt eine Zusammenarbeit mit Berufsschulen, um angehenden Fleischeri-Fachverkäufern und Metzgern die Besonderheiten regionaler Produkte nahezubringen.

## Eine starke Marke ...

Um sich erfolgreich am Markt zu platzieren, wurde die Marke „Juradistl-Lamm – so schmeckt die Oberpfalz“ entwickelt. Für die Markenentwicklung und den Aufbau der Vermarktungspartnerschaft war ein erheblicher Mitteleinsatz und eine zweijährige Vorbereitungsphase notwendig. Besonders wichtig war, dass der Markenname „Juradistl“ Entwicklungspotenzial besitzt und damit nicht nur für Lammprodukte, sondern auch für andere Erzeugnisse wie Rindfleisch, Streuobstprodukte oder Bier genutzt werden kann.



Einen Beweis für den Erfolg liefern die Verkaufszahlen: Bei der Markteinführung im März 2004 wurden etwa 400 Lämmer verkauft, im Jahr 2007 waren es bereits 1.500. Zurzeit nehmen 13 Schäfereien, fünf Schlacht- und Zerlegebetriebe, 34 Gastronomiebetriebe und 19 Metzgereien am Vermarktungssystem teil. Alle Marktpartner sind vertraglich an die Marke und die vereinbarten Erzeugungs- oder Geschäftsbedingungen gebunden. In den Verträgen mit den Schäfereien sind unter anderem die naturschutzfachlichen Kriterien der Erzeugung festgelegt. Alle Schäfer haben sich darüber hinaus verpflichtet, in der Produktion auf den Einsatz gentechnisch veränderter Substanzen zu verzichten. Die neutrale Kontrolle erfolgt durch die Gesellschaft für Qualitätssicherung in der

Agrar- und Lebensmittelwirtschaft mbH. In den Verträgen mit den Metzgereien und Gastronomen sind Abnahme- und Vermarktungsbedingungen festgelegt (z.B. Mindestabnahmemenge, Ausschließlichkeit des Juradistl-Lamm-Bezuges). Eine prozentuale Gebühr, die für jedes vermarktete Lamm erhoben wird, sichert langfristig einen Eigenfinanzierungsbeitrag für die Marke Juradistl-Lamm. Denn gerade in der Etablierungsphase der Marke ist ein kontinuierliches Projektmanagement notwendig, das bei weiter steigenden Verkaufszahlen über diese Marketingabgabe der beteiligten Betriebe finanziert wird.

## ... und ein positives Image für den Naturschutz

Über eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie gezielte Umweltbildungsangebote ist es den Projektträgern gelungen, einer breiten Bevölkerungsschicht die naturschutzbezogenen Aspekte ihres Projekts nahezubringen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Durchführung von Juradistl-Lamm-Aktionswochen in den Betriebsrestaurants der Siemens AG im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen: An 13 Standorten machten sie im Herbst 2007 den täglich 16.000 Speisegästen das Juradistl-Lamm als Symbol für Naturschutzarbeit und Biotopverbund schmackhaft. Die Marke Juradistl hat sich inzwischen ein positives Image bei der Bevölkerung erarbeitet. Bereits Ende 2005 ermittelte die FH Weihenstephan im Rahmen einer Evaluierung, dass 30 Prozent der Bevölkerung in der Region die Marke kennen. Als wesentlicher Grund für diesen hohen Bekanntheitsgrad wurde die eindeutige Positionierung als Naturschutzprodukt, das zum Erhalt der Kulturlandschaft beiträgt, angegeben.

## Die Zukunft? Leader!

Die in der Region aktiven Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) wollen den nachhaltigen Naturschutzansatz auch künftig vorantreiben. Deshalb haben sie im Herbst 2007 in ihren Regionalen Entwicklungskonzepten ein gemeinsames Kooperationsprojekt eingebracht. Das Projekt steht auf drei wesentlichen Säulen:

- Ausweitung und Optimierung des Biotopverbundes,
- Ausweitung der Marke Juradistl auf weitere Produktbereiche,
- Aufbau eines Netzwerkes Umweltbildung.

Die beteiligten LAGs erhoffen sich in der anstehenden Förderperiode weitere entscheidende Impulse für eine integrierte Umsetzung landschaftsbezogener Projekte. Unterstützt wird ihr Ansatz, der möglichst viele Akteure beteiligen soll, durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für



Projektauftritt mit Landräten und dem damaligen Umweltminister Schnappauf (Bild: DVL)



Projektgebiet (Bild: landimpuls)

**Mehr Informationen**  
 Bernd Blümlein  
 Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL)  
 Telefon: 09 81 / 46 53 - 35 44  
 E-Mail: bluemlein@lvp.de  
 www.lvp.de

# Auch im Alter optimal versorgt

Von Frank Stefan, Hartmut Heinen und Rainer Riemenschneider

**Gerade im ländlichen Raum ist es nicht leicht, die Wohn- und Lebensqualität älterer Menschen sicherzustellen, wenn sie sich nicht mehr selbst versorgen können. Konzepte hierfür gibt es viele, doch nicht immer treffen sie die Bedürfnisse der Betroffenen. Das Diakonische Werk Minden hat deshalb mit Unterstützung von LEADER+ untersucht, was sich die Menschen in ihrem Landkreis für diesen Lebensabschnitt wirklich wünschen.**

**A**mbulante Pflege bedeutet in der Regel, die Grundversorgung der Pflegebedürftigen sicherzustellen. Zwischen den Besuchen der Pflegekräfte sind die Menschen allein, wenn sie nicht Angehörige oder Freunde haben, die sich um sie kümmern. Eine stationäre Pflege rund um die Uhr hingegen bedeutet den Wegzug aus der vertrauten Umgebung, den schmerzhaften Verlust des eigenen Zuhauses. Auch ist diese Variante für die Betroffenen und für die Gesellschaft insgesamt sehr teuer. Welche Art der Pflege aber ist nun für die Menschen im ländlichen Raum die richtige? Und welche Möglichkeiten gibt es, den Bedarf zu decken? Diese Fragen sollte die Projektstudie „Was wir brauchen ... – Pflegewohnen auf dem Land in Dörfern des Mühlenkreises Minden-Lübbecke“ klären, die das Diakonische Werk Minden mit Unterstützung von LEADER+ 2005 gestartet hat.

## Was ist anders auf dem Land?

Attraktive Dörfer müssen den Menschen, die in ihnen leben, auch in der letzten großen Phase ihres Lebens eine Heimat bieten. Doch das ist nicht immer ganz leicht. So können im städtischen Bereich mit seiner höheren Bevölkerungsdichte eine Altentagesstätte, ein Mehrgenerationenhaus oder ein Seniorenmittagstisch die notwendigen sozialen Kontakte bieten und die Versorgung unterstützen. Im ländlichen Bereich ist dies angesichts der weiteren Wege meist nicht möglich. Zudem ziehen sich viele Einzelhandelsgeschäfte und andere Dienstleister aus den Dörfern zurück. Deshalb muss auch die Frage beantwortet werden, wie Menschen versorgt werden können, wenn sie zum Beispiel nicht mehr selbst Auto fahren können. Auch leben alleinstehende ältere Menschen im städtischen Umfeld häufig in Mietwohnungen; in den Dörfern wohnen sie manchmal ganz alleine auf Resthöfen, die langsam verfallen und die sie selbst nicht mehr alleine unterhalten können.

## Von den Betroffenen lernen

Um nicht am grünen Tisch über die Menschen zu reden, sondern mit ihnen, hat eine Mitarbeiterin des Diakonischen

Werkes Minden im Rahmen des LEADER+ Projekts die Betroffenen interviewt. Zwei Regionen wurden dabei untersucht: zum einen der Hiller Ortsteil Rothenuffeln, zum anderen die Dörfer Meßlingen, Maaslingen und Südfelde in der Stadt Petershagen. Hierfür wurde mit den 60- bis 75-jährigen Bewohnern Kontakt aufgenommen und mit denen, die dazu bereit waren, Interviews geführt. In 110 persönlichen Gesprächen mit 177 Teilnehmenden wurden zunächst einige statistische Daten wie Alter und Geschlecht erfasst. Dann folgten Fragen nach der eigenen Erfahrung mit Pflegebedürftigkeit. Drei Viertel der Befragten blickten dabei auf eigene Pflegeerfahrungen bei Eltern oder Partnern zurück.

## Umziehen nur im Notfall

Ein großer Teil der Befragten rechnet damit, im Bedarfsfall von den eigenen Kindern gepflegt zu werden; erstaunlich wenige haben aber bereits mit ihnen darüber gesprochen. Auch die Inanspruchnahme eines ambulanten Pflegedienstes ist für die meisten Älteren eine ganz klare Perspektive.

Keine Überraschung gab es bei der Frage, ob die Bereitschaft zum Umzug besteht, etwa in eine barrierefreie, kleinere Wohnung. Nur zehn Prozent der Befragten hielten dies für eine erstrebenswerte Lösung. Doch war den meisten klar, dass irgendwann der Moment kommen könnte,



an dem es keine andere Option gibt. In diesem Fall würde ein Drittel der Befragten das betreute Wohnen bevorzugen, danach folgten Hausgemeinschaft (24 %), Pflegeheim (19 %), der Umzug zu den Kindern (16 %) und schließlich die Senioren-Wohngemeinschaft (9 %).

## Gemischte Gefühle gegenüber technischen Hilfsmitteln

Gut drei Viertel der Befragten meinten, dass technische Hilfsmittel zur Bewältigung des Alltags hilfreich sein könnten. Als dann allerdings verschiedene Hilfsmittel konkret abgefragt wurden, sank die Zustimmung stark ab. Am meisten akzeptiert wurde der bereits etablierte Hausnotruf. Internetgestützte Einkaufshilfen oder Videotelefone zur Pflege der familiären und sozialen Kontakte hingegen fanden kein Interesse. Allerdings klagte auch kaum jemand über eine mangelhafte Versorgung: Einkaufsfahrten mit Angehörigen und die mobilen „Tante-Emma-Läden“ scheinen die bescheidenen Ansprüche der Menschen, die schon heute wenig mobil sind, hinreichend abzudecken. Die Beurteilung technischer Hilfsmittel ist allerdings altersabhängig. So stehen die jüngeren der Befragten, die naturgemäß noch

weniger in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, technischen Lösungen offener gegenüber. Anders als die älteren Befragten sind sie eher bereit, die durchaus vorhandenen Mittel zur Verbesserung der eigenen Lebensqualität einzusetzen.

## Einen Stein ins Rollen gebracht

Das Projekt hat auch einige unvorhergesehene Entwicklungen angestoßen: Um möglichst konkrete Fragen stellen zu können, wurden im Vorfeld mögliche Angebote überlegt, zu denen die Menschen ihre Meinung sagen sollten. So wurde zum Beispiel gefragt: „Hätten Sie Interesse an einem Mittagstisch in der Altentagesstätte? Oder an einem Friseurnachmittag? Wäre dort für Sie eine Fußpflege von Interesse?“ In einem Befragungsgebiet konnte hierzu ein Gebäude der Diakonie als möglicher Standort benannt werden. Um ähnlich konkret auch im zweiten Gebiet fragen zu können, baten wir die dortige Kirchengemeinde um Erlaubnis, das Gemeindehaus, das auch für Gottesdienste, aber ansonsten wenig genutzt wird, als Beispiel in unsere Fragen einzubeziehen. Schnell entstanden (unbegründete) Gerüchte, das Haus solle jetzt umgenutzt und die

Gottesdienste abgeschafft werden. So in das dörfliche Interesse gerückt, hat das „Schicksal“ des Gemeindehauses plötzlich die Bevölkerung aktiviert. Inzwischen sorgt ein ehrenamtlicher Arbeitskreis für neue Aktivitäten im Haus.

## Im Netzwerk Kompetenzen bündeln

Auf Grundlage der Umfrageergebnisse wird jetzt überlegt, wie der Bedarf der Menschen in der Praxis gedeckt werden kann. So ist etwa ein Netzwerk vorstellbar, das aus einer Koordinierungsstelle, den etablierten sozialen Diensten sowie ehrenamtlichen „Dorfpaten“ –örtlichen Ansprechpartnern für alle Fragen der Pflege und Versorgung im Alter – besteht. Das Angebot sollte so gestaltet sein, dass die Menschen keine Hemmschwelle überwinden müssen, um es in Anspruch zu nehmen. Auch sollte es kostengünstig sein und die Bedürfnisse der Menschen professionell bedienen.

Auf diese Weise flossen die Ergebnisse der Studie „Was wir brauchen ...“ in das Regionale Entwicklungskonzept (REK) ein und führten zu verschiedenen weiteren Projektansätzen wie etwa Generationen-Treffs und altersübergreifende Wohnformen. So bildet der demographische Wandel bei der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Mühlenkreis auch in Zukunft einen Schwerpunkt. Nach der Entscheidung, die LAG Mühlenkreis nicht in die nächste Förderperiode des Leader-Programms 2007–2013 aufzunehmen, müssen für die angedachten Konzepte allerdings neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Auch bringt die Reform der Pflegeversicherung neue Herausforderungen und Veränderungen der „Pflege-Landschaft“ mit sich. Die Dörfer müssen in Zukunft auf die Veränderungen reagieren können, die bereits jetzt im Gange sind. Fest steht:

Das Zusammenspiel zwischen Familienangehörigen, ehrenamtlichen Kräften vor Ort und „professionellen“ Dienstleistern wird dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

## Mehr Informationen

Rainer Riemenschneider und  
Hartmut Heinen  
LAG-Manager Mühlenkreis  
Minden-Lübbecke  
Telefon:  
05 71 / 8 07 23 06  
E-Mail:  
r.riemenschneider@minden-luebbecke.de  
h.heinen@minden-luebbecke.de

alle Bilder: Diakonisches Werk Minden





Spanische und deutsche Projektpartner beim ersten Treffen in Spanien (Bild: LAG Oberschwaben)

# Poseidon – eine göttliche Kooperation

Von Emmanuel Frank

„Thermalismus“ heißt das Stichwort, das die Zusammenarbeit der vier Lokalen Aktionsgruppen im Projekt Poseidon kennzeichnet. Drei Gruppen aus der nordspanischen Region Murcia und die LAG Oberschwaben mit ihrer Thermalstadt Bad Buchau haben sich darin zusammengesetzt, um gemeinsam neuen Dampf in den örtlichen Thermalismus zu bringen.

Was hat der griechische Meeresgott mit einem transnationalen Leader-Projekt zu tun? Zunächst ganz klar: Projektgegenstand muss das Meer sein – oder zumindest das Wasser. Im Fall des Kooperationsprojektes Poseidon erklärt das zentrale Thema „Thermalwasser“ die göttliche Namensgebung. Betrachtet man dazu die Anlaufschwierigkeiten des Projektes, liegt außerdem der Verdacht nahe, dass hier „göttlicher Beistand“ im Spiel war. Doch dazu später.

## Beim Start das Ziel vor Augen

Als die LAG Oberschwaben und ihre drei spanischen Partner ihr Projekt „Poseidon“ ins Leben riefen, hatten sie ein klares Ziel vor Augen: Eine bessere Infrastruktur und eine höhere Wertschöpfung im ländlichen Raum. Durch neue Angebote, die das Potenzial der gesundheitlichen, touristischen und ökologischen Thermalwassernutzung ausschöpfen, sollte der regionale Tourismus gestärkt werden. Dabei sollte der grenzüberschreitende Austausch neue Ideen und Konzepte hervorbringen, etwa durch die Verknüpfung der sehr unter-

schiedlichen Thermalbadansätze. Denn während sich die deutschen Thermalbadbesucher häufig Linderung von Beschwerden und Erkrankungen erhoffen, stehen bei den spanischen Thermalbädern, die im Sommer auch oft von Touristen genutzt werden, Vorbeugung und Spaß im Vordergrund. Durch Befragungen in den Regionen haben die Projektpartner außerdem erfahren, welche Wünsche Gäste und Anbieter haben und wie das künftige Angebot gestaltet werden muss. Die Fragebögen hierzu wurden von den Projektpartnern gemeinsam entwickelt.

Bild: LAG Oberschwaben

## Einander sehen und voneinander lernen

### In Spanien:

#### Thermalbad ist Privatsache

Andere Länder, andere Sitten: Dies zeigt sich auch und besonders bei transnationalen Kooperationsprojekten, die durch ihren Mix von Kulturen und Traditionen bereichern. Herausragendes Aha-Erlebnis für die deutschen Projektpartner war das Thermalbadkonzept im historischen Ort Mula. Hier können Apartments mit kleinen Thermalwasserbassins stunden- oder tageweise gemietet und ein Bad so in ganz privater Atmosphäre genossen werden. Über ein traditionelles Verteilersystem werden die „Riesen-Badewannen“, die etwa zwei mal vier Meter groß sind, von dem an der Erdoberfläche austretenden Thermalwasser versorgt. Ein Ansatz, der in Deutschland sicher auch für Menschen interessant ist, die vielleicht Hemmungen haben, ein öffentliches Thermalbad zu besuchen und deshalb auf dieses Erlebnis verzichten.

### In Deutschland:

#### Innere Massage gefragt

Für die spanischen Projektteilnehmer war es eine neue Erfahrung, Thermalbädern zum Beispiel mit den verschiedensten Varianten von Massagen zu verknüpfen. Beeindruckt haben vor allem spezielle Angebote wie die Klangmassage. Dabei werden Klangschalen auf den Körper gelegt und angeschlagen beziehungsweise angerieben oder aber direkt über den Körper gehalten, ohne ihn zu berühren. Der Schall wird so spürbar als Vibration wahrgenommen; die Schwingungen sollen entspannend und beruhigend wirken. Klangmassage ist somit eine Art „innere Massage“.

## Verständigung braucht gemeinsame Sprache

Dabei ist die Kommunikation unter den Beteiligten das A und O. Als besonders glücklich erwies sich das Bemühen der LAG Oberschwaben, von Anfang an spanischsprachige Projektpartner einzubinden. So konnte bereits bei dem ersten dreitägigen Treffen auf einen professionellen Dolmetscher verzichtet werden. Der besondere Vorteil: Die Spanisch sprechenden Deutschen brachten nicht nur das regionale Know-how mit, sondern auch eine gewisse Lockerheit im Umgang mit den spanischen Projektpartnern. Umgekehrt erwies es sich als Glücksfall, dass die für die Koordination zuständige LAG Integral in Murcia eine Deutsche ins Team nahm, die in Spanien verheiratet ist und neben den Sprachkenntnissen auch ihr besonderes Fingerspitzengefühl einbringen konnte, was die Mentalität und Befindlichkeiten der Projektpartner betrifft.

Allerdings zeigte sich auch, dass nicht alle eingesetzten Kooperationsbausteine den erhofften Mehrwert brachten. So blieb die Kommunikationsplattform Internet mit Intranet und Diskussionsforen weitestgehend ungenutzt. Stattdessen bildeten Telefon und E-Mails sowie gelegentliche Arbeitstreffen die Kommunikationsdrehscheibe. Der Mensch bevorzugt eben doch den direkten Kontakt zu Seinesgleichen – auch wenn der griechische Meeresherr ab und zu seine Finger im Spiel hat.

### Mehr Informationen

Emmanuel Frank  
LAG Oberschwaben / Landratsamt Sigmaringen  
Telefon: 0 75 71 / 1 02 - 50 10  
E-Mail: leader@irasig.de  
LAG: www.leader.landkreis-sigmaringen.de  
Projekt: www.proyectorposeidon.net

## Zwei Jahre Arbeit, zwanzig gemeinsame Positionen

Nach zweijähriger Projektlaufzeit stellte im Dezember 2007 jede Leader-Region auf einer gemeinsamen Tagung in Murcia ihre Ergebnisse vor. Dabei haben sich 20 gemeinsame Positionen herauskristallisiert. Die einzelnen Ergebnisse spiegeln zugleich grundsätzliche Effekte der transnationalen Kooperation wider:

- Es besteht der Wille, sich auch über die Projektphase hinaus auszutauschen und zusammenzuarbeiten. So vereinbarten die Beteiligten „... die Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe mit jährlichem Arbeitstreffen zur Fortschreibung und Kontrolle und zum Erfahrungsaustausch.“
- Die gegenseitigen Projektbesichtigungen bei den zum Teil sehr unterschiedlichen Partnern haben neue Ideen für die eigene regionale Entwicklung hervorgebracht, wie sie eben nur bei transnationaler Kooperation möglich sind. Teilweise sind in den Regionen bereits ganz neue Angebote entstanden, teilweise befinden sich diese gerade in der Projektphase.
- Die gemeinsame Arbeit an einem transnationalen Projekt fördert auch innerhalb der Regionen die Gemeinschaft. Durch die Erläuterung der Situation gegenüber den Fragen der transnationalen Partner sowie den Blick auf andere Regionen werden eigene Schwächen und Stärken deutlich; dies gibt Anlass zur Optimierung.

- Insgesamt hat sich bei den beteiligten Menschen ein intensiver Austausch entwickelt: Austauschprogramme für Schüler- und Auszubildende wurden organisiert; am Gymnasium in Bad Buchau wurde eine Spanisch-AG gegründet, und in den spanischen Partnerregionen wird jetzt Deutschunterricht angeboten.

## Ein Blick zurück

Trotz der positiven Ergebnisse stand Poseidon nicht immer unter einem glücklichen Stern. So hat sich die Projektentwicklungsphase auf zwei Jahre erstreckt, weil sich die zunächst vorgesehenen Partner auf spanischer Seite aus dem Projekt zurückzogen. Beim zweiten Anlauf hatte die LAG Oberschwaben dann mehr Glück: Kontaktfindung, ein erstes Arbeitstreffen in Baden-Württemberg, ein zweites in Murcia. Dabei wurden alle maßgeblichen Partner, also Vertreter der Städte, der Tourismusbranche, der Thermalbäder sowie die Anbieter von regional prägenden Freizeitangeboten (Natur- und Archäologie), inhaltlich und organisatorisch beteiligt. Als zentrale Partner waren die Städte und die Thermalbäder sogar schon bei den ersten Treffen in die Finanzierung eingebunden. Der Hintergedanke dabei: Wer sich auch finanziell beteiligt, achtet von sich aus darauf, dass ein entsprechender Mehrwert entsteht. Ist dieser Mehrwert – das gemeinsame Ziel des Projektes – von allen Partnern erarbeitet und akzeptiert, können auch die Hürden in der Umsetzung, bei den Vertragsdokumenten, den Bewilligungen und Abrechnungen, angegangen werden.

## Abschlussbericht online

„Entwicklung einer Konzeption für die Stadt Buchau: Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum unter Einbeziehung von Thermalbädern – Projekt „Poseidon“ im Rahmen eines von der EU geförderten Leader-Programms“

Download unter [www.bad-buchau.de](http://www.bad-buchau.de)



# Zuchtfortschritt oder Artenvielfalt? Beides geht!

Von Henrik Wagner & Horst Brandt

**Alte und gefährdete Haustierrassen leben in kleinen Beständen. Nicht nur durch den Verlust der natürlichen Lebensräume wie Heiden und Moorlandschaften sind sie gefährdet. Auch agrarpolitische Forderungen zu speziellen Zuchtzielen können zum Verlust der genetischen Vielfalt führen. In Hessen entwickeln Forscher deshalb zurzeit ein Zuchtprogramm, das Zuchtfortschritt und Artenvielfalt in Einklang bringen soll.**



Scrapie-Resistenz - für die Züchter ein Erfolgsfaktor auf Auktionen (Bild: Berling)

Durch die aktuelle Agrarpolitik wird die Zucht auf klassische TSE-Resistenz bei Schafen bindend vorgeschrieben. TSE steht für „transmissible spongiforme Enzephalopathien“, das sind übertragbare Tierseuchen, bei denen das Gehirn erkrankt. Dies führt durch zentralnervöse Störungen langsam zum Tod der Tiere. Ein typisches Beispiel ist Scrapie bei Schafen, auch bekannt als Traberkrankheit. Sie äußert sich häufig durch Verhaltens- und Gangstörungen, die erkrankten Tiere leiden ab und zu unter starkem Juckreiz. Sie versuchen dann, sich die Wolle abzukratzen, daher der Name Scrapie (von engl. to scrape = kratzen).

## Gesundheit versus Vielfalt?

Aber längst nicht alle Tiere erkranken. So sind Schafe, die zwei so genannte ARR-Allele in ihren Genen aufweisen (als Allel bezeichnet man eine mögliche Ausprägung eines Gens, das sich an einem bestimmten Ort auf einem Chromosom befindet),

nahezu Scrapie-resistent; Tiere mit VRQ-Allelen hingegen sind anfällig für die Krankheit. Mit Hilfe eines Gentests können Schafe also auf ihre Empfänglichkeit für die Erkrankung untersucht und anfällige Tiere von der Zucht ausgeschlossen werden. Genau das fordern auch die agrarpolitischen Verordnungen der EU mit ihren speziellen Zuchtprogrammen. Der Nachteil dieses Ansatzes: Gerade bei Rassen, die kaum mit dem erwünschten Gen ausgestattet sind, führt ein solches Zuchtprogramm schnell zum Verlust wichtiger Blutlinien – die genetische Variabilität innerhalb einer Population geht damit verloren, die Gefahr der Inzucht steigt.

## Bentheimer Landschaf steht Modell

Zu diesen gefährdeten Rassen zählt auch das Bentheimer Landschaf. Ihren Namen hat die größte deutsche Landschaf-Rasse

von der Grafschaft Bentheim im Weser-Emsland. Dort wurde sie aus dem heimischen Landschaft unter Einkreuzung von niederländischen Drenthe-Heideschafen entwickelt. In Spitzenzeiten gab es 14.850 Bentheimer Schafe in Deutschland, doch mit dem Rückgang der Heide- und Moorlandschaften sanken auch die Bestandszahlen rapide. 1970 gab es nur noch 50 Herdbuchtiere bei drei Züchtern, und das Bentheimer Landschaf war stark in seinem Fortbestand gefährdet. 1984 setzte es die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen auf ihre Rote Liste. Seitdem haben sich die Bestandszahlen bei etwa 2.500 Zuchttieren stabilisiert. Von den anfangs neun vorhandenen Bocklinien – nur vier davon stammen aus Deutschland – sind zwei unwiederbringlich ausgestorben. Eine Hauptursache für die starke Dezimierung ist die Scrapie-Resistenzzucht, denn die Züchter versuchten, ihre Herde möglichst reinerbig bezüglich ARR zu bekommen, um bessere Vermarktungsmöglichkeiten zu erzielen. Die Tabelle zeigt beispielhaft den Verlauf der so genannten Allelfrequenzen im Hauptverbreitungsgebiet der Tiere (Schafzuchtverband Weser-Ems), eingeteilt in die Klassen der Geburtsjahrgänge vor und nach 2001. Deutlich zu erkennen ist: Die ARR-Frequenz steigt sprunghaft nach 2001 an; parallel dazu fällt die Frequenz des VRQ-Allels. Die anderen aufgeführten Allelfrequenzen bleiben nahezu unverändert.

Bentheimer Bock - ein Prachtexemplar aus der seltenen R-Linie (Bild: Schmitz)

Jahrgang	ARR	VRQ	ARH	ARQ	AHQ
vor 2001	12,55%	10,85%	14,89%	54,04%	7,66%
nach 2001	30,42%	2,08%	12,92%	49,58%	5,00%

Allelfrequenzen für das Prionprotein nach Geburtsjahrgängen für Weser-Ems

## Vielfalt erhalten, vor Scrapie schützen

Um den Erhalt dieser Rasse zu sichern, haben es sich Forscher der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V. und der Universität Gießen zur Aufgabe gemacht, ein entsprechendes Zuchtprogramm zu erstellen. Ziel ist es, die wenigen noch vorhandenen Bocklinien zu bewahren und damit das Inzucht-Problem zu verringern. Gleichzeitig sind jedoch auch die Anforderungen hinsichtlich der Zucht auf Scrapie-Resistenz zu erfüllen. Dabei wurde schnell klar, dass ein solches Zuchtprogramm nur gelingen kann, wenn es überregional, also in ganz Deutschland, realisiert wird. Das Forschungsprojekt zum Erhalt des Bentheimer Schafes ist das erste dieser Art und kann mit seiner Vorgehensweise ein Beispiel geben für andere gefährdete Tierarten und -rassen. Deshalb wird es vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) über die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) als Modell- und Demonstrationsvorhaben gefördert.

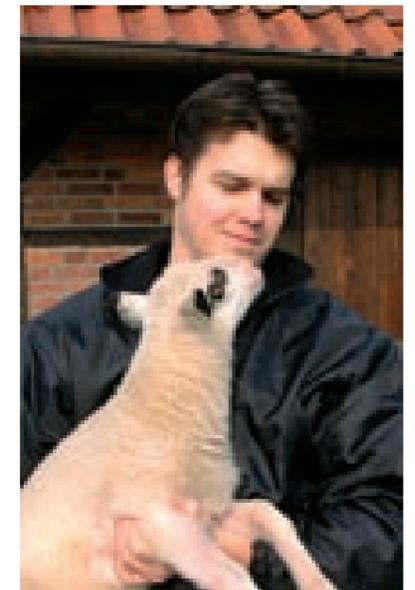
## Überregionales Zuchtbuch – eine Herausforderung

Um ein überregionales Erhaltungszuchtprogramm aufstellen zu können, bedarf es der Kooperation aller beteiligten Verbände und einer kompletten Datenzusammenführung. So konnten die Forscher eine Datenbank erstellen, die überregionale Herdbuch-Eintragungen von 1.842 männlichen und 8.908 weiblichen Tieren um-

fasst. Dabei bereiteten vor allem die verschiedenen Datei-Formate der Verbände und die zum Teil lückenhaften Eintragungen Probleme. Andererseits mussten Dopplungen durch Tiere, die bei verschiedenen Verbänden mit unterschiedlichen Tiernummern identifiziert waren, vermieden werden. Durch entsprechende Plausibilitätskontrollen wurde die Anzahl der männlichen Herdbuchtiere um 639 Eintragungen reduziert. Auf der weiblichen Seite konnten nach den Kontrollen noch 7.769 Datensätze als korrekt bezeichnet werden, das heißt, es wurden 1.139 Tiere gestrichen, die doppelt geführt wurden.

## Weitermachen trotz Stolpersteinen

Die Zusammenführung der Daten ist zwar gelungen, doch hat die im Jahr 2006/2007 aufgetretene Blauzungkrankheit zu Verlusten bei vielen Zuchttieren geführt. Sämtliche Daten müssen daher noch einmal aktualisiert werden. Sobald dies erfolgt ist, können die Daten ausgewertet und ein Zuchtprogramm formuliert werden. Dieses wird den Zuchtleitern und den praktizierenden Herdbuchzüchtern vorgestellt. Es soll ihnen in Zukunft als Anpaarungsempfehlung dienen. Durch den ständigen Kontakt der Forscher mit den Herdbuchzüchtern im Rahmen des Forschungsprojektes wird davon ausgegangen, dass die Empfehlungen von den Züchtern rege genutzt werden. Zukunftsmelodie ist zurzeit jedoch noch die Idee, das Programm online verfügbar zu machen, so dass jeder Züchter selbst die nächsten Anpaarungsschritte durchspielen kann.



Henrik Wagner mit seinem Forschungsobjekt auf dem Arm (Bild: Böckermann)

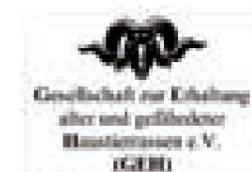
## Kleine Herde, großer Aufwand

Gerade für den Erhalt kleiner Populationsbestände wie der des Bentheimer Landschafes ist ein überregionales Zuchtprogramm von großer Bedeutung. Durchführbar ist es allerdings nur, wenn wie in dem genannten Beispiel vorgegangen wird. Doch die Erstellung eines überregionalen Zuchtbuches ist äußerst arbeitsaufwendig. Dabei darf vor allem der Aufwand für die laufende Datenpflege nicht vergessen werden. Zwar haben sich die am Projekt beteiligten Wissenschaftler in Zusammenarbeit mit der AG Bentheimer Landschaf zu dieser Arbeit bereit erklärt, doch ist die Finanzierung der dazu notwendigen Arbeitsaufwendungen bis dato noch nicht geklärt.

## Weitere Informationen:

Henrik Wagner  
Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V.  
Telefon: 0171 / 147 05 92  
E-Mail: henrikwagner@gmx.de

Prof. Dr. Horst Brandt  
Institut für Tierzucht und Haustiergenetik  
Justus-Liebig-Universität Gießen  
Telefon: 0641 / 993 76 25  
E-Mail:  
horst.r.brandt@agr.uni-giessen.de



# Neue Impulse für die Grundversorgung

Von Hans-Peter Gatzweiler

**Wir werden immer weniger und immer älter. Die Folgen dieses demographischen Wandels sind besonders in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands zu spüren: Infrastruktur-Einrichtungen, kommunale Dienstleistungen und Serviceangebote dünnen aus, die regionale Standortqualität sinkt, junge Menschen wandern ab. Diesen Trend gilt es zu stoppen. Wie das gelingen kann, zeigen Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut werden.**

Anliegen der Raumordnung ist es, auch künftig überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Dazu gehört, dass alle Einrichtungen und Angebote der Grundversorgung für alle Menschen erreichbar beziehungsweise zugänglich sind. Dies gilt auch und vor allem in den ländlichen Regionen, die von den Auswirkungen des demographischen Wandels besonders betroffen sind.

## Patentrezepte gibt es nicht

Wie aber lässt sich eine flächendeckende Grundversorgung vor diesem Hintergrund sicherstellen? Patentrezepte gibt es jedenfalls nicht. Tragfähige Lösungen müssen vielmehr vor Ort, in der Region selbst, gesucht werden. Beispiele hierfür zeigt das Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ – MORO – des BMVBS. Mit diesem Programm, das vom BBR betreut wird, kann der Bund innovative Wege auf kommunaler und regionaler Ebene in und zusammen mit der Praxis erproben. So werden bereits seit längerem in zahlreichen Modellregionen mit den Akteuren vor Ort innovative Strategien und Konzepte entwickelt, um die Daseinsvorsorge zu sichern (siehe Karte).

Aus abgeschlossenen MORO-Projekten sind die Erfolgsfaktoren bekannt: eine frühzeitige offensive Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel, eine realistische und abgestimmte Planung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie eine stärkere räumliche Bündelung von Infrastruktureinrichtungen. Angepasste Dimensionierungen und neue Angebotsformen, die auf der Grundlage interkommunaler und interinstitutioneller Kooperationen entwickelt werden, können verhindern, dass die Kommunen durch über Jahre gebundene Fixkosten für überdimensionierte Einrichtungen belastet werden.

## Modellregionen als Zukunftswerkstätten

Das 2007 gestartete jüngste Modellvorhaben des BMVBS heißt „Demographischer Wandel – Zukunftsperspektiven der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“. Über MORO hinaus sollen darin Mittel aus weiteren Forschungsprogrammen und Initiativen des BMVBS gebündelt und räumlich konzentriert eingesetzt werden, und zwar exemplarisch in zwei Regionen der neuen Bundesländer. Als Modellregionen dienen das Stettiner Haff mit seinen Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow und die Region Südharz-Kyffhäuser mit den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Kyffhäuser-Kreis. Beide Regionen sind als Sieger aus einem vom BMVBS initiierten Teilnahmewettbewerb hervorgegangen; beide Regionen haben durch zukunftsorientierte demographische Handlungskonzepte und eine Vielzahl von Projektideen überzeugt, welche die Programme und Initiativen des BMVBS widerspiegeln und gute Umsetzungschancen versprechen.

## Schwerpunkt 1: Bessere Perspektiven für Jugendliche

Eines der Hauptprobleme in beiden Regionen ist die Jugendarbeitslosigkeit. Obwohl sich die Zahl der Schulabgänger halbiert hat, gibt es eine gleich bleibende Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss, die keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt haben. Jugendliche sollen deshalb bei der beruflichen Orientierung und Entwicklung unterstützt werden – durch produktives Lernen in Werkstätten unter „realen“ Bedingungen. Hierzu werden in der Modellregion Stettiner Haff an der Produktionsschule Wolgast neue Übergangsformen von der Schule in die Ausbildung erprobt. Damit soll das pädagogische Konzept flexibler auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen zugeschnitten werden. In der Modellregion Südharz-Kyffhäuser wird die Neugründung einer Produktionsschule im Kyffhäuserkreis beratend begleitet. Ziel ist es, Informationen über die nötigen Rahmenbedingungen zu sammeln, die für die Etablierung von Produktionsschulen wichtig sind.

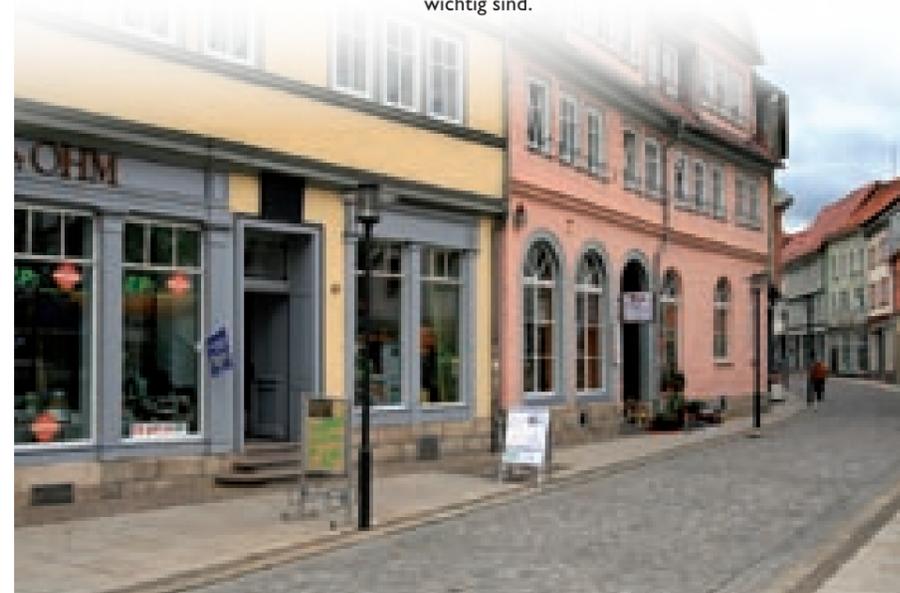
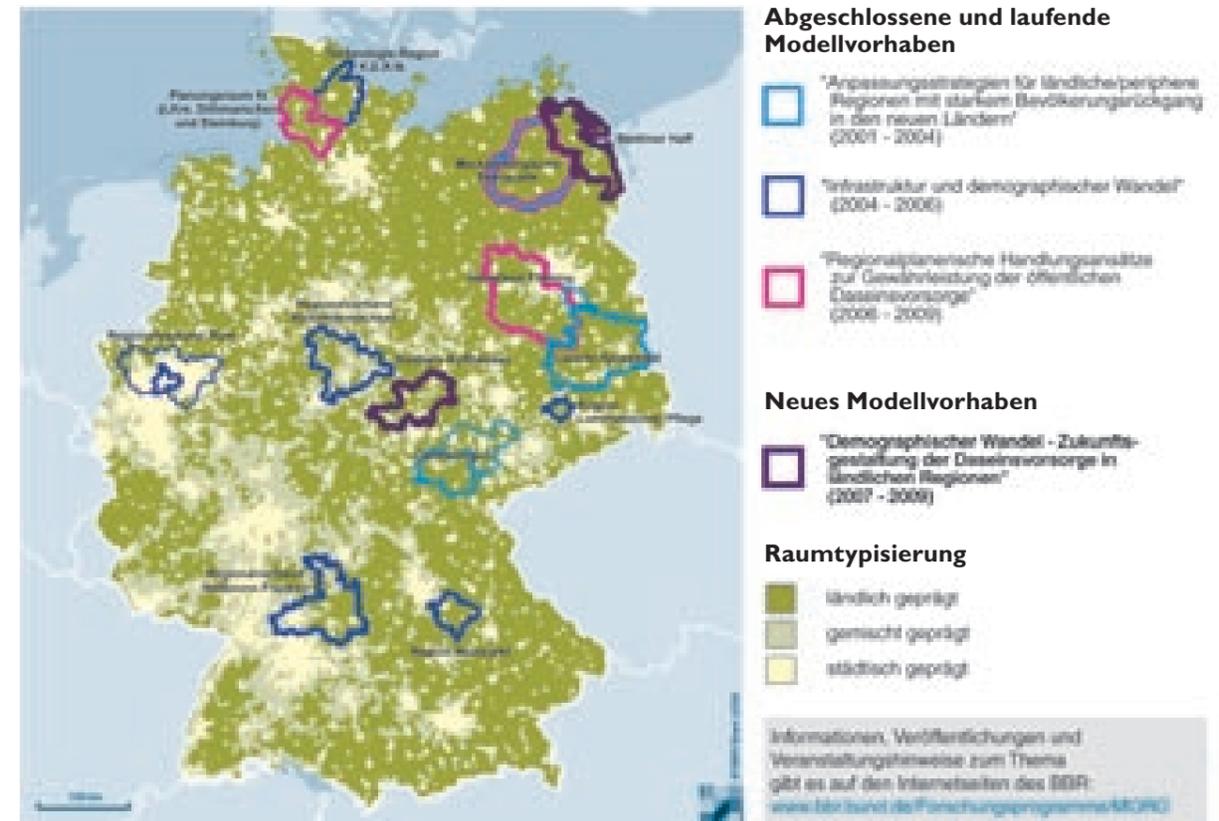


Bild: BBR / Martin Spangenberg



Sicherung der Daseinsvorsorge – Impulse durch Modellvorhaben (Quelle: BBR)

## Schwerpunkt 2: Attraktiver Lebensraum für Jung und Alt

Ein wichtiges stadtentwicklungspolitisches Anliegen des Bundes ist es, das Zusammenleben aller Generationen zu fördern. Wie Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich gestaltet und die Infrastruktur altengerecht umgebaut werden kann, zeigen folgende Projekte: Die Stadt Eggesin (Stettiner Haff) will den Imagewechsel von der „Garnisonsstadt“ zur „Kleinstadt für die dritte Generation“ voranbringen. Geplant ist ein Gemeinschaftszentrum mit einer stärkeren Ausrichtung für die so genannte dritte Generation, also die über 60-Jährigen. Die zukünftigen Nutzer sollen in das Leben der Stadt eingebunden werden und gemeinsam mit jungen Menschen lokale Kompetenzen und Potenziale nutzen. Mit dem Helbraer Servicehaus (Südharz-Kyffhäuser) wollen die Akteure vor Ort Gedanken des generationenübergreifenden Wohnens umsetzen: Durch den Umbau der alten Sparkasse in Helbra sollen sechs Wohnungen für Jung und Alt sowie ein Servicebüro mit einem angegliederten Bürger-/Internetcafé als Anlaufpunkt für alle Generationen entstehen.

## Schwerpunkt 3: Kirchturmdenken überwinden

Die Region ist die zentrale Ebene, um die Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demographischen Wandels zu sichern. Eine Zukunft für ländliche Regionen kann es nur geben, wenn die Kommunen stärker zusammenarbeiten. Ein Handlungsschwerpunkt beider Modellregionen ist es deshalb, die interkommunale Kooperation zu fördern. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt der Städte Ueckermünde, Torgelow und Eggesin: Mit Hilfe von „U.T.E. – eine Perlenkette in das Hinterland“ soll erprobt werden, wie das Städtennetz die regionalen Potenziale für eine touristische Entwicklung gemeinsam besser ausschöpfen kann. Gleichzeitig wollen die Akteure Wege finden, wie die touristische Infrastruktur – einschließlich ÖPNV-Versorgung und Arbeitsplatzangebot – auf die gesamte Modellregion Stettiner Haff ausstrahlen kann. Für die Region Südharz-Kyffhäuser soll eine Standortmarketingstrategie entwickelt werden. Ziel ist, die Identifikation von Bevölkerung und Wirtschaft mit der Region zu stärken. Dabei soll speziell auf vorhandene Standortpotenziale in den Bereichen „Produzierendes Gewerbe“ und „Tourismus“ aufmerksam gemacht werden. Langfristig soll die Marketingstrategie die Abwanderung und den Verlust von Arbeitsplätzen bremsen.

## ELER als Chance nutzen

Die Mittel des BMVBS reichen bei weitem nicht aus, alle Projektideen in den beiden Modellregionen zu verwirklichen. Vor allem fehlt es an investiven Fördermitteln. Das BMVBS ist deshalb sehr daran interessiert, weitere Fachressorts sowie beteiligte Bundesländer zur Unterstützung zu gewinnen. Dabei bieten sich vor allem die Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an. Die Fördermöglichkeiten von ELER decken sich weitgehend mit den Zielen des Modellvorhabens. Da die in der Region durchgeführten Projekte in demographische Handlungskonzepte integriert sind, die praktisch regionalen Entwicklungskonzepten entsprechen, ist eine Verknüpfung mit dem Schwerpunkt 4 (Leader) der ELER-Förderung sinnvoll. Entsprechende Bemühungen hierzu laufen in beiden Modellregionen.

## Mehr Informationen

Dr. Hans-Peter Gatzweiler  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Telefon: 02 28 / 99 401 - 22 77  
E-Mail:  
hans-peter.gatzweiler@bbr.bund.de

# SaarLorLux: Eine Großregion geht neue Wege

Von Karl-Heinz Lambertz, Stephan Förster und Joëlle Ramakers

**Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa gibt es jetzt ein neues Rechtsinstrument: den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit – EVTZ.**

**Am Beispiel der Großregion SaarLorLux werden die Chancen des EVTZ für die grenzüberschreitende Kooperation, aber auch seine Schwierigkeiten und Grenzen dargestellt.**

Das neue Rechtsinstrument „Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ) kann sich zu einem wichtigen Instrument in der Zusammenarbeit zwischen Regionen aus unterschiedlichen Staaten entwickeln. Ein solcher Verbund bietet auf Verwaltungsebene völlig neue Optionen, um regionale Probleme gemeinsam zu lösen und grenzüberschreitende Angebote beispielsweise von Krankenhäusern, Schulen und Bildungseinrichtungen zu gestalten. Allerdings ist der EVTZ kein Allheilmittel für sämtliche Probleme: Den dauerhaft erforderlichen Willen zur Zusammenarbeit der Akteure vor Ort kann er nicht ersetzen. Umgekehrt müssen sich nicht alle bestehenden Formen der Zusammenarbeit notwendigerweise in einen EVTZ umwandeln, um erfolgreich fortbestehen zu können.

## EVTZ – was ist das?

Der EVTZ ist ein öffentlich-rechtliches Instrument zur Durchführung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte. Ein EVTZ verfügt über eigene Organisationsstrukturen (mindestens eine Versammlung und einen Direktor) und einen jährlichen Haushaltsplan. Die Mittel können aus verschiedenen Quellen stammen: von den Mitgliedern des Zusammenschlusses oder aus bestehenden EU-Programmen (insbesondere Interreg). Die Errichtung eines EVTZ an sich wird nicht von der EU finanziert. Mitglieder können neben lokalen und regionalen Gebietskörperschaften – also unter anderem die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis wie etwa die Bundesländer in Deutschland – auch Staaten und spezifisch definierte Einrichtungen des

öffentlichen Rechts sowie Verbände aus den genannten Körperschaften sein. Die EVTZ-Verordnung (1082/2006 EG vom 5. Juli 2006) ist im August 2006 in Kraft getreten; die Mitgliedstaaten mussten diese bis zum 31. Juli 2007 umsetzen.

## EVTZ – für wen?

Ein EVTZ kann laut Verordnung sowohl für die Verwaltung eines Interreg-Programms als auch für die Durchführung einzelner durch Interreg-Mittel geförderter Projekte gegründet werden. Darüber hinaus kann ein EVTZ auch anderen Maßnahmen im Bereich der territorialen Zusammenarbeit einen Rahmen bieten und zwar mit und ohne finanzielle Beteiligung der Europäischen Union. Im letztgenannten Fall sind Einschränkungen seitens der Mitgliedstaaten möglich, sofern die Thematik nicht in der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (1080/2006 EG, Artikel 6) aufgeführt ist: Ein ausdrückliches Verbot besteht zum Beispiel für die hoheitlichen Befugnisse der Mitgliedstaaten, beispielsweise der Installierung von Polizei- und Justizwesen. Der inhaltliche Anwendungsbereich der Verordnung lässt allerdings Interpretationsspielraum. So gibt es beispielsweise unterschiedliche Standpunkte in der Frage, ob eine allgemeine Struktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – wie sie in den circa 70 Euregios praktiziert wird – einen EVTZ als Rechtsform nutzen kann.

## Elf Partner unter einem Dach

Die Großregion SaarLorLux hat als Euregio eine lange Tradition in der grenzüberschreitenden Kooperation und eine Vielzahl von Partnern aus unterschiedlichen Ländern sind an dem gemeinsamen Interreg-IV-A-Programm beteiligt: die französische Republik sowie drei Départements und eine Region, das Großherzogtum Luxemburg, zwei deutsche Bundesländer, zwei belgische Gemeinschaften und eine belgische Region. Die Unterschiede sind einerseits sehr bereichernd und machen den Reiz der Großregion aus; andererseits erschweren sie die Koope-

rationen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit glaubhaft zu demonstrieren. Außerdem kann die Nutzung dieser neuen Struktur Vorbild für andere grenzüberschreitende Einzelprojekte in der Großregion sein, und zwar mit oder ohne Interreg-Förderung.

## Stand der Umsetzung variiert

Bevor der EVTZ gegründet werden kann, müssen die einzelnen Partner verschiedene Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen. Dazu gehören beispielsweise die Festlegung der Genehmigungsbehörde und Regelungen in Bezug auf die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel. In Belgien müssen die verschiedenen Gemeinschaften und Regionen dies innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche vollziehen. Dies gilt analog für die beiden deutschen Länder Rheinland-Pfalz und Saarland. In Frankreich und Luxemburg sind jeweils die nationalen Gesetzgeber gefordert. Der Stand der Umsetzung ist unterschiedlich. Im Falle der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens als kleinstem Partner befindet sich das entsprechende Landesgesetz derzeit in der vorparlamentarischen Phase.

## Ein Modell für europäische Integration

Die Umwandlung der bestehenden Interreg-Verwaltungsbehörde zu einem EVTZ im Laufe der Programmperiode 2007–2013

ration. Ein Beispiel sind die verschiedenen Zuständigkeiten und der unterschiedliche Grad an Entscheidungsbefugnis der einzelnen Partner. So war es bisher nicht möglich, alle Partner gleichwertig unter dem Dach einer einzigen juristischen Person zu vereinigen, auch wenn Teilgebiete der Großregion durch völkerrechtliche Abkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgedeckt werden. Mit dem EVTZ ist dieser Weg nun gangbar.

Deshalb hat das höchste Gremium der Großregion, der „Gipfel“, im Jahr 2006 erklärt, bis 2009 die Verwaltung des Interreg-IV-A-Programms „Großregion“ einem EVTZ anzuvertrauen. In der gemeinsamen Erklärung, die Bestandteil des operationellen Programms für 2007–2013 ist, heißt es: „Die Gipfelteilnehmer streben an, bis 2009 einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zu gründen, der die Aufgabe der Verwaltungsbehörde übernimmt. Der Vorsitz wird vom Präfekten der Region Lothringen wahrgenommen.“

## Die Vorteile überwiegen

In der Praxis zeigt sich, dass die Gründung eines EVTZ aufgrund der Vielzahl von Partnern eine große Herausforderung ist: Die Mitglieder müssen sich auf eine klare Zielsetzung einigen, und hinsichtlich der Aufgabenbereiche ist wohl oder übel der kleinste gemeinsame Nenner maßgeblich. Kompetenzen werden durch das neue Rechtsinstrument nicht übertragen: Der EVTZ handelt im Auftrag seiner Mitglieder und nur im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Dennoch sind die Partner der Region SaarLorLux sicher, dass es mit dem Interreg-IV-A-Programm „Großregion“ unter dem Dach eines EVTZ möglich ist, nach innen und außen einen hohen Qualitäts- und In-

wird eine große Herausforderung für alle Partner darstellen. Das Interreg-IV-A-Programm „Großregion“ wird hier eine Pionieraufgabe übernehmen und kann anderen europäischen Grenzregionen als Modell dienen. Ein wichtiger Partner bei der Verwirklichung ist der EU-Ausschuss der Regionen. Dieser hat eine hochrangige Expertengruppe ins Leben gerufen, in der neben der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch die Partner Luxemburg, Saarland und Rheinland-Pfalz vertreten sind.

Unabhängig von seinem praktischen Nutzen, der sich in den kommenden Jahren in der europäischen Realität noch beweisen muss, kann der EVTZ schon jetzt einen Erfolg verbuchen: Er hat die Diskussion über die Bedeutung und die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die gleichermaßen Motor und Laboratorium der europäischen Integration ist, belebt.

## Mehr Informationen

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
 Fachbereich Außenbeziehungen  
 Joëlle Ramakers  
 Telefon: +32 (0)87-59 63 00  
 E-Mail: joelle.ramakers@dgov.be  
 www.dglive.be  
 www.grossregion.net



Quelle: Programm INTERREG-IV-A Großregion



Zwischengipfel der Großregion in Eupen am 10. Juli 2007  
 (Bild: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens / Thomas Hebertz)

**Karl-Heinz Lambertz ist Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Lehrbeauftragter an der Rechtsfakultät der Universität Louvain-la-Neuve.**

Beim Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates ist er Ständiger Berichterstatter und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Außerdem ist er Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

## Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen wurde 1992 mit dem Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) errichtet. 344 Vertreter der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften Europas treffen sich regelmäßig. Als Interessenvertreter der Städte, Gemeinden und der Regionen (zum Beispiel der deutschen Bundesländer) in der EU nehmen sie Stellung zu Vorschlägen der Europäischen Kommission und diskutieren mögliche regionale und lokale Auswirkungen.

# Lokales Bündnis – Motor für mehr Integration

Von Arno Todt

**Die koordinierte Umsetzung von Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie und Leader kann ländlichen Regionen interessante Synergieeffekte bieten. Die Einrichtung eines lokalen Bündnisses zum Natura 2000 Management hat in der Region Schwentine - Holsteinische Schweiz den Anstoß für ein solches Vorgehen gegeben.**

In diesem Jahr beginnt in vielen ländlichen Regionen die Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte im Rahmen von Leader. Fast zeitgleich sind immer mehr Akteure auf dem Land damit befasst, Managementpläne für ihre Natura 2000-Gebiete aufzustellen und umzusetzen. Dabei geht es um die Realisierung eines europäischen Biotopverbundnetzes, bei dem auch sozioökonomische Interessen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt werden. Außerdem steht gegenwärtig die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) auf der Agenda vieler Regionen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 einen guten ökologischen Zustand der Gewässer als Trinkwasserreservoir und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere herzustellen. Bis Ende 2009 werden dazu Gewässermanagementpläne aufgestellt, die ab 2010 in die Umsetzung gehen.

## Gemeinsamkeiten nutzen

Die drei Konzepte zeichnen einen territorialen Ansatz aus. Außerdem sind Wasserrahmenrichtlinie und Leader durchgehend, Natura 2000 in vielen Fällen mit Planungs- und Managementprozessen verbunden, die eine umfassende Beteiligung vor Ort vorsehen. Darüber hinaus verfügen alle Konzepte über die Möglichkeit, integriert und sektorübergreifend vorzugehen. Diese Gemeinsamkeiten sowie die zeitliche Übereinstimmung und zahlreiche inhaltliche Überschneidungen gaben in der Region Schwentine - Holsteinische Schweiz den Anstoß, die Prozesse zu koordinieren. Dadurch bietet sich die Chance, Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen, den Mitteleinsatz stärker zu koordinieren und den Arbeitsaufwand der lokalen Interessenvertreter zu reduzieren. Das Ziel dabei: mehr Effizienz in der Finanzierung, eine homogene ländliche Entwicklung und die Stärkung des Engagements ehrenamtlicher Akteure.

## Natura 2000 als Impulsgeber

Erste Weichen für ein solch koordiniertes Vorgehen hat die Holsteinische Schweiz gestellt. Im Rahmen von Natura 2000 wird zurzeit in der Region ein so genanntes lokales Bündnis aufgebaut, das dem Management von zwei Vogelschutzgebieten und 14 FFH-Gebieten mit einer Gesamtgröße von rund 10.000 Hektar dient. Das Land Schleswig-Holstein hat dabei eine weitreichende Beteiligung der lokalen Interessen im Sinn, um den Ansprüchen von Flächeneigentümern, Nutzern, Kommunen und Naturschutz gerecht zu werden. Träger des lokalen Bündnisses Schwartau-Schwentine soll der Verein „Wasser Otter Mensch“ werden. In diesem Verein haben sich 1999 Wasser- und Bodenverbände sowie Interessenverbände aus Fischerei, Naturschutz, Landwirtschaft und Jagd zusammengefunden.

## Schnittstellen zu Leader und WRRL

Den Prozess zur integrierten ländlichen Entwicklung wird die Holsteinische Schweiz als ehemalige LEADER+ Region wohl auch im Zeitraum 2008 bis 2013 weiterverfolgen. Denn Schleswig-Holstein setzt die Leader-Achse beziehungsweise „AktivRegion“, wie der Titel des Landesprogramms lautet, flächendeckend um. In der Region bildete die Inwertsetzung von Natura 2000-Flächen einen Schwerpunkt der vergangenen Förderperiode, etwa durch naturnahes Wasserwandern als touristisches Angebot. Solche Maßnahmen werden auch in der neuen AktivRegion-Phase Bedeutung haben und vielfältige Schnittstellen zur Umsetzung von Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Natura 2000 bieten.

Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bildet die Holsteinische Schweiz mit den Bearbeitungsgebieten Schwartau (22.300 Hektar) und Schwentine (72.400 Hektar) in den Kreisen Ostholstein und Plön einen wesentlichen Teil der Flussgebietseinheit Schlei-Trave. Wasser- und Bodenverbände sorgen für die Koordination von Management und Beteiligung vor Ort. Auf der Ebene der Bearbeitungsgebiete wirken Körperschaften, Behörden und Interessengruppen in Arbeitsgruppen zusammen.

alle Fotos: WBV Ostholstein

## Prädestiniert für integrierte Maßnahmen

In der Holsteinischen Schweiz haben diese Arbeitsgruppen 2002 ihre Tätigkeit aufgenommen. Neben der Bestandsaufnahme und Einstufung der Gewässer wurde zunächst die Durchgängigkeit für Fische und andere Gewässerlebewesen hergestellt, teilweise in Verbindung mit Maßnahmen zur Unterstützung des Wasserwandertourismus. Auch wurden an den Gewässern Flächen erworben oder langfristig vertraglich gesichert, um für eine extensive Bewirtschaftung zu sorgen und so die Nährstoffeinträge zu reduzieren. Einige dieser Flächen sind Bestandteil des Natura 2000-Biotopverbundnetzes. Der Aufbau von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für Qualitätsprodukte aus der Extensivbewirtschaftung kann – mit Anschubfinanzierung durch Leader – zusätzliche ökonomische Impulse im Sinne regionaler Wertschöpfungsketten schaffen.

## Schritte zur Koordination

Um eine vernetzte Planung und Umsetzung zu erreichen, will das lokale Bündnis die bestehenden Beteiligungsstrukturen der Wasserrahmenrichtlinie für die Umsetzung von Natura 2000 nutzen. Auch befindet sich die Geschäftsstelle des Trägers „Wasser Otter Mensch e.V.“ in den Räumen des Wasser- und Bodenverbandes Ostholstein. Die räumliche Nähe soll dazu beitragen, die Vernetzung auf Arbeitsebene zu stärken. Geplant ist auch, Natura 2000

und ökologische Wasserwirtschaft so in das Entwicklungskonzept von AktivRegion einzubinden, dass Handlungsfelder und Maßnahmen optimal aufeinander abgestimmt werden können.

## Eine Perspektive für mehr Integration

Die koordinierte Umsetzung von Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie und Leader bietet ländlichen Regionen mit größeren Überschneidungen in den Gebietskulissen gute Chancen, Synergieeffekte zu nutzen sowie Prozesse und Projekte effizienter zu gestalten und umzusetzen. Darüber hinaus bietet dieser Ansatz interessante Perspektiven für mehr Integration in der ländlichen Entwicklung – bei der Schaffung von Wertschöpfung, beim Erhalt der Biodiversität oder auch bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Allerdings sollten die Bemühungen um mehr Integration nicht allein den Regionen überlassen bleiben: Initiativen auf Ebene des Bundes und der Länder könnten einen solchen Ansatz wesentlich stärken.

## Mehr Informationen

Hanna Kirschnick-Schmidt  
Wasser Otter Mensch – Verein für Ökosystemschutz und -nutzung e.V.  
Telefon: 045 21 / 706 90 - 0  
E-Mail: h.kirschnick-schmidt@wbv-oh.de  
Arno Todt  
nova-Institut GmbH  
Telefon: 022 33 / 48 14 52  
E-Mail: Arno.Todt@nova-Institut.de



## Der „grüne Arm“ der Regionalentwicklung

Interview mit Uwe Dierking,  
Deutscher Verband für Landschaftspflege,  
Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein

## Welche Aufgaben werden in Schleswig-Holstein mit den Lokalen Bündnissen in die Regionen verlagert?

Lokale Bündnisse sind primär Zusammenschlüsse zur Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen – speziell für die Managementplanung und Umsetzung von Natura 2000. Durch die Zusammenarbeit von Naturschützern, Landnutzern und kommunalen Vertretern innerhalb der Bündnisse werden aber „Schmalspurverfahren“ verhindert. Vielmehr werden die Ziele des Naturschutzes mit Zielen wie Umweltbildung, naturnahem Tourismus, Regionalvermarktung und weiteren Themenbereichen verknüpft. Die Bündnisse sind quasi „der grüne Arm“ der Regionalentwicklung.

## Welche Rolle wird dann noch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Kiel einnehmen?

Die konkrete Ausgestaltung der Planung sowie der Maßnahmen liegt bei den Bündnissen. Das Ministerium ist und bleibt aber letztendlich verantwortlich. Das Land steht gegenüber der EU schließlich in der rechtlichen Verpflichtung und muss deshalb auch die Kontrollfunktion übernehmen. Mit den gebietspezifischen Erhaltungszielen gibt es den fachlichen Rahmen vor.

# Neue Akzente in der Förderung

Von Theodor Bühner

**Alle Jahre wieder – meistens im Dezember – entscheiden die Agrarminister des Bundes und der Länder über die gemeinsamen Fördermaßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Wir berichten über die Ergebnisse, die den Weg für 2008 weisen.**

Als zentrales Instrument der deutschen Agrarstrukturpolitik enthält die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und darüber hinaus auch zur ländlichen Entwicklung. Bei einem Gesamtvolumen von über einer Milliarde Euro (Bundes- und Ländermittel) beteiligt sich der Bund im Regelfall zu 60 Prozent, bei Küstenschutzmaßnahmen zu 70 Prozent an der Finanzierung von Maßnahmen, die dann von den Ländern umgesetzt werden. Durch die Kofinanzierung mit EU-Mitteln wird für die ländliche Entwicklung in Deutschland ein Mehrfaches der nationalen Mittel erschlossen.

## Bewährtes wird fortgeführt und ergänzt

Der Rahmenplan 2008 der GAK, der am 4. Dezember 2007 von den Agrarministern des Bundes und der Länder beschlossen wurde, steht für Kontinuität: Die Maßnahmen des Rahmenplans 2007 werden 2008 uneingeschränkt fortgeführt. Wie bisher gibt es dabei auch 2008 drei Schwerpunkte:

- 1) investive Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft sowie der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (u. a. einzelbetriebliche Förderung, Diversifizierung, Marktstrukturverbesserung);
- 2) Maßnahmen, mit denen besondere Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft und die ländlichen Räume entgolten werden sollen (u. a. Agrar-

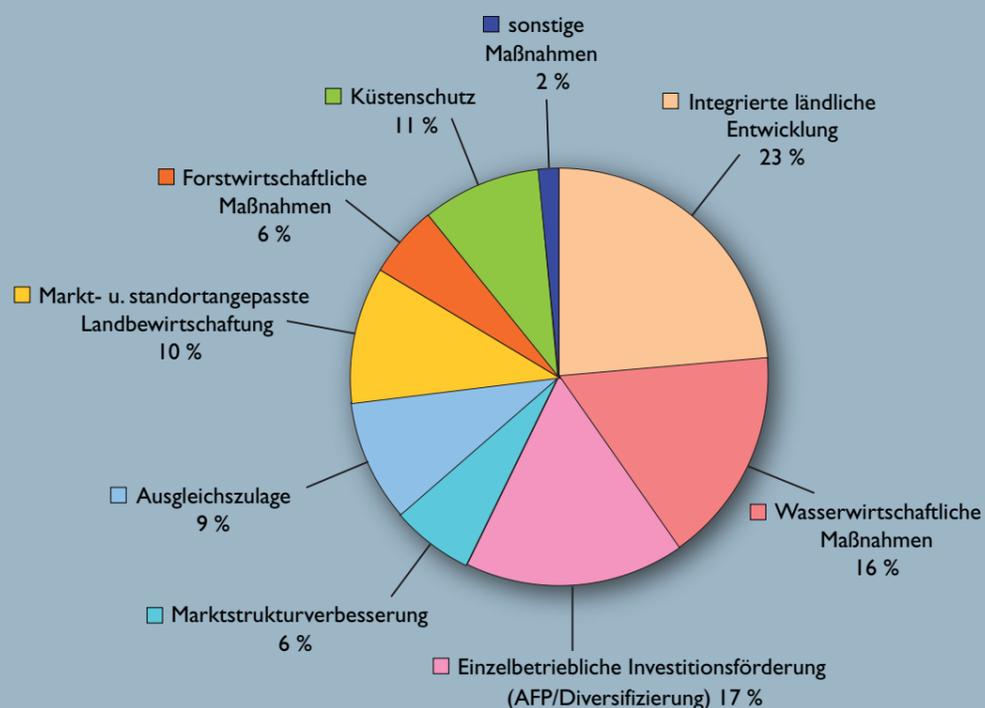
umwelt- und Tierschutzprämien sowie Ausgleichszulage zur Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung in den von der Natur benachteiligten Gebieten) und

- 3) Maßnahmen zur integrierten ländlichen Entwicklung, zum Ausbau der Infrastruktur sowie zur Erhaltung des Lebensraumes der in den ländlichen Räumen lebenden Menschen (investive Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung und -entwicklung, Infrastrukturmaßnahmen, Unternehmenskooperationen mit Landwirten, wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und der Abwasserentsorgung, Küstenschutz).

Für welche Maßnahmen die GAK-Mittel tatsächlich in Anspruch genommen werden, entscheiden die Bundesländer im Rahmen der jährlichen Mittelanmeldung. Das Schaubild zeigt die Gewichtung in 2008.

## Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Verteilung der geplanten Ausgaben in 2008 (Bundes- und Landesmittel)



In den vergangenen Jahren wurde vor allem die zweite Gruppe der GAK-Maßnahmen weiter ausgebaut. In der dritten Maßnahmengruppe kam die Förderung von „Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten“ (ILEK) sowie des Regionalmanagements hinzu. Hier werden bisher isoliert durchgeführte Fördermaßnahmen integriert, in die Konzepte regionaler Akteure einbezogen und damit auf die spezifischen Entwicklungserfordernisse von ländlichen Regionen ausgerichtet. Damit können die Aktivitäten der verschiedenen Wirtschaftsbereiche und Akteure besser aufeinander abgestimmt werden. Ab 2008 wird die integrierte ländliche Entwicklung um die Breitbandförderung und die Förderung von Nahwärme und Biogasleitungen erweitert (siehe unten).

## Agrarstrukturpolitik und Regionalpolitik Hand in Hand

Die Land- und Forstwirtschaft ist – wie andere Wirtschaftsbereiche auch – auf intakte prosperierende ländliche Räume angewiesen. Ohne ausreichende außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze sind ihre Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt. Umgekehrt kommen ländliche Räume nicht ohne wettbewerbsfähige, sich dynamisch entwickelnde land- und forstwirtschaftliche Betriebe aus. Im Rahmen der GAK 2008 fördert die Agrarstrukturpolitik deshalb über die Land- und Forstwirtschaft hinaus in stärkerem Maße auch das Umfeld der Betriebe. Beispiele dafür sind die Dorferneuerung sowie die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Einkommen etwa durch die Übernahme von Dienstleistungsaufgaben für die Gesellschaft und durch den Ausbau der ländlichen Infrastruktur. So ermöglicht beispielsweise der Ausbau des landwirtschaftlichen und touristischen Wegenetzes oder der Ausbau dorfgebäuer Gemeinschaftseinrichtungen beziehungsweise die Erhaltung ortstypischer Bausubstanz die Erschließung von touristischen oder anderen wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen. Die GAK folgt damit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten der Entwicklung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die als Politik für ländliche Räume Agrarstrukturpolitik und Regionalpolitik miteinander verbindet.

## Erstmals wieder mehr Mittel

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) setzt darüber hinaus neue Akzente: Erstmals seit mehreren Jahren wurden die Bundesmittel für die GAK wieder aufgestockt. 660 Millionen Euro und damit 45 Millionen Euro mehr als im Vorjahr stehen hierfür im Jahr 2008 zur Verfügung. Die Gesamtmittel der GAK (einschließlich Ländermitteln) werden sich in 2008 auf nahezu 1,1 Milliarde Euro belaufen. Damit eröffnen sich Spielräume für neue Maßnahmen.

## Förderlücken schließen: weitere Öffnung der GAK durch Breitband- und Biogasförderung

Zu den neuen Maßnahmen der GAK 2008 zählen unter anderem folgende Maßnahmen:

- Erhalt genetischer Ressourcen (Prämien für die Haltung und den Anbau seltener Tier- bzw. Pflanzenarten);
- Energieberatung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe;
- Förderung der Erstanschaffung von Maschinen zur Erschließung nichtlandwirtschaftlicher Einkommensquellen (z.B. Spezialausrüstungen für kommunale Dienstleistungen oder die Landschaftspflege).

Zukunftsweisend für die Weiterentwicklung der GAK hin zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft insgesamt sind darüber hinaus insbesondere die Maßnahmen:

- Ausbau der Breitbandversorgung in unterversorgten ländlichen Gebieten (siehe hierzu LEADERforum 3/2007) und
- Bau von Nahwärme- und Biogasleitungen zur besseren Nutzung der in Biogasanlagen anfallenden Energie.

Die GAK sieht für die Förderung der Breitbandtechnologie einen Beitrag zu Zuschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände von bis zu 60 Prozent vor. Diese sind den Unternehmen der Telekommunikationsbranche zu gewähren, um die Wirtschaftlichkeitslücke bei Investitionen in leitungsgebundene oder funkbasierte Breitbandinfrastrukturen (bis zu den Verteilereinrichtungen beziehungsweise bei Funklösungen einschließlich des Sendemastes) zu schließen. Denn angesichts der geringen Kundendichte in unterversorgten ländlichen Gebieten würde dort sonst nicht investiert. Ergänzend können auch Informationsveranstaltungen, Machbarkeitsuntersuchungen, Planungsarbeiten und sonstige vorbereitende Maßnahmen finanziell unterstützt werden. Der Bund stellt dafür in den kommenden drei Jahren mindestens 10 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Zusammen mit den Ländermitteln ergibt sich daraus für 2008 bis 2010 ein Fördervolumen von mindestens 50 Millionen Euro. Bei Bedarf können die Länder aber mehr Mittel aus dem Gesamtpotential der GAK für die Breitbandversorgung abrufen, so dass die Versorgungslücke nach Einschätzung des BMELV in den nächsten Jahren geschlossen werden dürfte.

Leitungsnetze sind auch notwendig, um Angebot und Nachfrage von Nahwärme und Biogas zusammenzubringen. Bisher wird die bei der Verstromung von Biogas anfallende Wärme oft nicht genutzt, da die

Produktionsorte (in der Regel in der Nähe landwirtschaftlicher Betriebe) und die Verbrauchsorte (z.B. Wohn- und Gewerbegebiete) nicht identisch sind. Um die Energieausbeute der Biomassennutzung zu optimieren und die Effizienz der Biogasanlagen zu verbessern, müssen Wärme oder Biogas zu Verbrauchern mit möglichst konstantem Bedarf. Beispiele hierfür sind Industrieparks, Schwimmbäder, Blockheizkraftwerke und die Stromerzeugung aus Biogas bei gleichzeitiger Einspeisung der anfallenden Wärme in ein vorhandenes Nahwärmenetz. Dadurch erhöht sich der Wirkungsgrad und die Wirtschaftlichkeit der Biogaserzeugung, die wegen gestiegener Kosten für landwirtschaftliche Rohstoffe unter Druck steht. Deshalb wird mit GAK-Mitteln der Bau von Nahwärme- und Biogasleitungen bei Gemeinden bzw. Landkreisen mit bis zu 45 Prozent und bei Privaten (bis zu 200.000 Euro in drei Jahren) mit bis zu 25 Prozent der förderfähigen Kosten unterstützt. Die Fördersätze können zusätzlich um zehn Prozentpunkte erhöht werden, wenn sie der Umsetzung eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK) oder eines Leader-Konzepts dienen.

## Fazit

Mit ihren Maßnahmenpaketen baut die GAK 2008 ihre Bedeutung als Instrument zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume weiter aus. Die Neuerungen in der GAK 2008 werden zur Zeit als Änderungen der Nationalen Rahmenregelung Deutschlands zur Entwicklung ländlicher Räume der Kommission notifiziert. Erste Reaktionen deuten darauf hin, dass die Länder nach der beihilferechtlichen Genehmigung von den neuen Maßnahmen regen Gebrauch machen werden.

## Mehr Informationen

zu den Förderinhalten der GAK bietet die BMELV-Broschüre „Förderung der ländlichen Entwicklung in Deutschland“ ([www.bmelv.de](http://www.bmelv.de) > Landwirtschaft > Förderung > GAK), die auch eine Übersicht über die zuständigen Stellen in den Ländern enthält.

Dr. Theodor Bühner  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Telefon: 02 28 / 5 29 – 41 51  
E-Mail: [theodor.buehner@bmelv.bund.de](mailto:theodor.buehner@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

# Einsatz für die Agrobiodiversität

Von Frank Begemann

Wenn im Mai 2008 mehr als 5.000 Teilnehmer in Bonn im Rahmen der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) über Maßnahmen gegen die anhaltende Naturzerstörung beraten, werden auch Fragen der so genannten Agrobiodiversität, der biologischen Vielfalt in der Agrarwirtschaft, auf der Agenda stehen. Im Rahmen des deutschen Engagements in diesem Bereich spielt das Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt (IBV) eine wichtige Rolle.

Ob im Tourismus, in der Vermarktung regionaler Spezialitäten, bei der Bereitstellung von Umweltdienstleistungen oder für die Erhaltung der Innovationskraft der Landwirtschaft und besonders in Zeiten des Klimawandels: Die Agrobiodiversität spielt für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume eine große Rolle. Global gesehen ist sie die Voraussetzung für die Ernährungssicherheit. „Agrobiodiversität“ umfasst in erster Linie die gesamte Vielfalt der Kulturpflanzenarten, -sorten, Nutztierarten und -rassen. Sie bildet die Grundlage jeder Produktion in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und ist die Basis für Zuchtfortschritte und insofern auch für künftige Innovationen und Nutzungsmöglichkeiten. Zudem ist die Vielfalt wesentlicher Bestandteil typischer Kulturlandschaften.

Doch die in Jahrtausenden entstandene große Vielfalt ist gefährdet: Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO sind beispielsweise 20 Prozent der Nutztierassen bei den Säugetierarten und 80 Prozent bei den Geflügelarten gefährdet. In Deutschland gelten über 50 der 63 heimischen Nutztierassen als vom Aussterben bedroht. Auch deshalb ist dem

Erhalt der Agrobiodiversität im Rahmen der Biodiversitätskonvention ein eigenes thematisches Arbeitsprogramm gewidmet. Und auch in Deutschland wurde als Ergänzung zur „Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt“ der Bundesregierung eine Strategie für die Agrobiodiversität vom Bundeslandwirtschaftsministerium entwickelt. Sie führt die Aussagen der nationalen Fachprogramme zu den pflanzen-, forst-, tier- und aquatischen genetischen Ressourcen zusammen und erweitert sie um sektorübergreifende und querschnittsbezogene Aspekte. Ihre Umsetzung kann aber nur gelingen, wenn eine Vielzahl von Experten und Institutionen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Praxis zusammenarbeitet. Eine wichtige Rolle spielen hierbei private Organisationen und Verbände, ohne deren Initiative der Verlust an Sorten und Rassen sehr viel größer wäre. Entscheidend ist nicht zuletzt das Verhalten der Verbraucher.

## Aufgaben des IBV

Die vielfältigen Erhaltungsaktivitäten zu koordinieren, vorhandene Netzwerke zu unterstützen und die relevanten Akteure wie politische Entscheidungsträger zu beraten, gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Informations- und Koordinationszentrums für biologische Vielfalt (IBV) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Als zentrale Informations- und Geschäftsstelle hilft das IBV den verantwortlichen Gremien und beteiligten Akteuren, Synergien zu nutzen und ihre Arbeit effizienter zu gestalten. Beispielsweise nimmt das IBV für die Fachbeiräte bzw. -ausschüsse der

nationalen Fachprogramme, die sich aus Vertretern von Bund und Ländern sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis zusammensetzen, Sekretariatsfunktionen wahr. Aber auch auf internationaler Ebene ist das IBV in die Koordination der vielfältigen Aktivitäten zur Erhaltung genetischer Ressourcen intensiv eingebunden.

Um diese Arbeit in angemessener Weise leisten zu können, erfasst das IBV relevante Informationen über Vorkommen, Charakteristika und Leistungen genetischer Ressourcen, bewertet sie und stellt sie nutzerorientiert bereit.

Zu den weiteren Aufgaben des IBV zählt die fachliche Betreuung von nationalen und internationalen Fördermaßnahmen und Programmen. Mit ihnen soll zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen beigetragen werden; auch sollen innovative Konzepte mit Vorbildcharakter entwickelt und umgesetzt werden. Weiterhin geht es darum, Förderinstrumente zur Weiterentwicklung agrarischer Nutzungssysteme im Einklang mit Natur und Landschaft zu verbessern. Vor allem im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen sollen sinnvolle und effiziente Wege zur Förderung der Agrobiodiversität im ländlichen Raum aufgezeigt werden. Im Dezember 2007 sind zudem erstmals Maßnahmen zur Erhaltung genetischer Ressourcen in den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) aufgenommen worden (siehe auch Beitrag auf S. 44/45). Diese neuen Möglichkeiten gilt es künftig auszugestalten und zu nutzen.

## Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007):

Agrobiodiversität erhalten, Potenziale der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft erschließen und nachhaltig nutzen – Eine Strategie des BMELV für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt für die Ernährung, Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. [Download unter www.bmelv.de](http://www.bmelv.de) > Biologische Vielfalt



Bild: IBV/BLE



Rotes Höhenvieh - eine bedrohte einheimische Rinderrasse (Bild: M. Boek-Bremont)

## Einblicke in IBV-Aktivitäten

### Netzwerke aufbauen

Das IBV unterstützt den Aufbau von bundesweiten arbeitsteiligen Genbanknetzwerken, die derzeit Obst, Zierpflanzen und Reben umfassen. Sie sorgen dafür, dass die Verfügbarkeit der pflanzengenetischen Ressourcen langfristig und effizient gesichert ist. Interessierte Experten, Liebhaber und engagierte Vereine sind willkommen, sich hieran in geeigneter Weise zu beteiligen.

### Kooperationen unterstützen

Das Europäische Kooperationsprogramm für pflanzengenetische Ressourcen (ECP-GR) stellt die Plattform für die gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet pflanzengenetischer Ressourcen dar. Als nationale Kontaktstelle unterstützt das IBV die Beteiligung deutscher Partner und Experten bei den regelmäßigen Treffen der jeweiligen Arbeitsgruppen durch die Übernahme vor- und nachbereitender Informations- und Koordinierungsarbeiten.

### Mit GENRES informieren

GENRES ist die internetgestützte Informationsplattform zur biologischen Vielfalt in der Agrarwirtschaft. Sie bündelt Informationen zur Umsetzung der sektoralen nationalen Fachprogramme, zu Online-Dokumenten, Publikationen, Datenbanken, Programmen, Projekten und ausgewählten nationalen und internationalen Weblinks. Aktuelle Informationen lassen sich hier schnell recherchieren: [www.genres.de](http://www.genres.de).

### Datenbanken bereitstellen

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern stellt das IBV nationale und internationale Online-Datenbanken bereit. Dazu gehören unter anderem die Nationalen Inventare zu Beständen und Sammlungen genetischer Ressourcen in Deutschland zur Unterstützung des

Monitorings (XGRDEU-Datenbanken), das Bundesinformationssystem Genetische Ressourcen (BIG) und das Zentralregister biologischer Forschungssammlungen in Deutschland (ZEFOD).

### Öffentlichkeitsarbeit

Die Schriftenreihe des IBV zur Agrobiodiversität bietet eine Informationsplattform für Vertreter aus Wissenschaft und Praxis, für Entscheidungsträger und andere Interessierte. Außerdem führt das IBV gemeinsam mit wechselnden Partnern regelmäßig Symposien und andere Veranstaltungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen der Agrobiodiversität durch. So ist als nächste

Veranstaltung – im Rahmen des Auftakts zur eingangs genannten Vertragsstaatenkonferenz in Bonn – eine Ausstellung zur Agrobiodiversität mit Partnern auf dem „Bonner Frühlingmarkt 2008“ geplant.

### Mehr Informationen

Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt (IBV) Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) Telefon: 02 28 / 68 45 - 32 37 E-Mail: [ibv@ble.de](mailto:ibv@ble.de) [www.ble.de](http://www.ble.de) und [www.genres.de](http://www.genres.de)

## Verbraucher haben durch Ihre Kaufentscheidungen großen Einfluss auf die Erhaltung der Agrobiodiversität (Bild: Filzverein Lenzen e.V.)



# Den ländlichen Raum im Fokus

Von Karl-Heinz Goetz

**Strukturpolitik und ihre begleitenden Förderprogramme sind nur dann wirkungsvoll und effizient, wenn sie qualifiziert umgesetzt werden. Hierfür sorgen unter anderem die gemeinnützigen Landgesellschaften: Als kompetente Partner der Verwaltung sind sie in den Förderbereichen der ELER-Verordnung aktiv. Der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) unterstützt sie dabei.**

Die gemeinnützigen Landgesellschaften und ländlichen Siedlungsunternehmen verstehen sich als Partner und moderne Dienstleister für eine nachhaltige und integrierte Entwicklung ländlicher Räume. Sie arbeiten als Wirtschaftsunternehmen mit öffentlicher Beteiligung und unter öffentlicher Aufsicht; dies sorgt für Transparenz und „gläserne Taschen“ – ein wichtiger Aspekt im Rahmen der förder- und ordnungspolitischen Aufgaben.

## Breites Aufgabenspektrum

Das Tätigkeitsprofil der gemeinnützigen Landgesellschaften ergibt sich aus ihren Zielen: Verbesserung der Agrarstruktur, Stärkung der Wirtschaftskraft, Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in ländlichen Räumen. Damit arbeiten die Landgesellschaften in den verschiedenen Bereichen der ELER-Verordnung an der Umsetzung von Fördermaßnahmen, etwa bei

- der Betreuung einzelbetrieblicher Investitionsmaßnahmen,
- der Planung sowie dem Standort- und Genehmigungsmanagement für Investitionsvorhaben,
- der Durchführung von Maßnahmen der Flurneuordnung,
- Dienstleistungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
- der Orts- und Regionalentwicklung, etwa beim Erstellen und Umsetzen von Planungen zur Land- und Gemeindeentwicklung einschließlich integrierter regionaler Entwicklungskonzepte,
- der Begleitung von Leader-Aktionsgruppen und des Regionalmanagements.

## Die Kernkompetenz: Flächenmanagement

Das umfassende Flächenmanagement ist zentrales Element in den Entwicklungstätigkeiten der Landgesellschaften. Hierzu zählen

- der Landerwerb, die Landverwertung, die Bodenbevorratung für Agrar- und Infrastruktur, ökologische und andere öffentliche Zwecke;
- die Ausübung des siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechts in Verbindung mit dem Grundstücksverkehrsgesetz;
- die Betreuung und Durchführung



überbetrieblicher Maßnahmen wie die beschleunigte Zusammenlegung, der freiwillige Landtausch sowie die Bodenordnung und Zusammenführung von Gebäude- und Bodeneigentum;

- die Verwaltung und Verwertung landeseigener Flächen und landwirtschaftlicher Immobilien;
- die Hofbörsen;
- die Flächenagenturen für Ökopunkte.

## Spezialität: Instrumentenmix

Die Landgesellschaften können zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen besonderen Instrumentenmix aus Förderinstrumenten und Ordnungsrecht zurückgreifen, um eine integrierte und nachhaltige ländliche Entwicklung voranzutreiben. Stehen landwirtschaftliche Flächen zum Verkauf, können die Landgesellschaften speziell zur Lösung hinderlicher Landnutzungskonflikte beitragen oder die Agrarstrukturverbesserung bzw. -entwicklung und förderpolitische Maßnahmen dadurch unterstützen, dass sie das siedlungsrechtliche Vorkaufsrecht ausüben, beim Landtausch bzw. bei der Bodenordnung mitwirken oder selbst als Käufer oder Verpächter auf dem Bodenmarkt aktiv werden. Ergebnis des öffentlichen und privatwirtschaftlichen Engagements im Sinne von Public-Private-Partnership aus einer Hand sind zum Beispiel die landgesellschaftseigenen Bodenfonds, die Handlungsspielräume für Lösungen bieten.

**Mehr Informationen**  
Karl-Heinz Goetz  
Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG)  
Telefon 030 / 23 45 87 89  
E-Mail: [blg-berlin@t-online.de](mailto:blg-berlin@t-online.de)  
[www.landgesellschaften.de](http://www.landgesellschaften.de) bzw.  
[www.blg-berlin.de](http://www.blg-berlin.de)

**BLG**

## Starker Verbund

Der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) ist der Interessenverbund der neun gemeinnützigen Landgesellschaften und ländlichen Siedlungsunternehmen. Diese sind nahezu bundesweit (in 12 Bundesländern) aktiv.

Neben der Interessenvertretung seiner Mitglieder zählen die Information und der fachliche Erfahrungsaustausch zu seinen wesentlichen Aufgaben. Hierfür richtet der BLG Tagungen und Informationsveranstaltungen aus und gibt die Zeitschrift „Landentwicklung aktuell“ heraus.

Die BLG-Homepage [www.blg-berlin.de](http://www.blg-berlin.de) bzw. [www.landgesellschaften.de](http://www.landgesellschaften.de) informiert über die Arbeit der gemeinnützigen Landgesellschaften; unter [www.hofboersen.de](http://www.hofboersen.de) betreibt der BLG das gemeinsame Internetportal für die Hofbörsen.

Bild: BLG-Archiv

# Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ gestartet

Von Nicole Paul

**Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) sucht innovative Bioenergie-Regionen. Mit Hilfe eines bundesweiten Wettbewerbs sollen regionale Akteure und Zusammenschlüsse – vom Dorf bis zur Großregion – motiviert werden, neue Bioenergiekonzepte zu entwickeln. 16 Regionen werden bei der Umsetzung ihres Konzeptes mit jeweils bis zu 400.000 Euro unterstützt.**

Bild: iStockphoto / Slawomir Jastrzebski



Bioenergie ist geradezu prädestiniert für die Entwicklung des einheimischen ländlichen Raums, schließlich fällt Biomasse vorwiegend in der Land- und Forstwirtschaft an. Damit ihr großes Potenzial für Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze auch wirklich zum Tragen kommt, bedarf es jedoch noch einer Menge Aufbauarbeit. Nicht nur die „Hardware“, also Rohstoffe und Maschinen, werden benötigt; auch die so genannten weichen Faktoren sind wichtig: Know-how, Kontakte und Strukturen, in denen Bioenergiekonzepte entstehen und Akteure sich treffen, lernen und arbeiten können. Genau hier setzt der Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ an, den das BMELV in Zusammenarbeit mit der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) initiiert hat.

Wettbewerbe wie „Regionen aktiv“ haben gezeigt, dass es nachhaltiger ist, anstelle von Anlagen den Aufbau von Strukturen zu fördern. Deshalb steht bei „Bioenergie-Regionen“ das Netzwerk-Konzept im Zentrum: Regionen mit Konzeptideen zur Produktion und Nutzung von Bioenergie können sich bewerben und über den Wettbewerb bei der Fortführung oder der Neugründung von Netzwerken unterstützt werden. Dabei orientiert sich der Begriff „Region“ nicht nur an kommunalen Grenzen.



Bild: iStockPhoto/Dave Long

Der Wettbewerb ist bewusst offen gestaltet. Den Regionen soll damit die Möglichkeit eingeräumt werden, aus sich selbst heraus Ideen und Kompetenzen zu mobilisieren. Mögliche Ansätze sind zum Beispiel die Zusammenarbeit von Hochschulen mit Anlagenbetreibern, der Verbund von Stadtwerken zu einer gemeinsamen effizienten Nutzung von Bioenergie oder neue Bioenergieorte, die dem Beispiel der niedersächsischen Gemeinde Jühnde folgen wollen (siehe [www.bioenergieort.de](http://www.bioenergieort.de)). Eine grundsätzliche Rolle für langfristig erfolgreiche Bioenergiekonzepte spielt die Nachhaltigkeit eines Projektes. Dabei bildet ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ökologie und Wirtschaftlichkeit das Fundament. Die Konzepte sollten daher die umweltschonende und dabei effiziente Energieproduktion zum Ziel haben. Bei der Bevölkerung trifft die Umsetzung von Bioenergieprojekten nicht immer auf Akzeptanz; in der Konzeptskizze sind deshalb auch Ansätze für ein Konfliktmanagement und für den Interessenausgleich zwischen den Beteiligten zu berücksichtigen. BMELV und FNR sehen den Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ nicht nur als Chance, ländliche Räume wieder zu attraktiveren Wohn- und Arbeitsstandorten zu machen, sondern auch als Beitrag zum Klimaschutz.

## Mehr Informationen

Daniela Rätz  
Geschäftsstelle des BMELV-Wettbewerbs  
„Bioenergie-Regionen“  
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.  
Telefon: 0 38 43 / 69 30 - 2 45  
E-Mail: [info@bioenergie-regionen.de](mailto:info@bioenergie-regionen.de)  
[www.bioenergie-regionen.de](http://www.bioenergie-regionen.de)



## Fahrplan zum Wettbewerb

**Nicht nur inhaltlich lässt der Wettbewerb viel Spielraum, auch formal: Teilnehmer können Kommunen, Landkreise, aber auch andere Regionen jenseits von Verwaltungsgrenzen.**

Das Antragsverfahren ist zweistufig: In der ersten Stufe ist bis zum 30. Juni 2008 eine Kurzbewerbung mit Ideenskizze (5 Seiten) einzureichen. In der zweiten Stufe erhalten 30 ausgewählte Regionen die Chance, bis zum 30. November 2008 ein ausführliches Regionalentwicklungskonzept zu erstellen, das mit einer Aufwandsentschädigung von jeweils 3.000 Euro vergütet wird. Eine unabhängige Fachjury wählt rund 16 Konzeptideen aus.

Im Februar 2009 werden die Siegerregionen bekannt gegeben. Sie werden mit je 400.000 Euro Fördermitteln über einen Zeitraum von drei Jahren bei der Umsetzung ihrer regionalen Strategie unterstützt. Konkret stehen die Mittel für den Aufbau von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen, die Erarbeitung von ergänzenden Studien, für ein Regionalmanagement, für Moderation oder Konfliktmanagement, für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit oder Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung.

**Ausführliche Informationen zum Wettbewerb unter [www.bioenergie-regionen.de](http://www.bioenergie-regionen.de)**

## Von der Redaktion für Sie ... angelesen



### Bestandsaufnahme: ELER in Deutschland

Die Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) gibt einen umfassenden und detailreichen Überblick über das Spektrum der ELER-Umsetzung in Deutschland. Ausgehend von einer grundsätzlichen Einordnung der deutschen Programme in den Gesamtkontext von EU-(Agrar-)Politik und EU-Finzen wird die Umsetzung der einzelnen ELER-Maßnahmen schwerpunktbezogen analysiert. Dabei geht es sowohl um Unterschiede in der inhaltlichen als auch in der finanziellen Ausgestaltung. Besonderheiten einzelner Maßnahmen werden ebenso untersucht wie sich abzeichnende grundlegende Tendenzen. Angesichts der Fülle rein national finanzierter Maßnahmen und der stark divergierenden Verwendung anderer EU-Fonds-Mittel in den Ländern weisen die Autoren jedoch ausdrücklich darauf hin, dass Rückschlüsse auf generelle Programmstrategien und -ziele nur eingeschränkt möglich sind.

**Andreas Tietz (Hrsg.), 2007: Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich – Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen. Landbauforschung Völknerode, Sonderheft 315, Braunschweig, 174 Seiten.**

Download unter [www.fal.de](http://www.fal.de) > Publikationen

### Flächen und nicht den Naturschutz stilllegen

Die so genannte obligatorische Flächenstilllegung – vor fast 20 Jahren von der EU als Instrument zur Begrenzung von Überschüssen im Ackerbau eingeführt – ist vor allem angesichts der derzeitigen Marktentwicklung für das Jahr 2008 erstmals ausgesetzt worden. Im Zuge des Health Checks der EU-Agrarpolitik wird von Seiten der EU-Kommission sogar die vollständige Abschaffung vorgeschlagen – wobei allerdings der „ökologische Nutzen“ dieser Regelung zu erhalten sei. An diesem Punkt setzt die vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums geförderte Studie an. Sie analysiert die Bedeutung der Flächenstilllegung für die biologische Vielfalt und macht konkrete Vorschläge, wie die positiven Auswirkungen von Stilllegungsflächen auf die Tier- und Pflanzenwelt dauerhaft erhalten werden können: In Analogie zum Schweizer Modell des Ökologischen Leistungsnachweises soll eine Verpflichtung zur Einrichtung von „ökologischen Vorrangflächen“ auf zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche eines Betriebs eingeführt werden. Zu solchen Vorrangflächen können selbstbegrünte Brachflächen, Blühflächen oder Blühstreifen sowie artenreiche Grünlandflächen, Saumstreifen oder Feldgehölze gehören. Spezielle Ausgestaltungsmaßnahmen sollten hingegen über Agrarumweltprogramme finanziert werden.

**Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V. (Hrsg.), 2008: Die Bedeutung der obligatorischen Flächenstilllegung für die biologische Vielfalt – Fakten und Vorschläge zur Schaffung von ökologischen Vorrangflächen im Rahmen der EU-Agrarpolitik, 35 Seiten.**

Download unter [www.nabu.de](http://www.nabu.de)  
> Naturschutz > Landwirtschaft

### Netzwerken leicht gemacht

Wie und in welchem Ausmaß sich Regionen politisch und administrativ steuern lassen, ist eine der spannendsten Fragen in der Regionalentwicklung. Dabei verlangt die zunehmende Globalisierung von den Akteuren ein immer höheres Maß an Anpassungs- und Innovationsfähigkeit. „Netzwerke“ spielen deshalb eine immer größere Rolle. Mit ihnen rückt das Beziehungsgefüge von Personen und anderen sozialen Systemen, etwa Organisationen, in den Mittelpunkt. Allerdings geht es in Netzwerken in der Regel primär nicht um ein gemeinsames Ziel, sondern um die Möglichkeit, mit anderen Akteuren überhaupt in Verbindung zu treten. Wie aber lassen sich damit Entwicklungsprozesse wirksam gestalten? Dieser Frage geht das Autorenteam des Handbuchs „Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz“ nach. Die Publikation wendet sich in erster Linie an Praktiker der Regionalentwicklung und der Raumplanung in Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Im ersten Teil des Buches entfalten die Autoren nach einer Klärung des oft diffusen Netzwerkbegriffs zunächst ihr Verständnis von „Netzwerkkompetenz“ als der Verbindung von Kooperationsfähigkeit, -management und Netzwerksteuerung. Sechs Fallstudien aus der Praxis der Regionalentwicklung illustrieren dann die ganze Bandbreite unterschiedlicher Typen regionaler Netzwerke. Abschließend findet der Leser eine Auswahl an nützlichen Gestaltungsinstrumenten für die eigene Netzwerkpraxis – wie Checklisten, Fragebögen, Moderationsanleitungen und Analyseinstrumente.

**Stefan Bauer-Wolf, Harald Payer, Günter Scheer (Hrsg.), 2008: Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz: Handbuch für Regionalentwicklung. Wien, Springer, 189 Seiten.**

## ... angekündigt



### „Warburger statt Hamburger“

**4. Bundestreffen der Regionalbewegung, 18. bis 20. April 2008 in Warburg (Westfalen)**

Grundsatzreferate, Fachforen, kulinarische und kulturelle Highlights: Das Programm des Bundestreffens steht für die Vielfalt und Vitalität der Regionalbewegung. Neben der Schulverpflegung mit regionalen Produkten („Warburger statt Hamburger“) zeugen Themen wie der demographische Wandel, regionale Schulentwicklung und regionale Energieproduktion von der großen inhaltlichen Bandbreite der Veranstaltung.

Namhafte Vertreter aus Politik, Verbraucherschutz und Landwirtschaft werden sich an der Debatte über die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beteiligen. Eine gute Gelegenheit zur Vernetzung der regionalen Akteure über Landes- und Ressortgrenzen hinweg!

**Mehr Informationen**  
Aktionsbündnis „Tag der Regionen“  
Telefon: 0 56 43 / 94 85 37  
E-Mail:  
[bund-nord@tag-der-regionen.de](mailto:bund-nord@tag-der-regionen.de)  
[www.regionalbewegung.de](http://www.regionalbewegung.de)

### Gesundheitsregionen der Zukunft – Wettbewerb des BMBF

Die wirtschaftlichen Potenziale des Gesundheitswesens durch Innovationen und regionale Vernetzung besser zu nutzen, ist Ziel des Wettbewerbs „Gesundheitsregionen der Zukunft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Forschung und Entwicklung, die nachhaltige Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch Steigerung von Prozessqualität und -effizienz im gesamten Bereich der Gesundheitswirtschaft stehen im Vordergrund der Wettbewerbs, der mit insgesamt 40 Millionen Euro ausgestattet ist.

Bewerben können sich geographisch definierte Regionen, die sich funktional abgrenzen lassen und die kooperativ ein regionales Entwicklungskonzept mit umsetzbaren Handlungsansätzen entwickeln wollen. Wichtig ist ein bereits vorhandenes, ausbaubares Profil als Gesundheitsregion mit den notwendigen Kooperationsstrukturen im Gesundheitsbereich. In den Bewerberregionen müssen einschlägige Forschungsinstitutionen und Unternehmen angesiedelt und an der Umsetzung des Entwicklungskonzepts beteiligt sein. Ein rechtsfähiger Träger der Gesundheitsregion als Ansprechpartner muss bereits vorhanden sein oder gegründet werden.

In einer ersten Phase (Konzeptentwicklung, neun Monate, 100.000 Euro) sollen bis zu zwanzig Regionen bei der Entwicklung eines regionalen Konzepts unterstützt werden. In einer zweiten Phase (Realisierung, vier Jahre) werden bis zu fünf Regionen ausgezeichnet und besonders gefördert.

**Abgabetermin für Anträge der ersten Phase: 15. April 2008**  
Förderbekanntmachung und Leitfaden unter:  
[www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/1845.php](http://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/1845.php)

**Mehr Informationen**  
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)  
Projekträger im DLR  
[www.pt-it.de/ptoutline/grdz/](http://www.pt-it.de/ptoutline/grdz/)  
(Adressen der Ansprechpartner und Internet-Portal für Abgabe der Projektskizzen)

### Biologische Vielfalt im Fokus

Die Bundesregierung hat Ende 2007 die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen. Um die Strategie umzusetzen, veranstaltet das Bundesumweltministerium bis Mitte 2008 nationale und regionale Foren. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für die Bedeutung der biologischen Vielfalt zu sensibilisieren und die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure für den Umsetzungsprozess zu gewinnen.

Auf den insgesamt sieben regionalen Foren an unterschiedlichen Orten werden sich Experten sowie Akteure aus der jeweiligen Region wichtigen Themen der Nationalen Biodiversitätsstrategie widmen – so beispielsweise mit den Veranstaltungen ....

**„Biodiversität, Innovation und naturverträgliches Wirtschaften“ am 28. April 2008 in Stuttgart**

**„Biodiversität im ländlichen Raum und naturverträgliche Regionalentwicklung“ am 16. Juni 2008 in Lübbenau (Brandenburg).**

Im Herbst 2008 ist ein zweites Nationales Forum als Abschluss dieser ersten Öffentlichkeitsphase geplant.

**Mehr Informationen**  
[www.biologische-vielfalt.de](http://www.biologische-vielfalt.de)

### Veranstaltungen zum Ökolandbau

Unter dem Titel „Know-how – Veranstaltungen für Öko-Praktiker“ bietet der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. unter der Adresse [www.fiblgate.org/oekolandbau/termine/suche.php](http://www.fiblgate.org/oekolandbau/termine/suche.php) einen Terminkalender mit Veranstaltungen zum Wissenstransfer im Ökolandbau an. Er richtet sich an Landwirte, Verarbeiter und Händler.

**Weitere Termine im Terminkalender auf der Rückseite und unter [www.leaderplus.de/termine](http://www.leaderplus.de/termine)**

28. bis 29. März	<b>die50plus - für Menschen mittendrin</b> Fachtagung und Messe in Prenzlau (Brandenburg)	Stadt Prenzlau / LAG Uckerregion und andere Partner aus Polen und Deutschland <a href="http://www.die50plus.de">www.die50plus.de</a>
2. bis 3. April	<b>Biodiversität, Klima und Demographie - Erhalten und den Wandel gestalten</b> Fachtagung zur Landschaftsplanung in Leipzig	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) Bundesamt für Naturschutz (BfN) <a href="http://www.difu.de/index.shtml?seminare/">www.difu.de/index.shtml?seminare/</a> Anmeldeschluss: 20. März 2008
2. bis 3. April	<b>Wirtschaft und Biodiversität</b> Internationale Konferenz in Bonn	Global Nature Fund (GNF) <a href="http://www.globalnature.org">www.globalnature.org</a> > Veranstaltungen
3. bis 4. April	<b>Innovative Daseinsvorsorge: Den Herausforderungen für ländliche Räume begegnen</b> Internationale Konferenz in Köln	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) <a href="http://www.bmelv.de">www.bmelv.de</a> > Ländliche Räume > Ländliche Entwicklung > OECD-Konferenz
8. bis 9. April	<b>Energieeffiziente Landwirtschaft</b> Tagung in Fulda	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL) <a href="http://www.ktbl.de/index.php?id=430">www.ktbl.de/index.php?id=430</a>
9. bis 10. April	<b>Wertschöpfungspartnerschaften in der Regionalentwicklung - Kooperationsaufbau, Organisationsstrukturen und Management</b> Workshop in Gotha	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume ✳ <a href="http://www.leaderplus.de/seminare">www.leaderplus.de/seminare</a> Anmeldeschluss: 19. März 2008
18. bis 20. April	<b>4. Bundestreffen der Regionalbewegung</b> Tagung in Warburg (Westfalen)	Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ <a href="http://www.regionalbewegung.de">www.regionalbewegung.de</a> Anmeldeschluss: 2. April 2008
5. bis 8. Mai	<b>Arbeitsgruppen, Teamsitzungen, Workshops, Entscheidungsgremien moderieren</b> Erster Teil der Fortbildung "Regionale Prozesse gestalten" in Germerode (Hessen)	Kommunare, Institut für die Nachhaltige Regionalentwicklung <a href="http://www.regionale-prozesse-gestalten.de">www.regionale-prozesse-gestalten.de</a>
14. bis 16. Mai	<b>Mit Kommunikation steuern - Rollenverständnis und Kommunikationsstrukturen klären</b> Workshop (Ort steht noch nicht fest)	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume ✳ <a href="http://www.leaderplus.de/seminare">www.leaderplus.de/seminare</a> Anmeldeschluss: 22. April 2008
16. Juni	<b>Biodiversität im ländlichen Raum und naturverträgliche Regionalentwicklung</b> 6. Regionales Forum zur biologischen Vielfalt in Lübbenau (Brandenburg)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <a href="http://www.biologische-vielfalt.de">www.biologische-vielfalt.de</a>

Cartoon zum Fokusthema

von mele

